



53. Sitzung

am Mittwoch, dem 30. September 2015, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 4440

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten und
Staatssekretär **Markus Sackmann** 4440

Dank an die Helferinnen und Helfer **bei der
Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen** .. 4440

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Ingrid
Heckner, Alfred Sauter, Sandro Kirchner,
Dr. Linus Förster, Nikolaus Kraus, Dr. Christian
Magerl** und Staatsministerin **Melanie Huml** 4441

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzie-
rungsgesetzes (Drs. 17/7806)**
- Erste Lesung -

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 4442

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert
u. a. und Fraktion (SPD)
**eines Gesetzes zur Stärkung und Unterstüt-
zung des ehrenamtlichen Engagements in Bay-
ern und eines Gesetzes zur Errichtung der
"Stiftung Bürgerschaftliches Engagement Bay-
ern" sowie zur Änderung des Bayerischen Ge-
setzes über das Erziehungs- und Unterrichts-
wesen (Drs. 17/7764)**
- Erste Lesung -

Ruth Waldmann (SPD)..... 4442 4444
Dr. Gerhard Hopp (CSU)..... 4444 4446
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 4446
Kerstin Celina (GRÜNE)..... 4447

Staatsministerin Emilia Müller..... 4448

Verweisung in den Sozialausschuss..... 4450

Gesetzentwurf der Abgeordneten Thomas Kreu-
zer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. (CSU)
**zur Änderung des Bayerischen Mediengeset-
zes (Drs. 17/8065)**
- Erste Lesung -

Markus Blume (CSU)..... 4450
Martina Fehlner (SPD)..... 4451
Prof. Dr. Michael Piazolo
(FREIE WÄHLER)..... 4451 4452
Ulrike Gote (GRÜNE)..... 4452

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 4452

Abstimmung
**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-
schäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)**

Beschluss..... 4452

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine
Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
**Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und
Asylbewerber einführen (Drs. 17/8087)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Rahmenvertrag für eine Gesundheitskarte für Asylbewerber in Bayern (Drs. 17/8099)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerber prüfen (Drs. 17/8100)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU)

Flüchtlingzustrom eindämmen - Schutzbedürftigen helfen! (Drs. 17/8088)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Dr. Linus Förster u. a. und Fraktion (SPD)

Auf das Willkommen folgt die Integration: Für eine humane, verantwortungsvolle und vorausschauende Flüchtlingspolitik! (Drs. 17/8101)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schutzbedürftigen helfen, Herausforderungen entschlossen angehen (Drs. 17/8106)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Asyl: Geltendes Recht anwenden - Keine weitere Überforderung des Systems (Drs. 17/8090)

Margarete Bause (GRÜNE) ..	4453	4454	4455	4456	4461
Klaus Steiner (CSU)	4455	4473			
Thomas Kreuzer (CSU)	4456	4462	4463		
Arif Taşdelen (SPD)	4462				
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)	4463	4468			
Hans Herold (CSU)	4468				
Markus Rinderspacher (SPD)	4469	4473			
Staatsminister Joachim Herrmann.	4474	4476	4477		
Christine Kamm (GRÜNE)	4476	4478			
Ulrich Leiner (GRÜNE)	4477				
Staatsministerin Emilia Müller	4478	4481	4482	4484	

Kerstin Celina (GRÜNE)	4481
Kathrin Sonnenholzner (SPD)	4482 4483
Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)	4483

Beschluss
zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/8087

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/8099

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/8100

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/8101

Beschluss
zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/8106

Namentliche Abstimmung zum FW-
Dringlichkeitsantrag 17/8090

Namentliche Abstimmung zum CSU-
Dringlichkeitsantrag 17/8088

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/8090
(s. a. Anlage 2)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/8088
(s. a. Anlage 3)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Studentenwohnraum besser fördern (Drs. 17/8089)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Mehr Geld für die Studentenwohnraumförderung (Drs. 17/8102)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Eberhard Rotter u. a. und Fraktion (CSU)

Förderung von Wohnheimplätzen für Studierende (Drs. 17/8103)

Andreas Lotte (SPD)	4484	4487
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)	4485	4490
Eberhard Rotter (CSU)	4486	4487 4489
Verena Osgyan (GRÜNE)	4487	4489
Staatssekretär Gerhard Eck	4489	4490

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/8089..... 4490

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/8102..... 4490

Beschluss
zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/8103..... 4490

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abgasmanipulation beim Dieselmotor EA 189
(Drs. 17/8091)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster u. a. und Fraktion (SPD)
Manipulation bei Abgasmessung von Kraftfahrzeugen verhindern und weiteren Schaden für Gesundheit, Umwelt, Verbraucher und deutsche Industrie abwenden (Drs. 17/8104)

Verweisung in den Umweltausschuss..... 4490

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Vorgehen der Staatsregierung und der Behörden im Salmonellen-Skandal aus rechtlicher Sicht (Drs. 17/8092)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorgänge um Bayern-Ei umfassend aufklären
(Drs. 17/8105)

Verweisung in den Umweltausschuss..... 4490

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die Situation in der bayerischen Erstaufnahme - Landtag mit einbeziehen! (Drs. 17/8093)

Verweisung in den Sozialausschuss..... 4490

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterbrechungen des Zugverkehrs durch Grenzsperren beenden (Drs. 17/8094)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 4490

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Märkte gestalten statt Krisen verwalten - Milchbauern nicht länger im Stich lassen!
(Drs. 17/8095)

Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss..... 4490

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein erhöhter Preisdruck auf die Landwirte - weitere Zunahme der Marktkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel verhindern
(Drs. 17/8096)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 4490

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Optimierung der Realschule: Koppelung der Wahlpflichtfächergruppen III a und III b aufheben (Drs. 17/6775)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 17/8026)

Beschluss..... 4491

Schluss der Sitzung..... 4492

(Beginn: 13.04 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 53. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer vorab erteilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich heiße Sie sehr herzlich zur ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause willkommen. Wir haben in vielerlei Hinsicht bewegende Tage und Wochen hinter uns. Auf uns wird noch sehr viel mehr zukommen. Das heißt, dass wir auch hier im Haus vor gewaltigen Anstrengungen in fairen Debatten stehen werden, damit wir unserer Verantwortung gerecht werden.

Zunächst darf ich Sie bitten, eines ehemaligen Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 4. September verstarb im Alter von 54 Jahren Herr Markus Sackmann. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1990 bis 2013 an und vertrat für die CSU-Fraktion zunächst den Wahlkreis Oberpfalz und ab 1994 bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2013 den Stimmkreis Cham. Während seiner Parlamentszugehörigkeit war er Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie über lange Jahre im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. 2003 übernahm er die Funktion des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, bevor er im Jahr 2007 schließlich als Staatssekretär im Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie ins Kabinett berufen wurde. Nach der Landtagswahl 2008 wechselte er in gleicher Funktion ins Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, wo er mit großem Ideenreichtum und einem untrüglichen Blick für das Machbare die Sozialpolitik im Freistaat maßgeblich mitgestaltet und das soziale Gesicht Bayerns in eindrucksvoller Weise geprägt hat.

Stets lag ihm die Förderung bürgerschaftlichen Engagements besonders am Herzen. Als "Vater der Bayerischen Ehrenamtskarte" setzte er sich dafür ein, dass Wirtschaft und Ehrenamt künftig stärker Hand in Hand gehen, wie er sagte. Er suchte nach Klammern, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Als Ehrenamtsbotschafter der Bayerischen Staatsregierung war er trotz seiner Krankheit unermüdlich aktiv und engagierte sich in dieser Eigenschaft unter anderem als wichtiger Berater der Jury zur Vergabe des Bürgerpreises des Landtags. Der Bürgerpreis des Bayerischen Landtags, den wir in wenigen Wochen verge-

ben dürfen, ist noch in seiner Verantwortung auf den Weg gebracht worden.

Seine politische Erfahrung, seine persönliche Integrität, seine Bereitschaft zum Ausgleich und sein Eintreten für Ziele, von denen er überzeugt war, brachten ihm über die Fraktionsgrenzen hinweg hohe Achtung und Anerkennung ein – und später auch die Art, wie er mit seinem schweren Schicksal umging. Der Bayerische Landtag trauert mit den Angehörigen und wird Markus Sackmann ein ehrendes Gedenken in Dankbarkeit bewahren. Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Fraktionen bedanken; viele von Ihnen haben vor Ort Abschied genommen. – Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe schon eingangs nach der Begrüßung auf die Herausforderungen aufmerksam gemacht, die auf uns aufgrund der Flüchtlingsdramatik zukommen. Mir ist es ein ganz großes Anliegen, zu Beginn dieser Plenarsitzung dazu eine Erklärung abzugeben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen Wochen sind Tausende Flüchtlinge zu uns nach Bayern gekommen. Sie haben sich aus Krisen- und Kriegsgebieten auf den Weg in Richtung Europa gemacht in der Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit und auf neue Perspektiven für sich selbst und ihre Familien. Viele begeben sich in die Hände von skrupellosen Schleppern, die die Notlage der Flüchtlinge ausnützen und sie in lebensgefährliche Situationen bringen. Wir alle kennen die unerträglichen Bilder.

Die Not der Flüchtlinge berührt die Menschen in Bayern, und ihr Mitgefühl hat zu einer großartigen Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft geführt, die weltweit größte Anerkennung gefunden hat. Im Namen des Bayerischen Landtags danke ich den vielen, vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern überall im Freistaat für ihr außerordentliches Engagement bei der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen.

(Allgemeiner Beifall)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen staatlichen und kommunalen Behörden, in den Wohlfahrtsverbänden, bei den Rettungsdiensten und insbesondere auch unsere Polizistinnen und Polizisten leisten hervorragende Arbeit. Sie engagieren sich weit über ihre Dienstpflichten und Dienstzeiten hinaus.

Viele Bürgerinnen und Bürger helfen freiwillig in dieser humanitären Ausnahmesituation in eindrucksvoller Weise: Sie leisten Geld- und Sachspenden und nehmen sich für die Flüchtlinge Zeit, für Sprachunterricht oder die Begleitung bei Behördengängen. Ohne ihren Einsatz wären die vielfältigen Aufgaben nicht zu be-

wältigen. Ob Haupt- oder Ehrenamtliche, sie alle sind in den letzten Wochen bis an ihre Grenzen gegangen und oft auch darüber hinaus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch darauf möchte ich aufmerksam machen: Es ist unsere Pflicht, diejenigen, die jetzt diese schwierige Aufgabe bewältigen müssen, vor allen Dingen in der Aufnahmesituation, nicht zu überfordern, ob im hauptamtlichen oder im ehrenamtlichen Bereich. Das bitte ich bei allen Diskussionen mit zu beachten.

(Beifall bei der CSU)

Ihnen allen gilt zunächst ein ganz herzlicher Dank. - Die beeindruckende Hilfsbereitschaft setzt den beschämenden Ausschreitungen einer Minderheit ein kraftvolles Zeichen entgegen. Gewalt gegen Flüchtlinge und Polizisten, Anschläge auf Unterkünfte, Einschüchterung von Menschen, die sich um eine Willkommenskultur bemühen, all diesen Tendenzen müssen und werden wir auch weiterhin mit der gebotenen Entschlossenheit begegnen. Intoleranz und Fremdenhass haben bei uns keinen Platz. Die Menschenwürde gilt für alle, die in unserem Land leben, und dabei spielt es keine Rolle, wie lange jemand bei uns bleibt oder bleiben darf.

Allerdings ist klar zu unterscheiden: Diese unerträglichen Ausschreitungen haben nichts zu tun mit den Sorgen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger, ob und wie wir in den Kommunen die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen stemmen. Haben wir ausreichend Unterkünfte und später auch genug Wohnraum? Brauchen unsere Lehrer und Pädagogen in den Schulen mehr Unterstützung? Gibt es genügend Angebote für den Sprachunterricht? Können wir die Erwartungen der Flüchtlinge erfüllen? - Das alles sind berechnete Fragen. Auf sie gilt es Antworten zu finden. Antworten finden bedeutet, dass wir eine erfolgreiche Integration brauchen.

Wer aus einer völlig anderen Kultur zu uns kommt, muss die Möglichkeit haben, sich zu orientieren, unseren Alltag mit zu erleben und teilzuhaben an unserer Gemeinschaft. Dafür brauchen wir Integrationsangebote, insbesondere im niederschweligen Bereich; denn sie schaffen die unabdingbaren Voraussetzungen für eine gelingende Integration. Aber ich betone ganz bewusst in dieser Stunde: Eine gelingende Integration ist eine Gemeinschaftsleistung.

(Beifall bei der CSU)

Wer bei uns leben will, muss sich auf unsere Werte einlassen und unsere Gesetze anerkennen.

(Beifall bei der CSU)

Sie waren in den vergangenen 70 Jahren Garant für unseren Wohlstand, unsere Sicherheit und die Stabilität unseres Landes. Sie werden und müssen es auch in Zukunft sein; denn nur auf diesem Fundament sind wir in der Lage, die Integration letztlich zu bewerkstelligen.

Wir sind uns einig: Zur Lösung der Aufgaben bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten auf kommunaler, auf Landes-, auf Bundesebene sowie aller Nationalstaaten in der Europäischen Union; ich würde heute sagen: Dazu bedarf es weltweiter Anstrengungen.

Das bedeutet, dass wir uns auch hier im Bayerischen Landtag intensiv weiterhin mit diesem brennenden Thema beschäftigen. Lassen Sie uns - darum bitte ich in dieser Stunde ganz eindringlich - bei allen Unterschieden in einzelnen Sachfragen konstruktiv und fair miteinander umgehen im Interesse aller, die unsere Hilfe brauchen, aber auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Bayerns und damit auch im Interesse des Ansehens unseres Parlaments.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Situation ist für uns eine ungeheure Herausforderung. Ich habe gestern im Bayerischen Landtag anlässlich des Jubiläums "25 Jahre Deutsche Einheit" zum Ausdruck gebracht, dass wir die deutsche Einheit in einer Gemeinschaftsleistung geschafft haben. Das war schwierig, und das war eine Herausforderung; aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Herausforderung, die wir jetzt gemeinsam zu meistern haben, weitaus größer ist als die Wiedervereinigung.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich natürlich, dass Sie alle gesund und wohlbehalten aus der Sommerpause zurückgekehrt sind. Denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die wegen Krankheit nicht anwesend sein können, wünschen wir gute Genesung, damit sie bald wieder unter uns sind und wir sie hier im Parlament begrüßen können.

Zu guter Letzt, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch den Geburtstagskindern der vergangenen Wochen gratulieren. Einen halbrunden Geburtstag feierten Frau Kollegin Ingrid Heckner und Herr Kollege Alfred Sauter. Einen runden Geburtstag feierten Herr Kollege Sandro Kirchner, Herr Kollege Dr. Linus Förster, Herr Kollege Nikolaus Kraus, Herr Kollege Dr. Christian Magerl sowie Frau Ministerin Melanie Huml, der wir an dieser Stelle auch noch herzlich zur Geburt ihres Sohnes gratulieren dürfen.

Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die größer gewordene Familie!

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf Ihnen allen im Namen des gesamten Hauses und auch noch persönlich nachträglich alles Gute wünschen.

Und jetzt nehmen wir unsere Arbeit auf, und ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 a** auf.

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 17/7806)
- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf soll ohne Aussprache an den Ausschuss für Bildung und Kultus überwiesen werden. Wer mit der Überweisung an den zur Federführung vorgeschlagenen Ausschuss für Bildung und Kultus einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.
– Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen.
– Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 b** auf.

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD) eines Gesetzes zur Stärkung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in Bayern und eines Gesetzes zur Errichtung der "Stiftung Bürgerschaftliches Engagement Bayern" sowie zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 17/7764)
- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich darf hierzu Frau Kollegin Waldmann das Wort erteilen. Frau Kollegin, Begründung und Aussprache zusammen? – Gut; ich wollte es nur wegen der Zeit wissen. Danke schön.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Niemand hat wissen können, dass wir ausgerechnet heute als Allererstes unseres ehemaligen Kollegen Markus Sackmann gedenken würden. Vielleicht ist das aber auch ein besonderes Zeichen; ich weiß es nicht. Ich hatte mit Kollegen Sackmann keine intensiven persönlichen Begegnungen. Das lag einfach daran, dass sich die Zeiten unserer Mitgliedschaft im Landtag nicht überschneiden. Ich bin aber viel im Land unterwegs gewesen, um über unseren Gesetzentwurf mit der Fachwelt und den ehrenamtlich Engagierten zu diskutieren und ihn weiterzuentwickeln. Während der Gespräche habe ich immer wieder festgestellt, dass

unserem ehemaligen Kollegen Sackmann große Hochachtung entgegengebracht worden ist. Er war sehr präsent und hat viel für das Ehrenamt getan; die Einführung der Ehrenamtskarte ist nur ein Beispiel. Er hat das Thema des bürgerschaftlichen Engagements auch auf politischer Ebene vorangebracht.

Es ist durchaus ein Glücksfall, dass er auch in den Reihen der Regierungsfraktion und der Regierung viel Gehör gefunden hat. Darauf können wir aufbauen. Sein Einfluss hatte übrigens viel mit seiner Glaubwürdigkeit und seiner angenehmen Art, auf Menschen zuzugehen, zu tun. Das hat uns auch in der Sache viel geholfen. Dafür sind sicherlich wir alle ihm sehr dankbar.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Jetzt geht es darum, den Einsatz für bürgerschaftliches Engagement und damit für das Ehrenamt fortzuführen. Den Einfluss, den dieses Thema hat, gilt es zu stabilisieren.

Im Jahr 2013 haben die Bürgerinnen und Bürger Bayerns die "Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl" per Volksentscheid als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen. Das Hohe Haus hat bislang noch nicht mit entsprechenden Initiativen darauf reagiert. Ich betone: Es ging nicht nur darum, die Verfassung um einige Sätze anzureichern, sondern ein Staatsziel ist neu formuliert worden.

Bayern ist deswegen stark, weil wir hier eine sehr aktive Bürgerschaft haben. Zahlreiche junge, aber auch viele ältere Menschen engagieren sich in ihrer Freizeit unentgeltlich auf vielfältige Weise und übernehmen Verantwortung. Ein Großteil unserer Aufgaben könnte ohne das Ehrenamt nicht erfüllt werden. In dieser Einschätzung sind wir uns sicherlich alle einig. Etwa 36 % der Bürger, die über 14 Jahre alt sind, sind in Bayern freiwillig engagiert.

Sehr wichtig ist uns der Hinweis darauf, dass das bürgerschaftliche Engagement eine Form gelebter demokratischer Alltagskultur ist. Mündige Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, sich aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen und sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzumischen. Dazu gehört aber auch eine geeignete Möglichkeit der Mitsprache. Heutzutage erwarten die Bürgerinnen und Bürger, auf Augenhöhe eingebunden zu werden. Wir als Politiker sind gut beraten, den Erfahrungsschatz und das Wissen der freiwillig Engagierten, die alle auch Experten in eigener Sache sind, zur Kenntnis zu nehmen und in unsere politischen Beratungen aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Bislang ist in Artikel 121 der Bayerischen Verfassung lediglich die Pflicht zur Übernahme von klassischen Ehrenämtern, zum Beispiel als Geschworener, Vormund oder Schöffe, normiert. Weiteres dazu ist bislang nicht formuliert. Deswegen wollen wir einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen und auch in diesem Hohen Haus zur Diskussion stellen, um das Ehrenamt zu stärken und ein demokratisches Mitspracherecht zu verankern. Im Rahmen der Vorbereitung unseres Entwurfs haben wir Studien analysiert und sind zu interessanten Erkenntnissen gekommen.

Um die Dimension des Ehrenamtes in Bayern aufzuzeigen, möchte ich Ihnen einige Zahlen nennen. In Bayern werden von Freiwilligen pro Jahr etwa 710 Millionen Arbeitsstunden erbracht. Diese Zahl bezieht sich übrigens noch auf die Zeit, bevor der große Zuzug durch die Flüchtlinge einsetzte; seitdem sind sicherlich viele Stunden dazugekommen. Das entspricht etwa 7 % der Gesamtarbeitszeit in Bayern im Wert von 6,1 Milliarden Euro. Man kann zwar nicht alles monetär fassen, aber diese Zahlen zeigen auf, mit welcher Größenordnung wir es zu tun haben.

Wir haben festgestellt, dass in Teilen des Landes schon entsprechende Strukturen vorhanden sind, zum Beispiel die Koordinierungszentren für bürgerschaftliches Engagement. Diese gibt es aber nicht überall. Sie sind auch nicht überall stetig finanziert. Insoweit müssen wir nachbessern. Die Aufgabe, die bestehenden Koordinierungszentren auszubauen und finanziell zu verstetigen, ist einer der ersten Punkte in unserem Gesetzentwurf. Dort, wo es solche Koordinierungszentren noch nicht gibt, das heißt in den noch nicht versorgten Regionen, sollen sie unter Beteiligung der Verbände und Initiativen aufgebaut werden.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren schlagen wir vor, einen "Landesbeirat bürgerschaftliches Engagement" zu schaffen, der eine Weiterentwicklung des bislang bestehenden "Runden Tisches bürgerschaftliches Engagement" sein soll. Wir sehen vor, ihm ein echtes politisches Mandat zuzuweisen, indem wir ihn gemeinsam mit einem hauptamtlichen Landesbeauftragten beim Bayerischen Landtag verankern. Der Landesbeirat soll ein robustes politisches Mitspracherecht haben, wie es etwa für den Behindertenbeirat und den Datenschutzbeauftragten schon üblich ist. Er ist zu hören, bevor Gesetze und Verordnungen beschlossen werden. Er kann unabhängig seine Stimme erheben und darauf hinweisen, welche Wirkungen das jeweilige Vorhaben auf das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engage-

ment insgesamt hat, das heißt, welche Punkte förderlich sind und was gegebenenfalls noch zu beachten ist. Ein solcher Landesbeirat würde uns sehr nützen. Damit könnten wir zudem vermeiden, dass amtliche Strukturen und ehrenamtliche Strukturen aneinander vorbeireden oder ?wirken was vielleicht manchmal geschieht. Das würde uns in Bayern wirklich guttun.

(Beifall bei der SPD)

Der Runde Tisch ist uns noch etwas zu unverbindlich. Wir haben das schon bei manchen Entscheidungen gesehen. Er bedarf der echten Weiterentwicklung, wie wir sie mit unserem Gesetzentwurf anstreben. Wir können auf Bestehendem aufbauen. Notwendig ist die Weiterentwicklung zu einem wirklichen politischen Instrument.

Unser ehemaliger Kollege Sackmann hat die Funktion des Ehrenamtsbotschafters sehr gut wahrgenommen. Gerade diese Erfahrung zeigt, dass es an der Zeit ist, einen echten Ehrenamtsbeauftragten zu bekommen. Wir hielten es für gut, ihn mit einer eigenen Geschäftsstelle am Landtag anzusiedeln und nicht an irgendeine Abteilung des Ministeriums anzugliedern. Er soll in die Beratungen hier direkt einbezogen werden.

Des Weiteren schlagen wir vor, die Ehrenamtskarte, die im gesamten Land positiv betrachtet und angenommen wird - darauf ist heute schon hingewiesen worden -, weiterzuentwickeln, übrigens unter Beteiligung des zu schaffenden Beirats. Die Art bzw. die Formen des freiwilligen Engagements ändern sich. Nicht immer sind die Aufgaben, die übernommen werden, gleichbedeutend mit einer lebenslangen Verpflichtung beim Technischen Hilfswerk oder bei der Freiwilligen Feuerwehr. Es gibt auch viele kleinere Initiativen, die eher auf Projekte abzielen, die nicht die gesamte Lebenszeit umfassen. Wenn wir auch die Träger dieser Initiativen an dem Beirat beteiligen können, dann bleiben wir näher dran und bekommen mit, welche Unterstützung durch die Politik das moderne bürgerschaftliche Engagement in Bayern braucht, um sich weiter so gut entwickeln und eine geeignete Ergänzung sein zu können. Wir erhöhen damit den Gestaltungsspielraum enorm.

Die Ehrenamtskarte ist ein gutes Beispiel: Sie wird gern angenommen, aber es steckt noch nicht arg viel dahinter. Wenn echte Vorteile mit ihr verbunden wären, zum Beispiel freier Eintritt in die staatlichen und kommunalen Museen und eine Ermäßigung von 25 % auf Fahrscheine des öffentlichen Personennahverkehrs, dann wäre sie eine echte Anerkennung, die sich nicht auf ein Schulterklopfen beschränken würde.

(Beifall bei der SPD)

Klar ist, dass bei der Finanzierung auch der Freistaat gefragt ist. Wir können das nicht einfach den Kommunen aufdrücken; es käme sonst zu einer einseitigen Belastung insbesondere der Kommunen in den Ballungszentren. Sie ist eine Aufgabe des Freistaates Bayern. Das wollen wir im Gesetz verankern.

Wir schlagen die Errichtung der "Stiftung Bürgerschaftliches Engagement in Bayern" vor mit dem primären Ziel, vor allem innovative Projekte zu fördern, auszuzeichnen und sichtbar zu machen, also die Menschen zu ermutigen, neue Wege der Stärkung des persönlichen ehrenamtlichen Engagements in Bayern zu suchen. Diese Stiftung scheint uns ein geeignetes Mittel hierfür zu sein.

Schließlich sehen wir, dass das freiwillige Engagement nicht mehr so selbstverständlich wie bisher in den Familien weitergegeben wird nach dem Motto: Wenn der Vater schon in dem Verein war, tritt der Sohn oder die Tochter vielleicht auch ein. Solche Strukturen gibt es immer weniger, und es gibt mehr individuelle Wege, die zum Teil auch nur für bestimmte Phasen der Lebenszeit beschränkt werden.

Wir sehen, dass die ehrenamtliche Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten etwas ist, was gelernt werden muss. Ein geeigneter Ort, um dies zu lernen, ist selbstverständlich auch die Schule. Darum möchten wir, dass die Schülerinnen und Schüler auf die Bedeutung ihres Engagements und auf die Möglichkeiten, sich über eigene Schul-AGs hinaus zu beteiligen, aufmerksam gemacht werden. Wir möchten daher die Förderung des Ehrenamts als ein Ziel des Erziehungs- und Unterrichtswesens, als ein Ziel der schulischen Erziehung, als ein Hinführen zum freiwilligen ehrenamtlichen Engagement, zur aktiven Beteiligung an der Gestaltung unserer Gesellschaft in das Gesetz aufnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ruth Waldmann (SPD): Ja!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat der Kollege Dr. Hopp das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Waldmann, ich möchte mich zunächst ganz herzlich dafür bedanken, dass wir an diesem Tag in einer so würdigen Art und Weise des Kollegen Sackmann gedacht

haben. Dass wir heute auch das Thema Ehrenamt diskutieren, ist, so denke ich, sinnbildlich. Es war wirklich beeindruckend, wie Sie alle in den letzten Monaten und Wochen zu ihm gestanden sind. Ich hatte persönlich eine sehr enge Beziehung zu ihm und pflege diese nach wie vor mit seiner Familie und möchte die Gelegenheit nutzen, mich im Namen seiner Familie bei Ihnen allen für die Unterstützung und für die Begleitung zu bedanken.

Ich war in den letzten Wochen, Ende August/Anfang September, als sein Vertreter als Ehrenamtsbotschafter in meinem Stimmkreis unterwegs. So war ich zum Beispiel auch in der Asylnotunterkunft in Cham, wo ich seine Grüße überbracht und einen Satz sehr häufig gehört habe: Eigentlich hätten wir jetzt gerade unseren gemeinsamen Urlaub verbracht, aber nun sind wir hier. Das habe ich von einer Gruppe von Schülern gehört, das habe ich von Rentnern gehört, die ihre Freizeit geopfert haben und jeden Tag in der Unterkunft im Einsatz waren. Auf meine Frage hin, warum sie sich denn engagieren, habe ich immer die gleiche Antwort erhalten: Weil wir gebraucht werden und weil wir etwas tun wollen.

Das, meine Damen und Herren, ist bezeichnend für das unglaubliche Engagement der Menschen in Bayern und gleichzeitig auch für den Ausnahmezustand, in dem unser Land seit Wochen ist. Fest steht: Ohne die Helfer, ohne das Ehrenamt würde es nicht gehen. Das gilt genauso für die Tafeln, genauso für die Kleiderkammern, aber auch für den Sport, für die Kultur und nicht zuletzt auch für die Jugendarbeit. Vieles wäre undenkbar, wenn nicht jeder Dritte, in vielen Regionen sogar jeder Zweite im Ehrenamt Verantwortung für andere übernehme. Dafür bedanke ich mich herzlich.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein – ist es auch, und das verbindet uns auch, Frau Waldmann –, dies zu unterstützen. In Bayern tun wir das sehr erfolgreich, auch aufgrund der Vorarbeit eines Markus Sackmann und durch die Unterstützung der Sozialministerin Emilia Müller, mit dem Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur zur Förderung des Ehrenamts, indem wir die individuelle Wertschätzung und Anerkennung mit dem Ehrenamtsnachweis und der Ehrenamtskarte stärken und indem wir die Gesellschaft für den Wert des Engagements mit den Ehrenamtskongressen oder dem "Runden Tisch Bürgerschaftliches Engagement" sensibilisieren.

Jede Initiative – so auch dieser Gesetzentwurf – muss sich daran messen lassen, ob sie einen echten Mehrwert für das Ehrenamt und den einzelnen Ehrenamtlichen, vom Feuerwehrkommandanten über den Jugendleiter bis zum Helfer in den Helferkreisen, bietet,

und das gerade dann, wenn sie Mehrkosten im zweistelligen Millionenbereich mit sich bringen würde. Erlauben Sie mir deswegen, dass ich in der Kürze der Zeit auf einige Ihrer Punkte eingehe, zum Beispiel auf die Koordinierungszentren, die mit 2 Millionen Euro bereits angeschoben wurden und in 60 Fällen bereits umgesetzt werden konnten und als regionale Anlauf-, Vernetzungs- und Informationsstellen sehr erfolgreich arbeiten. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen. Aber eine von Ihnen geforderte Dauerförderung wäre zum einen mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht vereinbar, und zum anderen muss ich doch in Erinnerung rufen, dass es von Anfang an das Ziel war, die kommunale Ebene, also die Landkreise und die kreisfreien Städte, mit in die Pflicht zu nehmen und Strukturen zu schaffen, damit diese Zentren nach dreijähriger Unterstützung selbstständig weiterbestehen können.

Meine Damen und Herren, wir kennen alle auch die aktuellen Herausforderungen durch die Asylpolitik. Auch daher handeln wir und haben wegen des gestiegenen Koordinierungsbedarfs im Ehrenamtsbereich für die Helfer neue Anlaufstellen angeschoben. Bereits jetzt liegen für ein neues Förderprogramm 36 Anträge vor.

Selbstverständlich müssten die Themen des Ehrenamts weiterhin diskutiert werden. Sie haben es angesprochen. Genau dafür wurde der "Runde Tisch Bürgerschaftliches Engagement" vor über sechs Jahren gegründet, an dem die Landtagsfraktionen, die kommunalen Spitzenverbände, die Wohlfahrtsverbände, die Kirchen und die Wissenschaftsvertreter teilnehmen. Aber der Landesbeirat, den Sie vorschlagen, würde diese erfolgreiche und konstruktive Arbeit im Prinzip nur formalisieren, und auch die von Ihnen geforderte Beteiligung des Landtags ist durch die Fraktionen ja schon sichergestellt.

(Beifall bei der CSU)

Einer der Initiatoren, der Vater, der Gründer, war eben Markus Sackmann, dessen wir heute gedacht haben und der als Ehrenamtsbotschafter in den vergangenen Monaten genau deswegen höchste Glaubwürdigkeit in sich vereinte, weil er dieses Amt ehrenamtlich ausübte.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Fahn, wir haben auch hier schon über einen hauptamtlichen Landesbeauftragten diskutiert. Dies würde eine unnötige Parallelstruktur schaffen, personelle und finanzielle Ressourcen unnötig binden, und dies – das möchte ich unterstreichen – vor dem Hintergrund, dass das Sozialministerium erst vor Kurzem mit Johannes Hintersberger als Staatssekretär nochmals verstärkt wurde.

Die bayerische Ehrenamtskarte, die Sie auch angesprochen haben und deren Vater ebenfalls Markus Sackmann war, hat sich als Instrument der Anerkennungskultur bewährt. 100.000 Karten in 75 Landkreisen und kreisfreien Städten sind ein eindrucksvoller Beleg dafür. Nicht dabei, sehr geehrte Frau Waldmann, ist leider immer noch die Landeshauptstadt München. Sie könnten sich mit ein wenig Nachdruck dafür einsetzen, dass auch die Landeshauptstadt dabei mitmacht.

Ein Erfolgsgarant sind die Akzeptanzstellen mit vielen Vergütungen zum einen von staatlicher Seite, aber – das finde ich ganz besonders wichtig zu erwähnen – auch der Unternehmen, die Rabatte einräumen und damit genau der Vorstellung Rechnung tragen, dass die Förderung des Ehrenamts nicht nur staatliche, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Sie fordern auch Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr. Dies geht aus Kostengründen, aber vor allem inhaltlich zu weit. Was ist das Ziel der Ehrenamtskarte? - Das sind die Anerkennung und die Wertschätzung der ehrenamtlichen Tätigkeit und ist eben nicht die völlige Freistellung von Benutzungs- oder Eintrittsgeldern. Wer glaubt, damit Ehrenamtliche zu begeistern, kennt deren Motivation vielleicht zu wenig.

Was brauchen Ehrenamtliche? - Sie brauchen Raum für Kreativität, für Eigenverantwortung, für Eigeninitiative und für Verlässlichkeit dann, wenn es einmal darauf ankommt. Das haben wir zum Beispiel dadurch geschaffen, dass wir die bayerische Ehrenamtsversicherung eingeführt haben.

Nächster Punkt: Die Stiftung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, die Sie vorschlagen, wurde im vergangenen Jahr – Herr Dr. Fahn kann es bestätigen – vom "Runden Tisch Bürgerschaftliches Engagement" deswegen abgelehnt, weil sie zu dieser Zeit wegen der nicht zu erwartenden Erträge keinen Sinn machte. Wir haben hart um den bayerischen Innovationspreis für das Ehrenamt gerungen, der jetzt alle zwei Jahre ausgelobt wird und mit 75.000 Euro ausgestattet werden konnte, um diese innovativen Projekte fördern zu können. Das heißt, die Stiftung würde keinen Mehrwert bieten.

Auch die Schulen, die Sie ansprechen, haben eine unwidersprochen wichtige Aufgabe für das Ehrenamt, aber den Auftrag, den Sie erteilen wollen, haben die Schulen bereits, wenn man sich die Aufnahme des Ehrenamts in die Bayerische Verfassung vor Augen führt und auch an den Bildungs- und Werteerziehungsauftrag der Schulen denkt. Das muss mit Leben erfüllt werden. Viel wichtiger, als Grundlagen im theoretischen Bereich zu schaffen, ist es, die Praxis zu leben.

Ich nenne ein Beispiel aus meinem Stimmkreis, dem Landkreis Cham. Wir führen die Aktion "Ehrenamt macht Schule" durch, die im wahrsten Sinne des Wortes junge Menschen zum Ehrenamt hinführt. In diesem Rahmen haben Hunderte, ja Tausende Schüler Zehntausende ehrenamtliche Stunden geleistet. Dadurch konnte nachhaltiges Interesse für das Ehrenamt geweckt werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Frage, die uns verbindet, lautet: Wie unterstützen wir die Ehrenamtlichen, und wie motivieren wir jene 40 % in der Gesellschaft, die sich einbringen möchten, dies aber bislang nicht tun? Ihr Ansatz bietet hier relativ wenig Neues, außer Bestehendes zu regulieren, Parallelstrukturen und teure Anreize zu schaffen; das geht aber an den Bedürfnissen des einzelnen Ehrenamtes vorbei. Das Ehrenamt kann nie durch Geld oder andere Anreize aufgewogen werden; denn Ehrenamtliche handeln aus Überzeugung, aus Freude an der Sache und als mündige Bürger. Deshalb brauchen wir vor allem einen Staat, der weniger reguliert und nicht mehr, der Freiräume für Engagement schafft, wie wir es zum Beispiel am Mindestlohn sehen, und der die Wirtschaft einbindet.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Noch mehr Anerkennung und Wertschätzung in der Wirtschaft ist ein ganz entscheidender Punkt, den auch Markus Sackmann bis zum Schluss vorangetrieben hat.

Den Mehrwert des Ehrenamts, um den es geht, sehen wir in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig: Ehrenamt darf kein Lückenfüller sein, und Engagement darf keine sozialpflichtigen Arbeitsplätze verdrängen oder ein Ersatz für staatliche Aufgaben sein.

Bürgerliches Engagement zahlt sich aus; es hat einen großen volkswirtschaftlichen Wert. Es gab einmal eine Untersuchung der Universität Eichstätt. Danach bringt der Einsatz von einem Euro bürgerlichen Engagements einen Gewinn von 7,24 Euro.

Die bayerische Bevölkerung hat mit über 90 % beschlossen, das Ehrenamt, das bürgerliche Engage-

ment in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Das müssen wir nun – da gebe ich der Kollegin Waldmann recht – mit Leben erfüllen. Wir haben dazu auch schon entsprechende Beschlüsse gefasst. Ich erinnere an einen Beschluss aus dem Jahr 2012, in dem wir die Staatsregierung aufgefordert haben, das bürgerliche Engagement zu unterstützen – das ist klar – und finanziell zu fördern. Das war ein einstimmiger Beschluss des Bayerischen Landtags; denn auch beim Ehrenamt gilt der Spruch: Ohne Moos nichts los. Was wäre ein Fußballverein ohne Fußbälle? In diesem Sinne begrüßen wir den Gesetzentwurf der SPD grundsätzlich; denn er weist auf bestehende Defizite hin, die wir beseitigen müssen.

Ich darf aber trotzdem ein paar Punkte bringen, über die wir diskutieren müssen und die wir in gewisser Weise auch kritisieren.

Ich nenne zunächst die Koordinierungszentren. Sie werden im Gesetzentwurf erwähnt. Aber wo bleibt der Bezug zu vorhandenen Einrichtungen? Was ist mit den Freiwilligenagenturen, mit den Mütter- und Familienzentren, mit den Mehrgenerationenhäusern? Wie ich gehört habe, leisten auch diese einen ganz wichtigen Beitrag zur Stärkung des bürgerlichen Engagements. Diese müsste man also auch miteinbeziehen.

Wir haben es auch mit dem "Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement" zu tun. Warum taucht das "Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement" mit keinem Wort in diesem Gesetzentwurf auf? Dieses Netzwerk hat doch sehr gute Arbeit geleistet. Wenn wir nun die Strukturen verbessern wollen, geht das nur mit dem "Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement" und nicht ohne es.

Der Bezug zur Schule ist dünn ausgefallen; denn wenn es um die Stärkung des bürgerlichen Engagements geht, muss natürlich auch das Service-Learning gefördert werden. Das bedeutet, in der Schule konkrete ehrenamtliche Projekte zu fördern. Es ist ein Unterricht in anderer Form, bei dem die Schüler Verantwortung lernen. Der Kontakt von Schulen und außerschulischen Partnern steht hier sozusagen im Vordergrund. Im Gesetzentwurf der SPD heißt es nun, dieses Engagement der Schulen müsse neu normiert werden. Wir meinen, das braucht es nicht. In vielen Schulen gibt es das schon. Man muss das Ganze nur insgesamt verbessern. Wir hatten dazu bereits etliche Gespräche mit verschiedenen Gymnasien, zum Beispiel mit dem Kaiser-Heinrich-Gymnasium in Erlangen. Die machen schon sehr viel im Rahmen dieses Themas. Es muss also darum gehen, dieses Engagement, das in den Schulen praktiziert wird, bayernweit flächendeckend zu vernetzen und zu fördern. Damit sind wir dann schon einen großen Schritt weiter.

Einen eigenen Landesbeauftragten – das hat Herr Hopp richtigerweise gesagt – fordern wir schon lange. Wir haben auch dazu bereits einen Antrag gestellt. Das gibt es schon in einigen Bundesländern, beispielsweise in Rheinland-Pfalz.

An dieser Forderung halten wir fest. Es gab nun als Kompromissvorschlag den Ehrenamtsbotschafter. Dieses Amt hatte Herr Sackmann gut ausgefüllt, aber im Hinblick auf die Bedeutung des Ehrenamtes wäre es schon wichtig – das haben wir auch alle gesagt –, einen Landesbeauftragten zu haben. Es gibt doch so viele andere Landesbeauftragte, warum nicht auch einen für das Ehrenamt. Es ist doch klar: Die Leute, die sich da engagieren, tun das alle ehrenamtlich.

Die Ehrenamtskarte ist das hervorragende Lebenswerk von Markus Sackmann. Aber die Umsetzung – das merken wir immer wieder – überfordert viele Landkreise, und zwar deshalb, weil der Freistaat nur einmalig die Landkreise mit 5.000 Euro unterstützt. Das ist zu wenig; denn die Kommunen - inzwischen gibt es in über 70 Landkreisen diese Ehrenamtskarte – brauchen dafür Personal auf Dauer, um die Umsetzung zu gewährleisten. Hier macht es sich der Freistaat zu einfach; er klinkt sich aus.

Das ist auch ein Grund, warum die Stadt München dabei fehlt. Wir hatten dazu Gespräche mit der Stadt, und da gebe ich Herrn Hopp durchaus recht. Ohne die Stadt München sieht es schlecht aus, wenn man eine bayernweite Bilanz ziehen will. Wir müssen also weiterhin Gespräche mit der Stadt München darüber führen, warum sie diese Ehrenamtskarte nicht einführen will.

Noch eine Frage: Brauchen wir wirklich ein neues Gremium "Landesbeirat"? Ich selbst sitze schon seit einigen Jahren am "Runden Tisch Bürgerschaftliches Engagement". An diesem Runden Tisch sind alle politischen Parteien vertreten, die kommunalen Spitzenverbände und auch die Ehrenamtler. Dieser Runde Tisch ist eine Bereicherung für das Land. Man könnte seine Struktur eventuell noch verbessern, weil es zum Teil zu viele Leute sind. Man könnte verstärkt Unterarbeitsgruppen bilden. Die Idee dieses Runden Tisches ist aber grundsätzlich gut und richtig. Man sollte den "Runden Tisch Bürgerschaftliches Engagement" beibehalten und nicht ein neues Gremium wie den Landesbeirat schaffen, man sollte es dabei belassen. Er ist eine gute Sache.

Die Stiftungsidee ist gut und richtig. Auch da gebe ich Herrn Hopp recht. Wir haben das am "Runden Tisch Bürgerschaftliches Engagement" ausführlich diskutiert, und von dort kam die Idee mit diesem Engagementpreis. Wir hatten 100.000 Euro gefordert;

schließlich kam man auf 75.000 Euro. Wir denken, 100.000 Euro wären gut gewesen. Dieser Preis wird beim nächsten Ehrenamtskongress im Juni verteilt werden.

Mein Fazit lautet: Der Gesetzentwurf der SPD bietet uns die Möglichkeit, das Thema Ehrenamt noch einmal ausführlich zu diskutieren. Wir brauchen eine Verbesserung des Status quo; das ist ganz wichtig. Aber es ist die Frage, ob es nicht besser wäre, die bestehenden, zum Teil guten Strukturen weiter zu verbessern und auszubauen, anstatt neue Strukturen zu schaffen. Deshalb ist der Appell der SPD richtig: Schluss mit den Sonntagsreden. Wir müssen konkret werden. Wir haben gute Beschlüsse und müssen damit das Ehrenamt stärken.

Zum Schluss ein Zitat von Albert Schweitzer: Das Wenige, das du tun kannst, ist viel. Und weiter: Das wahre Glück besteht nicht in dem, was man empfängt, sondern in dem, was man gibt.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Diskussionen über das Gesetz im Sozialausschuss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Die nicht funktionierende Uhr kam Ihnen zugute. - Nun hat das Wort die Kollegin Celina, bitte sehr.

Kerstin Celina (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema, das die Schlagzeilen in den letzten Wochen beherrscht hat und das auch heute die Debatte im Landtag beherrschen wird, ist das Thema Flüchtlinge. In diesem Zusammenhang wurde und wird auch immer über die vielen Ehrenamtlichen geredet, die die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft unterstützen. Menschen, die sich bisher noch nicht engagiert haben, und Menschen, die sich schon seit vielen Jahren ehrenamtlich engagieren, sei es beim Roten Kreuz oder in anderen Organisationen, arbeiten Seite an Seite, um Menschen zu versorgen, die kurzfristig Hilfe brauchen. Wir werden diese ehrenamtlichen Helfer noch lange brauchen. Deswegen ist es gut und richtig, eine Debatte zum Thema Ehrenamt zu führen.

Da, wo es bisher gut geklappt hat, lag es viel am Engagement der Kommunen und deren vorbildlicher Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen. Die Bilder von München sind uns allen im Kopf. Auch Würzburg hat sich in den letzten Wochen sehr gut präsentiert, und in vielen anderen Kommunen in Bayern haben Bürgermeister und Landräte parteiübergreifend gehandelt, statt über zukünftige Belastungen zu lamentieren. Das Engagement der Bürger blieb in den letzten

Wochen Gott sei Dank konstant hoch. Dafür sage ich ein großes Dankeschön.

Liebe Frau Waldmann, in dieser Situation scheint Ihr Gesetzentwurf genau zum richtigen Zeitpunkt zu kommen. Ehrenamtliche zu unterstützen, wer könnte dagegen sein! Trotzdem frage ich mich, ob die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen, nämlich die Stärkung und der Ausbau von Koordinierungszentren, die Einrichtung eines Landesbeirates und die Schaffung eines hauptamtlichen Landesbeauftragten für bürgerschaftliches Engagement in die richtige Richtung gehen.

Was wünschen sich denn die Ehrenamtlichen? - Wenn ich mit Ehrenamtlichen rede und lese, was in den Zeitungen steht und in den sozialen Netzwerken gepostet wird, komme ich zu dem Schluss, dass schon viel gewonnen wäre, wenn die Ehrenamtlichen nicht behindert würden. Natürlich gibt es Hygienevorschriften; aber wenn in einer Unterkunft staatlicherseits die Verteilung von gespendetem frischen Obst verweigert wird, ist der Frust bei den Helfern groß. So werden unsere Helfer nicht motiviert, sondern demotiviert. Wir werden unsere Helfer in den nächsten Wintern und in den nächsten Jahren in allen Bereichen sehr brauchen. Ich denke, dass die Problematik vor allem die Kommunen angeht. Diese müssen ein gemeinsames Vorgehen mit den Ehrenamtlichen erreichen. Vielleicht wäre es in dieser Situation tatsächlich gut, wenn wir einen Ehrenamtsbeauftragten hätten, der bei der Staatsregierung auf den Tisch haut und sagt: Verheißt uns unsere Ehrenamtlichen nicht. Dieser müsste konkrete Vorschläge sammeln und einbringen.

Ehrenamtliche brauchen Wertschätzung. Wir sehen jedes Jahr beim Sommerfest in Unterschleißheim, wie wichtig das ist. Frau Stamm, besonderer Dank geht an Sie als das Gesicht des Sommerfests in Unterschleißheim. Ob aber eine Erweiterung der Vergünstigungen der Ehrenamtskarte um eine Reduzierung der Kosten für den öffentlichen Nahverkehr der richtige Weg ist oder ob dies nur kompliziert und bürokratisch wäre, weiß ich noch nicht. Ich bin da jedenfalls sehr skeptisch. Der eigentliche Wert der Ehrenamtskarte liegt ja nicht in den Vergünstigungen, die sie gewährt, sondern darin, den ehrenamtlich engagierten Menschen ein Forum zu bieten, Projekte und die engagierten Menschen in Veranstaltungen und in Publikationen vorzustellen sowie durch Öffentlichkeitsarbeit zu helfen, Nachwuchs zu gewinnen und Interesse bei anderen zu erwecken. All das erreiche ich nicht durch einen umständlichen, kostenintensiven Rabatt auf den Nahverkehr.

Die Frage stellt sich, ob den Ehrenamtlichen ein festgezurrtes Konstrukt wie ein Koordinierungszentrum für bürgerschaftliches Engagement helfen würde. Wir merken bei der Betreuung von Flüchtlingen, wie wichtig die Ansprechpartner in der Kommune und im Landkreis für die Helfer sind. Ich vermute aber, dass der Bedarf dafür in den verschiedenen Regionen Bayerns sehr unterschiedlich ist. Deshalb möchte ich zu diesem Punkt ebenso wie zu den anderen Punkten, die die Kommunen direkt tangieren, erst einmal eine Stellungnahme des Städte- und Gemeindetags einholen und mit den Ehrenamtlichen vor Ort sprechen, bevor wir eine endgültige Entscheidung abgeben.

Liebe SPD-Fraktion, Sie zielen in Ihrem Gesetzentwurf auf das ab, was die Staatsregierung tun müsste, um das Ehrenamt zu stärken. Fakt ist aber doch: Die Staatsregierung ist oft weit weg vom realen Leben vieler Ehrenamtlicher;

(Hans Herold (CSU): Oh je!)

denn das ehrenamtliche Engagement findet in den Kommunen statt. Ich glaube, dass wir dort das ehrenamtliche Engagement beeinflussen müssen. Der Ausbau und die Verstärkung staatlicher Strukturen sind nicht unbedingt der richtige Weg. Darüber möchte ich, wie gesagt, erst mit dem Gemeindetag sprechen. Mir ist wichtig, das Ehrenamt nicht auf Menschen zu beschränken, die sich erst nach ihrem aktiven Berufsleben engagieren, sondern seine Ausübung schon während des Berufslebens zu ermöglichen. Dazu ist es wichtig, das Ehrenamt in der Wirtschaft und im gesellschaftlichen Konsens auch während des Berufslebens zu fördern und diesbezüglich Wertschätzung zu äußern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Jetzt hat für die Staatsregierung Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ehrenamt hat bei uns in Bayern einen ganz besonderen Stellenwert. Meine Vorredner haben die Asylsituation und die Flüchtlingsbewegungen angesprochen. Ich möchte heute von dieser Stelle aus allen Helferinnen und Helfern, die vor Ort waren, als die Menschen angekommen sind, ein ganz besonderes Dankeschön sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Sie haben ihre Zeit und auch sehr viel Kraft und Empathie eingebracht. Das war notwendig, um die Men-

schen zu empfangen, ihnen Orientierung zu geben und ihnen behilflich zu sein. Ohne die Ehrenamtlichen hätten wir das in dieser Art und Weise nicht geschafft. Bürgerschaftliches Engagement benötigt jedoch Freiräume, nicht neue Bürokratisierung. Ein Gesetz in diesem Bereich würde weitere Reglementierungen mit sich bringen. Das entspricht nicht dem Selbstverständnis des bürgerschaftlichen Engagements. Es entspricht auch nicht den Ehrenamtlichen selber. Der SPD-Gesetzentwurf würde eine Überreglementierung in allen Lebensbereichen der Bürgerinnen und Bürger schaffen.

(Ruth Waldmann (SPD): Wo denn?)

Daher lehnen wir den Gesetzentwurf schon aus grundsätzlicher Erwägung ab. Für uns gilt: So viel Regulierung wie nötig, so wenig Regulierung wie möglich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Gesetzentwurf liest sich wie eine bloße Bündelung bereits bekannter Einzelforderungen der SPD. Diese Forderungen lehnen wir weiterhin ab.

Lassen Sie mich auf die wesentlichen Punkte eingehen. Der Gesetzentwurf sieht die Einsetzung eines Landesbeirats vor. Das lehnen wir ab. Der "Runde Tisch Bürgerschaftliches Engagement" hat sich als Gremium zum Austausch über alle Themen des bürgerschaftlichen Engagements bewährt. Kollege Dr. Hopp hat darauf hingewiesen, genauso Kollege Dr. Fahn. Wir brauchen keine Formalisierung eines funktionierenden Gremiums. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben mittlerweile 60 Koordinierungsstellen. Wir haben das "Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern", eine Plattform für neue Ideen und für eine bessere Vernetzung von Ehrenamtlichen. Die Plattform, dieses Landesnetzwerk, bringt die Akteure zusammen. Das heißt, es sind auch die Mehrgenerationenhäuser dabei. Sie sind dort auch Partner. Auch die Mütterzentren sind dabei. Das sage ich nur zur Information, weil es vorhin in Abrede gestellt worden ist.

Die SPD möchte aus der Position des Ehrenamtsbotschafters einen hauptamtlichen Landesbeauftragten machen. Dabei verkennt sie, dass gerade der Ehrenamtsbotschafter ein Vorbild in ehrenamtlichem Engagement darstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle möchte auch ich an unseren Staatssekretär Markus Sackmann und an sein Wirken denken und daran, welche unglaubliche Wirkung ein Ehrenamtsbotschaf-

ter entfalten kann. Das alles hat Markus Sackmann in beeindruckender Art und Weise bewiesen.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Markus Sackmann war als Ehrenamtsbotschafter der Bayerischen Staatsregierung ein Vorbild. Trotz seiner schweren Krankheit hat er sein Engagement nicht aufgegeben. Das ist bewundernswert. Er hat sich besonders durch seinen Einsatz für das Ehrenamt im Freistaat um seine Heimat verdient gemacht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, er war getragen von unserer Wertschätzung und unserer Anerkennung und von der Wertschätzung der vielen Ehrenamtlichen, mit denen er permanent in Kontakt war.

Meine Damen und Herren, die Bayerische Ehrenamtskarte, die auf Markus Sackmann zurückgeht, hat sich als innovatives Instrument im Rahmen der Anerkennungskultur bewährt. Im Spätherbst werden wir die hunderttausendste Karte ausgeben. Ich darf sagen, dass wir die Position des Ehrenamtsbotschafters wieder besetzen werden. Aber lassen Sie uns kurz nach dem Tod von Markus Sackmann noch Zeit. Ich glaube, wir sind es seinem Vermächtnis schuldig, nicht sofort die Neubesetzung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, mit der Ehrenamtskarte haben wir eine Form der Anerkennung geschaffen, die nicht nur ideeller Natur ist. Wenn wir sie aber mit Ermäßigungen und freien Eintritten verbinden, wie im Gesetzentwurf der SPD vorgesehen, führt das zu einer Monetarisierung des bürgerschaftlichen Engagements. Das will niemand, am wenigsten die Ehrenamtler.

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf sieht die Errichtung einer Stiftung im Bereich bürgerschaftliches Engagement vor. Damit hat sich der "Runde Tisch Bürgerschaftliches Engagement" letztes Jahr ausführlich beschäftigt. Er hat die Einrichtung der Stiftung nicht befürwortet. Eine solche Stiftung ist aufgrund der Lage an den Finanzmärkten zumindest derzeit überhaupt nicht sinnvoll. Die zu erwartenden Erträge für die Finanzierung von sinnvollen Maßnahmen wären absolut zu gering.

Eine Ergänzung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen ist ebenfalls abzulehnen. Bereits jetzt gehört das bürgerschaftliche Engagement zum Bildungs- und Erziehungsauftrag unserer Schulen. Das unterstützen wir auf vielfältige Weise. Weitere Regelungen wären somit auch in diesem Bereich völlig unnötig und überflüssig.

Wir sind im Polit-Bereich Bürgerschaftliches Engagement schon jetzt hervorragend aufgestellt. Selbstverständlich arbeiten wir daran, die Rahmenbedingungen

stets zu verbessern. Das tun wir auch auf Initiative und Anregung vieler Ehrenamtlicher. Wir wollen beispielsweise den weiteren Ausbau der Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement. Wir verbessern mit der Hilfe der im Asylbereich tätigen Ehrenamtlichen, die Unglaubliches geleistet haben, auch diese Bereiche. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben den Innovationspreis Ehrenamt und vieles andere. Wenn wir eine Sache jedoch nicht brauchen, dann ist das ein weiteres Gesetz in diesem Bereich. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf zur parlamentarischen Beratung dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 c** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. (CSU) zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 17/8065) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Blume das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es eine Unterscheidung zwischen großen und kleinen Gesetzentwürfen gäbe, wäre der Gesetzentwurf, über den wir heute reden, sicherlich ein sehr kleiner Gesetzentwurf. Ehrlich gesagt, geht es nur um eine technische Frage. Wir befassen uns einmal mehr mit der Zusammensetzung der Aufsichtsgremien über den Rundfunk in Bayern. Das haben wir schon einmal getan, als die FREIEN WÄHLER ihren Gesetzentwurf zu diesem Thema vor einigen Monaten eingebracht haben. Heute müssen wir mit unserem Gesetzentwurf dem Zeitverlauf Rechnung tragen. Wir müssen sicherstellen, dass wir am Ende insgesamt eine gute Lösung erreichen können.

Der Hintergrund unseres Gesetzentwurfes ist derselbe, der damals auch dem Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER zugrunde lag. Es gab ein Urteil des Verfassungsgerichts, das die Vorgaben des ZDF-Staatsvertrags überprüft hat und zu dem Ergebnis kam, dass der Staatsvertrag in Teilen verfassungswidrig ist. Es wurde ein umfangreicher Änderungsbedarf aufge-

zeigt. Mittelbar hat dieser Änderungsbedarf auch Konsequenzen für das Bayerische Rundfunkgesetz und das Bayerische Mediengesetz. Das betrifft insbesondere die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien.

Wir waren uns im Hohen Haus darüber einig, dass wir uns die Vorgaben des Verfassungsgerichts und deren Auswirkungen auf die bayerische Rundfunkaufsicht gründlich anschauen, diese sorgfältig analysieren und uns darüber hinaus extern kundig machen. Am 17. Juni gab es eine Anhörung zur Sicherung der Vielfalt und Staatsferne in den Aufsichtsgremien des Rundfunks in Bayern im Wissenschaftsausschuss. Ich fand die Anhörung sehr gut und aufschlussreich. Ein Ergebnis der Anhörung war die Einigkeit darüber, dass die Änderungen, die im Bayerischen Rundfunkgesetz und im Bayerischen Mediengesetz vorgenommen werden sollen, für die jeweils nächste Amtsperiode gelten sollen.

Wir kommen jetzt zu dem bestehenden kleinen Problem. Die nächste Amtsperiode des Rundfunkrats beginnt am 1. Mai 2017. Bis dahin haben wir noch genügend Zeit. Die nächste Amtsperiode des Medienrats der BLM würde jedoch schon am 1. Mai 2016 beginnen. Die notwendigen Verfahren bei den entsendenden Organisationen müssen jedoch mit einem zeitlichen Vorlauf vonstattengehen. Dies hat zur Konsequenz, dass das Entsendeverfahren auf der Basis der aktuellen Rechtslage bereits in diesem Oktober laufen müsste. Als Konsequenz müsste der Bayerische Medienrat nach der bisherigen Regelung zusammengesetzt werden. Dies würde den Vorgaben des Verfassungsgerichts nicht Rechnung tragen.

Deswegen lautet unser bayerisch-pragmatischer Vorschlag: Wir sorgen für eine überlange Amtsperiode des Medienrats. Das bedeutet, die Amtsperiode wird um ein Jahr verlängert. Der Zeitpunkt für den Ablauf der jetzt gültigen Amtsperiode wird vom 30. April 2016 auf den 30. April 2017 festgesetzt werden. Das ist eine einmalige Geschichte. Die Amtszeiten sollen nicht dauerhaft verlängert werden. Das Ablaufdatum soll lediglich für diese Amtsperiode um ein Jahr verschoben werden. Dies hat den Vorteil, dass wir damit eine Synchronisierung der Amtszeiten von Medienrat und Rundfunkrat erreichen. Beide Gremien laufen dann im selben Turnus. Der Vorschlag wird von den Vorsitzenden des Medienrats und von der BLM unterstützt. Meine Damen und Herren, wir hätten außerdem alle miteinander genügend Zeit, nämlich bis zu kommenden Sommerpause, eine Lösung zu finden, die sorgfältig abgewogen ist und den Vorgaben des Verfassungsgerichts entspricht. Deswegen darf ich herzlich um Unterstützung bitten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Blume. – Jetzt hat Frau Kollegin Fehlner das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir halten eine Verlängerung der laufenden Amtsperiode des Medienrats um ein Jahr ebenfalls für sinnvoll. Somit haben wir genügend Zeit für die notwendigen Änderungen des Bayerischen Mediengesetzes. Deshalb werden wir Ihrem Gesetzentwurf auch zustimmen. Unabhängig davon müssen wir uns im weiteren Verlauf der Gesetzesberatung noch über eine ganze Reihe von Themenkomplexen verständigen. Es wird sicherlich viele unterschiedliche Positionen geben. Diese gilt es zu diskutieren.

Am 25. März 2014 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Regelungen zur Zusammensetzung und Beschlussfassung in den Aufsichtsgremien des ZDF in wesentlichen Teilen verfassungswidrig und daher unvereinbar mit dem Grundgesetz sind. Der erste Schritt ist somit getan. Der zweite muss nun folgen. Das Bayerische Rundfunkgesetz und das Bayerische Mediengesetz sind aus denselben Gründen reformbedürftig, wie der ZDF-Staatsvertrag es war. Das Gericht hat deutliche Signale gegeben und klare Grenzen gezogen. Ich nenne nur einige Stichpunkte: Die Unabhängigkeit und Vielfalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss im Hinblick auf die gebotene Staatsferne gestärkt werden. Bei der Gremienarbeit und den Gremienentscheidungen gilt es, die Transparenz zu verbessern. In der Rundfunkaufsicht muss für Geschlechterproporz gesorgt werden. Eine Versteinerung der Gremien darf es nicht geben. Sie müssen die Gesellschaft facettenreich und vielseitig widerspiegeln. Außerdem geht es um die Inkompatibilitätsregelung, durch die verhindert werden soll, dass Verbände und Organisationen Politiker oder staatsnahe Vertreter in die Aufsichtsgremien entsenden.

Das ist heute jedoch nicht unser Thema. Darüber wird in den nächsten Wochen zu reden sein. Dem heute vorgelegten Gesetzentwurf stimmen wir, wie gesagt, zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt hat Herr Kollege Professor Dr. Piazolo das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heute vorliegende Gesetz-

entwurf ist ein dokumentiertes Regierungsversagen. Ich muss das so drastisch sagen.

(Erwin Huber (CSU): Ah geh!)

Er zeugt von einem jahrelangen Verschlafen eines offensichtlichen Handlungsbedarfs.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vor anderthalb Jahren hat Ihnen das Bundesverfassungsgericht die erste Watschn mit dem ZDF-Urteil verpasst. Es hat gesagt: Zu viele Vertreter aus politischen Parteien sitzen in den Aufsichtsgremien. Das war am 25.03.2014. Damals ging es um das ZDF. Wir waren uns aber alle im Klaren, dass das genauso für den Bayerischen Rundfunk, für den Rundfunkrat und für den Medienrat gilt. Das ist unbestritten.

Seitdem fordern wir, dass etwas getan wird. Damals wurde höchstrichterlich mangelnde Staatsferne vorgeworfen und festgestellt, dass Handlungsbedarf besteht. Höher als das Bundesverfassungsgericht geht es nicht. Statt zu handeln, haben Sie verzögert. Jetzt müssen Sie ein Gesetz einbringen, das Ihnen die Möglichkeit gibt, weitergehend zu handeln. Dadurch entsteht eine Verzögerung um ein weiteres Jahr.

Wir haben Sie im Plenum und in den Ausschüssen insgesamt viermal aufgefordert, tätig zu werden. Wir haben einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Ich zitiere die Aussage von Herrn Kollegen Blume in der Plenarsitzung vom Januar. Dort sagte er, es bestünde kein schneller Handlungsbedarf; wir hätten bis zur neuen Zusammensetzung der Gremien ausreichend Zeit. Jetzt bringen Sie einen Gesetzentwurf ein, in dem Sie sagen: Wir müssen die Anpassung der Zusammensetzung der Gremien verschieben, weil wir es nicht geschafft haben, innerhalb von anderthalb Jahren ein Gesetz auf den Weg zu bringen. Das ist dokumentiertes Regierungsversagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt müssen wir uns in mehreren Lesungen mit diesem Gesetzentwurf beschäftigen und versuchen, das, was Sie gemacht haben, auszubügeln. Das ist die gute Auslegung des Ganzen. Das ist schuldhaftes Handeln durch Unterlassen. Das ist ähnlich wie bei der Flüchtlingsdebatte. Auch dort haben Sie vieles unterlassen. Die Folgen davon müssen wir jetzt ausbaden. Wir werden diese Debatte nachher führen. Ich hoffe, dass Sie sich bei diesem Thema nicht wie in der Flüchtlingsdebatte von Ihrem Freund Viktor Orbán beraten lassen und deswegen so lange zögern. Das wäre die schlechte Auslegung des Ganzen.

(Markus Blume (CSU): So was Erbärmliches!)

- Ja, selbstverständlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich in Flüchtlingsfragen von dem größten regierenden Rechtspopulisten in Europa beraten lässt, von dem kann man durchaus vermuten, dass er diesen Regierungschef auch in Medienfragen zu Rate zieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sie waren ja nicht dabei; deswegen können Sie es auch nicht beurteilen!)

- Ich war Gott sei Dank nicht dabei, als Ihre Fraktion mit Herrn Orbán geredet hat. Was ich äußerte, war nicht einmal eine Vermutung. Ich hoffe, dass es nicht so ist. Ich kann das aber angesichts des langen Zeitablaufs nicht ausschließen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, würden Sie bitte zum Tagesordnungspunkt sprechen!

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, ich kann mir vorstellen, dass das schmerzt. Aber ein Zusammenhang dieses Themas mit der Medienpolitik, von der ich gesprochen habe, ist nicht von der Hand zu weisen.

Ich komme gerne zum Abschluss, wie Sie das wünschen. - Handeln tut not. Wir werden Ihnen dabei helfen, diesen Fehler auszubügeln, und diesem Gesetzentwurf zustimmen, weil auch wir es für notwendig erachten, hier zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Ich möchte nur noch einmal deutlich betonen: Sie hatten anderthalb Jahre Zeit, einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen. Auch die Anhörung hätten wir wesentlich früher durchführen können. Die Oppositionsfaktionen haben dies gemeinsam versucht. All das hat nichts genützt. Sie haben trotzdem nicht aufs Tempo gedrückt. Deshalb müssen wir heute über diesen Gesetzentwurf reden, der Ihnen die Möglichkeit gibt, über dieses Thema nachzudenken. Ich hoffe, dass etwas Gutes dabei herauskommen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Gote das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe ausdrücklich Herrn Kollegen Blume recht: Das ist ein kleiner Gesetzentwurf. Aber auch solche Gesetzentwürfe sind nicht überflüssig und machen manchmal durchaus Sinn. Gehen Sie einfach davon aus, dass ich die Ausführungen des Herrn Kollegen Blume und der Frau Kollegin Fehlner wiederhole und ausführe. Dann muss ich das nämlich nicht tun. Wir können trefflich

darüber streiten, ob die Vorlage dieses Gesetzentwurfs zu lange gedauert hat oder nicht. Das möchte ich nicht tun. Im Landtag gibt es Vorgänge, die länger dauern und mich mehr ärgern. Ich finde es schon gut, dass wir zu diesem Thema eine Anhörung durchgeführt haben.

Wir werden noch im Detail streiten müssen. Wir GRÜNEN haben andere Vorstellungen von der zeitgemäßen Zusammensetzung der Gremien als andere Fraktionen hier im Hause, wahrscheinlich andere Vorstellungen als alle anderen Fraktionen. Das werden wir am Ende sehen. Nichtsdestotrotz halte ich den vorliegenden Gesetzentwurf in dem Verfahren, in dem wir uns jetzt befinden, für sinnvoll. Wir werden ihm daher auch zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist das auch so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten
Dringlichkeitsanträge**

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber einführen (Drs. 17/8087)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD) Rahmenvertrag für eine Gesundheitskarte für Asylbewerber in Bayern (Drs. 17/8099)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerber prüfen (Drs. 17/8100)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU) Flüchtlingszustrom eindämmen - Schutzbedürftigen helfen! (Drs. 17/8088)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Dr. Linus Förster u. a. und Fraktion (SPD) Auf das Willkommen folgt die Integration: Für eine humane, verantwortungsvolle und vorausschauende Flüchtlingspolitik! (Drs. 17/8101)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schutzbedürftigen helfen, Herausforderungen entschlossen angehen (Drs. 17/8106)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Asyl: Geltendes Recht anwenden - Keine weitere Überforderung des Systems (Drs. 17/8090)

Ich eröffne die allgemeine Aussprache und darf als Erster Frau Kollegin Bause für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gestern hier alle miteinander den 25. Jahrestag der Wiedervereinigung gefeiert. Wir haben gefeiert, dass in Europa vor 25 Jahren die Mauer und der Eiserne Vorhang niedergerissen wurden. Wir haben uns alle miteinander sehr darüber gefreut. Es war auch gut, dass wir hier gefeiert haben. Heute, einen Tag nach dieser Feier, sollten Sie sich nicht dafür stark machen, dass wir an unseren Grenzen, dass wir an den europäischen Grenzen wieder neue Zäune und neue Mauern errichten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Stacheldraht, Zäune und Mauern können nicht die Antwort auf die Wanderungsbewegungen in unserer globalen Welt im 21. Jahrhundert sein. Wir sehen es doch: Menschen, die alles verloren haben, die vor Krieg fliehen, die vor Terror fliehen, die vor Folter fliehen, lassen sich auch nicht durch Stacheldraht und Militär davon abhalten, für sich und ihre Familien bei uns, im sicheren Europa, Schutz zu suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit all den Abschottungsmaßnahmen, die im Moment in der Diskussion sind und in Ungarn zum Teil praktiziert werden, verschärfen und vergrößern wir nur die elende Situation der Menschen, die auf der Suche nach Schutz und Sicherheit sind. Wir helfen den Schleppern und Schleusern sogar noch dabei, ihr schmutziges Geschäft mit der Not der Flüchtlinge zu machen. Es gilt: Je höher die Zäune, desto höher die Preise der Schleuser, desto gefährlicher die Fluchtrouten, und desto mehr Menschen werden auf der Flucht ihr Leben lassen. Die Lösung liegt also nicht in einer weiteren Abschottung, in der Bekämpfung oder Kriminalisierung der Flüchtlinge. Die Lösung muss anders aussehen. Viktor Orbán kann und darf kein Vorbild für unsere Politik in Bayern, in Deutschland und in Europa sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen keine "Orbanisierung" der deutschen und der europäischen Flüchtlingspolitik. Im Mittelpunkt unserer Politik müssen Menschlichkeit und Pragmatismus stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was brauchen wir also? Ich will einmal auf der obersten Ebene anfangen, um dann dazu zu kommen, was wir in Bayern vor Ort jetzt sofort tun müssen.

Selbstverständlich brauchen wir endlich eine internationale Friedensdiplomatie und eine internationale Krisendiplomatie. Der schreckliche Krieg in Syrien wütet

seit mehr als viereinhalb Jahren. Er war fast schon aus dem Fokus der Weltöffentlichkeit geraten. Es gab keine Friedensinitiativen mehr. Kaum jemand mehr hat sich um dieses schreckliche Thema gekümmert. Erst jetzt, da das Elend der Flüchtlinge mitten in Europa ankommt, da es mit den Flüchtlingen sozusagen vor unserer Haustür steht, erst jetzt merken Europa und auch die UN, dass wir nicht einfach so weitermachen können, dass wir nicht weiter so zusehen können. Deshalb muss auch von Deutschland und Europa aus verstärkt Druck auf eine internationale Friedensdiplomatie gemacht werden, damit wir zumindest zu einem Waffenstillstand in Syrien kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist denn momentan weltweit los? - Wir hören die Nachrichten aus Afghanistan, aus Kundus. Wir bekommen mit, dass auch die Nachbarländer Syriens extrem belastet sind und instabil zu werden drohen. Deswegen müssen wir auf internationaler Ebene alles tun, um die Krisenherde zu stabilisieren, statt möglicherweise mit Waffenlieferungen dazu beizutragen, dass es noch mehr Instabilität und noch mehr Krisen gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich müssen wir die Situation in den Flüchtlingscamps in den Krisengebieten und den Nachbarländern verbessern. Darin stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, Herr Kreuzer, zu diesem Punkt Ihres Antrags. Wir müssen die Nachbarländer Syriens stabilisieren. Wenn wir es nicht schaffen, dass die Menschen in den dortigen Lagern überleben können, weiß ich nicht, was dann noch alles passieren wird. Die Summen, über die momentan diskutiert wird, reichen hinten und vorne nicht aus. Sie sind, ehrlich gesagt, lächerlich. Deshalb braucht es eine Initiative der Bundesregierung zu viel deutlicheren und kraftvolleren Anstrengungen. Diese Regionen zu unterstützen, ist eine herausragende und wichtige Aufgabe. Auch dabei werden Deutschland und Europa ihrer Verantwortung noch nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lösung liegt in mehr Solidarität und nicht in weniger Solidarität. Wir brauchen mehr Solidarität auf europäischer Ebene, auf deutscher Ebene und auch auf der Alltagsebene in den Kommunen. Wir stehen vor einer riesigen Aufgabe, die wir lösen können, wenn alle Ebenen von der EU über den Bund und die Länder bis hin zu den Kommunen diese Aufgabe endlich als gemeinsame Aufgabe annehmen und sich nicht den Schwarzen Peter gegenseitig zuschieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alleingänge, wie wir sie im Moment insbesondere von Herrn Seehofer und der CSU hören, lösen die Probleme nicht; sie schaffen in der derzeitigen Situation nur zusätzliche Probleme. Zusätzliche Probleme können wir im Moment am allerwenigsten brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei allen Problemen und Herausforderungen, die wir haben, sollten wir nie vergessen: Die wirklichen Probleme, die existenziellen Probleme haben nicht wir, haben die Flüchtlinge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern sollten wir uns darauf konzentrieren, was wir hier und jetzt tun können und was wir sofort unternehmen müssen. Die erste und wichtigste Aufgabe besteht darin, die Unterkünfte winterfest zu machen. Die Zelte, die nicht beheizbar sind, können nur noch ein paar Tage genutzt werden. Deshalb müssen wir alles tun, um sofort winterfeste Unterkünfte zu bekommen. Ich frage mich schon, wieso es bis heute kein Leerstandskataster für ganz Bayern gibt. Wieso liegt uns das noch nicht vor? - Es müsste sofort auf dem Tisch liegen, damit wir alle verfügbaren leerstehenden Gebäude nutzen können.

(Thomas Kreuzer (CSU): Damit wir dann noch mehr einweisen können? – Zuruf von der CSU: Das haben wir schon!)

- Wenn Sie das haben, ist es wunderbar. Wir, die Opposition, haben es nicht. Bisher liegen der Öffentlichkeit und uns, der Opposition, kein Liegenschafts- und kein Leerstandskataster vor. Legen Sie das sofort auf den Tisch!

(Thomas Kreuzer (CSU): Damit wir noch mehr einweisen können, oder was soll das bringen?)

- Damit wir alle wissen, wo es Möglichkeiten gibt. Es gibt Baumärkte, die leer stehen, es gibt Unterkünfte, die leer stehen, und es gibt Hallen, die leer stehen; ein solches Kataster ist eine wichtige Information, damit vor Ort Unterkünfte geschaffen werden können und Flüchtlinge im Winter nicht in unbeheizbaren Zelten leben müssen.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Margarete Bause (GRÜNE): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. Sie können am Ende meiner Rede etwas sagen. - Zweitens müssen wir diejenigen stärken, die vor Ort, zum Teil rund um die Uhr, alles tun, um die Flüchtlinge zu unterstützen und ihnen zu helfen, ihre Situation zu bewältigen. Die Leistungen der

Hilfsorganisationen, der Kommunen und aller Ehrenamtlichen – Sie alle wissen das ? können wir nicht hoch genug einschätzen. Wenn die aus Frust und Überforderung aufgeben, haben wir ein echtes Problem. Deswegen müssen wir alles tun, um die Hilfskräfte vor Ort zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens müssen wir ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen zur Bewältigung der Situation vor Ort zur Verfügung stellen. Deswegen fordere ich Sie auf, die Pauschale, die jetzt der Bund den Ländern zur Verfügung stellt, zum großen Teil an die Kommunen weiterzuleiten, weil sich auf kommunaler Ebene entscheidet, wie mit der Situation umgegangen wird. Deswegen müssen wir die Kommunen vor Ort stärken und ihnen die finanziellen und personellen Ressourcen dafür zur Verfügung stellen.

Viertens. Wir müssen die Integrationsmaßnahmen sofort auf den Weg bringen. Wir haben in diesem Sommer eine wunderbare Willkommenskultur in unserem Land erlebt. Wir alle können stolz darauf sein, dass so viele Menschen sich engagieren, dass sie die Menschen willkommen heißen, dass sie ihre Kraft und Zeit zur Verfügung stellen und dass sie selber etwas tun, um den Flüchtlingen zu helfen. Diese Willkommenskultur ist ein wunderbares Aushängeschild für unser Land; und darauf können wir stolz sein.

Aber auf diese Willkommenskultur muss jetzt die Integrationskultur folgen. Doch wir merken: Wir sind mit unseren Systemen längst noch nicht fit für die Integration. Das fängt beim Gesundheitssystem an – Stichwort Gesundheitskarte; dazu wird nachher mein Kollege etwas sagen. Es geht weiter über das Bildungssystem und über die Teilhabe. Das heißt, wir müssen jetzt endlich eine Integrationskultur in allen gesellschaftlichen Bereichen verankern. Damit müssen wir sofort beginnen. Schon häufig wurde gesagt: Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit in diesem Bereich nicht fortsetzen. Deswegen brauchen wir als Allererstes eine entsprechende Anzahl von Integrations- und Deutschkursen, von Sprachangeboten, von Schulbildung und Ausbildung. All diese Angebote müssen sofort zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss ein Appell an Sie: Ständig ist die Rede von Massen, Wellen und Strömen. Ich bitte Sie: Es geht um Menschen. Es geht um Kinder, es geht um Frauen, und es geht um Männer. Jeder Einzelne hat ein Gesicht, und jeder Einzelne hat Rechte und hat Würde. Das sollten wir in dieser Debatte niemals vergessen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Bause, die Zwischenfrage vom Kollegen Steiner geht in eine Zwischenbemerkung über. Bitte schön, Herr Kollege Steiner.

Klaus Steiner (CSU): Frau Kollegin Bause, ich weiß nicht, ob Sie sich jemals die Zeit genommen haben, zum Beispiel einmal nach Südostbayern zu fahren, in die Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein. Wenn Sie dorthin gefahren sind, müssten Sie wissen, dass alles Nötige getan wird. Die Kommunen und die Ehrenamtlichen tun alles. Es steht genügend Personal zur Verfügung; aber die Menschen im Einsatz können nicht mehr, und wir können auch nicht mehr. Ich weiß nicht, ob Sie die Aussagen Ihres Parteifreundes Rezak kennen, des Miesbacher Landrats.

Margarete Bause (GRÜNE): Rzehak – Wolfgang Rzehak!

Klaus Steiner (CSU): Ich darf aus der Einleitung zu einem Interview in der "Süddeutschen Zeitung" zitieren:

Wenn Rezak hört - -

Margarete Bause (GRÜNE): Er heißt Rzehak!

Klaus Steiner (CSU):

– wie seine grünen Mitstreiter im Landtag alle Vorschläge der CSU zur Lösung des Flüchtlingsproblems verdammen und eine herzlichere Willkommenskultur fordern, muss er sich zusammenreißen. "Ich würde mir wünschen, mich hätte mal jemand angerufen und gefragt: Wie schaut es denn wirklich aus vor Ort?"

Sie wissen nicht, was los ist. Sie reden nur mit dem Helferkreis, aber nicht mit dem Landrat.

(Beifall bei der CSU)

Rezak fährt fort:

Natürlich muss man die Asylverfahren deutlich beschleunigen. Man darf auch keine falschen Anreize setzen und Menschen herlocken, die von vornherein keine Aussicht auf ein Bleiberecht haben, wie es bei vielen Balkanflüchtlingen der Fall ist.

Liebe Frau Bause, hinter dieser Aussage, man dürfe keine falschen Anreize setzen und Menschen herlocken, steckt die ganze Dramatik der letzten Wochen.

Sie ist auch ein Zeugnis für Ihre katastrophale Asyl- und Integrationspolitik, die einfach nicht praxistauglich ist. Das sagt nicht nur der Miesbacher Landrat, sondern das sagen alle Ihre Kommunalpolitiker, auch der Bürgermeister von Tübingen, der Herr Palmer. Auch er stellt Ihnen dieses armselige Zeugnis aus. Mit Ihrer undifferenzierten Willkommenskultur locken Sie die Menschen hierher.

(Beifall bei der CSU)

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Kollege Steiner, eines vorweg: Der grüne Landrat von Miesbach heißt Wolfgang Rzehak.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Zuruf von der CSU: Das ist jetzt das Entscheidende?)

- Wenn man jemanden zitiert, sollte man zumindest seinen Namen richtig aussprechen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und machen Sie sich keine Sorgen, wer von uns dauernd vor Ort ist. Wir sind überall vor Ort.

(Widerspruch bei der CSU - Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Natürlich. Den Ministerpräsidenten habe ich noch in keiner Flüchtlingsunterkunft gesehen, aber viele Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen im Landtag machen sich ein Bild von der Situation vor Ort. Das Gespräch mit Wolfgang Rzehak hat längst stattgefunden. Wir haben uns sehr intensiv informiert. Wolfgang Rzehak sagt: Wir brauchen von der Landesebene und der Bundesebene mehr Personal; mit dem Personal, das wir haben, schaffen wir es nicht mehr; wir werden von der Landesebene alleingelassen, was die Personalkosten angeht. - Alle unsere und sicherlich auch Ihre Kommunalpolitiker erwarten mehr finanzielle und personelle Unterstützung vonseiten der Landesebene für die Arbeit, die sie vor Ort machen. Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen. Sie sollten denjenigen, die vor Ort die Arbeit machen und die Aufgabe bewältigen, helfen und ihnen nicht in den Rücken fallen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letztes Wort: Es ist absolut lächerlich, wenn Sie meinen, dass durch irgendwelche hier gemachten Äußerungen die Menschen angelockt werden. Die Menschen kommen nach Europa und nach Deutschland, weil sie dem Krieg entfliehen und weil sie ihr Leben und ihre Familien in Sicherheit bringen wollen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und nicht, weil irgendjemand sagt: Hier ist es so wunderbar. – Auch unser bayerischer Ministerpräsident ist im Wahlkampf durch Bayern gezogen und hat von der Vorstufe zum Paradies geredet. Dazu kann ich nur sagen: Ja, wer will nicht ins Paradies?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Kollegen Kreuzer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir reden nicht nur, sondern wir handeln auch. Ich habe in Ihrem Beitrag keinen einzigen auch nur minimalen Lösungsansatz gehört, wie wir diesem schwerwiegenden Problem, das wir in Deutschland haben, begegnen können – nicht einen einzigen Satz, Frau Bause.

(Beifall bei der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE): Zuhören!)

Wenn Sie meinen, dass wir durch eine Steigerung von Integrationsanstrengungen dieses Problem bewältigen können, dann haben Sie von den Zugangszahlen und von der Aufgabe überhaupt keine Ahnung, und Sie streuen den Menschen draußen Sand in die Augen, Frau Bause.

(Beifall bei der CSU)

Wir können uns auch nicht darauf konzentrieren, dass wir das machen, was der Freistaat Bayern selber machen kann. Hier werden wir alles tun, damit dies gelingt. Wir in Bayern brauchen uns überhaupt keine Vorwürfe zu machen. Wir haben bei der Erstaufnahme mehr Menschen aufgenommen als alle anderen Länder zusammen. In Bayern bleiben dauerhaft wesentlich mehr Menschen, als wir nach dem Königsteiner Schlüssel aufnehmen müssten, weil gerade Länder, die rot-grün regiert sind, nicht in der Lage sind, die Kontingente aufzunehmen. Das ist die Wahrheit, Frau Bause.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Wenn es nicht den Rahmen sprengen würde, würde ich Ihnen die Zahlen der Flüchtlinge vorlesen, die Niedersachsen als ein Beispiel dieser Länder aufgenommen hat und hätte aufnehmen müssen.

Die CSU aber, meine Damen und Herren, ist eine Partei mit bundes- und europaweitem Anspruch.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Deswegen äußern wir uns natürlich auch dazu: Wie können wir dem Gesamtproblem begegnen, das auf uns zukommt? Das ist eine der im Moment entscheidenden Fragen. Eine weitere entscheidende Frage ist: Wie können wir diesen riesigen Flüchtlingszustrom eindämmen und abbremsen? Wenn wir dieses Problem nicht lösen, werden wir der Aufgabe nicht mehr gerecht werden können.

(Beifall bei der CSU)

Mit solchen Fragen befassen sich SPD und GRÜNE überhaupt nicht. Das sieht man auch an Ihren Anträgen. Sie haben das Thema auch nicht zum zentralen Thema Ihrer Klausurtagungen gemacht und dazu Aussagen getroffen.

(Zurufe von der SPD)

Das einzig Bemerkenswerte, das Sie geleistet haben, das ist, dass Sie vor Kloster Banz eine Minidemonstration gemacht haben, um während der Klausurtagung auch einmal im Fernsehen vorzukommen. Das ist aber zu wenig zur Lösung des Problems, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Sehr gut!)

So wird man einer Verantwortung in so schwierigen Zeiten aber nicht gerecht. Deshalb ergeben auch alle Umfragewerte, dass Rot-Grün in dieser Frage keine große Lösungskompetenz eingeräumt wird.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn die Leute genau wüssten, was Sie sagen, dann würden die Werte sogar gegen null gehen. Das kann ich Ihnen sagen, Frau Bause.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Wort zu Viktor Orbán. Wir haben nicht über die Innenpolitik in Ungarn gesprochen, was Sie angedeutet haben, Herr Professor Piazzolo. Eines aber ist klar: Ungarn hat eine Schlüsselrolle auf der Balkanroute, als EU-, als Schengen-Außengrenze. Deswegen müssen wir mit dem ungarischen Regierungschef sprechen. Man kann gegen ihn sagen, was man will, aber im Moment ist er der Einzige, der der Aufgabe, die Schengen-Außengrenze zu sichern, auch nur halbwegs gerecht wird. Das muss man doch einmal ganz klar sagen!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

In den Ländern, wo Sozialisten und andere regieren, werden die Leute hingegen durchgelassen und nicht an den Grenzen aufgehalten.

(Zurufe von der SPD)

Schauen Sie doch nach Italien oder in andere Länder. Das ist doch eine Tatsache. Hier aber ausgerechnet Viktor Orbán in dieser Frage Vorwürfe zu machen, ist doch äußerst ungerecht. Wir haben deshalb mit ihm gesprochen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU)

Flüchtlingspolitik muss mit Herz und Verstand erfolgen. Niemand bleibt ungerührt, wenn er beispielsweise Bilder von der Situation in Syrien sieht. Das Massenmorden der IS in diesen Staaten, nur weil die Menschen dort eine andere Religion haben, ob sie Christen sind oder Moslems anderer Glaubensrichtung – die meisten Opfer, die dort enthauptet werden, sind Moslems –, das lässt doch niemanden kalt, das sind schreckliche Bilder. Meine Damen und Herren, wir bekommen auch schreckliche Bilder von Toten im Mittelmeer. Die Frage ist aber doch, wie man dem Problem gerecht wird. Kann man das Problem lösen, indem man die Leute einlädt, alle nach Deutschland zu kommen, damit sie hier integriert werden?

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie wollen sie doch gar nicht!)

Das ist doch die Frage. Man kann doch nicht allein mit Gefühl und einer Willkommenskultur Politik machen, man muss in der Politik doch auch seinen Verstand einschalten. Dazu fordere ich Sie auf, liebe Frau Bause.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist kein fairer Umgang!)

Damit Sie wissen, wie die Situation ist: Bis zum 27. September haben wir in Bayern 169.408 Flüchtlinge aufgenommen. Der September ist noch nicht um. Leider Gottes haben wir allein in Bayern von gestern auf heute einen Zugang von über 9.000 Flüchtlingen. Es waren genau 9.883 Menschen. Wenn dies so weitergeht, dann bekommen wir in diesem Monat über 200.000 Flüchtlinge. Wenn Sie dies mal zwölf nehmen, dann haben wir im nächsten Jahr über zwei Millionen Flüchtlinge. Sie aber stellen sich hier hin und reden über dieses Problem überhaupt nicht, sondern Sie sprechen nur über die Willkommenskultur. Sie haben die Problematik doch noch überhaupt nicht erkannt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Was ist zu tun, meine Damen und Herren?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mehr als Sie tun jedenfalls!)

Die Zahlen für das erste halbe Jahr belegen - die Zahlen für das zweite halbe Jahr liegen naturgemäß noch nicht vor -, dass insgesamt zwei Drittel der Menschen ohne jede Bleibeperspektive sind. Diesbezüglich haben wir schon vor der Sommerpause, intern sogar schon im Frühjahr, Vorschläge gemacht. Meine Damen und Herren, wir haben überlegt, wie wir dazu kommen können, die Verfahren zu beschleunigen und den Anreiz zu stoppen, nach Deutschland zu kommen. Menschen aus sicheren Drittstaaten sollen erst gar nicht mehr nach Deutschland kommen, um hier zu Unrecht Asyl zu beantragen. Das steckt hinter dieser Forderung. Wir hatten dazu sehr schwierige Debatten hier im Landtag. Daran kann sich jeder erinnern. Ich habe damals schon gesagt, ich empfehle Rot und Grün in Bayern, sich zu beeilen und der Realität anzupassen, sonst sind Sie nämlich die letzten Mohikaner Deutschlands, und das sind Sie auch inzwischen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das ist doch eine völlig falsche Darstellung!)

Sie haben sich explizit gegen die Anerkennung sicherer Drittstaaten ausgesprochen. Sie haben diese Forderung nicht unterstützt. Inzwischen ist sie aber in der Koalition vereinbart, auf Vorschlag der CSU und mit Zustimmung der SPD. Im Bundesrat werden die rot-grün regierten Länder zustimmen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war schon im Juni auf dem Weg!)

Sie haben das abgelehnt. Sie haben sich gewehrt. Herr Rinderspacher, Sie sind in dieser Sache nicht besser als Frau Bause.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): So ein Quatsch!)

- Sie haben sich gewehrt, das Anreizsystem - Sachleistungen statt Geldleistungen –zurückzunehmen. Sie haben das als nicht durchführbar bezeichnet. Das ist inzwischen in der Koalition vereinbart worden. Das wird umgesetzt. Folglich wird es nicht mehr attraktiv sein, bei kurzen Verfahren und nur mit Sachleistungen ohne Bleibeperspektive nach Deutschland zu kommen. Das ist richtig so. Wäre es aber nach Ihnen gegangen, dann wären diese Beschlüsse nicht gefasst worden. So kann ich noch mehrere andere Beispiele aufzählen.

Wo liegt das Problem im Moment? – Bei diesen Zugangszahlen sind wir sowohl bei den ehrenamtlichen als auch bei den hauptamtlichen Helfern absolut am Anschlag; das hat Herr Kollege Steiner vorhin schon gesagt. Ich sage Ihnen, wir können die Hilfe auf Dauer bei diesen Zugangszahlen nicht aufrechterhalten. Ich möchte an dieser Stelle meine große Bewunderung für die Helfer zum Ausdruck bringen. Wir müssen auch an diejenigen bei der Polizei, bei den Landratsämtern und bei den Hilfsorganisationen denken. Ich möchte ihnen meinen Dank sagen. Es ist unglaublich, wie sie angesichts dieser Zugangszahlen die Sache überhaupt geschafft haben. Vielen Dank an alle diese Helfer! Wären sie nicht gewesen, hätte der Zustrom überhaupt nicht bewältigt werden können.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Gerade diese Menschen, die sich einsetzen, sind aber diejenigen, die mir vor Ort als Erstes die Frage stellen: Herr Kreuzer, wie soll das eigentlich weitergehen? Ist geplant, dass wir jeden Tag 6.000 bis 9.000 Menschen zusätzlich aufnehmen? – Man muss außerdem wissen, dass die bekannten Zahlen nicht alle Flüchtlinge berücksichtigen; denn wir haben keine geschlossenen Grenzen. Mindestens 30 % kommen noch dazu, die irgendwo anders über die Grenze gehen, ohne sich registrieren zu lassen, und die im Land bei Bekannten oder Verwandten unterkommen. Wir haben also eine Situation, die insgesamt gesehen unmöglich zu stemmen ist. Was gilt es zu tun? – Der Asylmissbrauch muss abgestellt werden. Die entsprechenden Beschlüsse dafür haben wir gefasst, das ist insgesamt gesehen ein guter Ansatz. Hier müssen wir weitergehen. Ich hoffe, dass auch Sie irgendwann zu dieser Einsicht kommen. Ich hoffe, Sie werden nicht sagen, man könne zwischen den Flüchtlingen nicht differenzieren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was soll denn das? Wir haben das doch gemeinsam beschlossen!)

Dies wurde immer wieder gesagt. Das ist in diesem Fall aber grob falsch. Ich kann Ihnen schon sagen, was Sie immer wieder vertreten haben. Frau Christine Kamm von den GRÜNEN hat noch im Juli lapidar offene Grenzen für jedermann gefordert und in der letzten Plenardebatte gesagt, die Menschen werden kommen, egal wie oft wir sie abschieben, lassen wir es also gleich bleiben.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist doch so!)

Frau Bause hat im vergangenen Jahr die Abschaffung der Gemeinschaftsunterkünfte gefordert und wollte alle Flüchtlinge in privaten Unterkünften unterbringen.

(Unruhe bei der CSU)

Jawohl, so steht es in einem Homepageeintrag der GRÜNEN am 10.09.2014. Das ist ein unglaublicher Blödsinn.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Wenn wir das gemacht hätten, dann wären wir jetzt untergegangen. Was gilt es zu tun? – Die außenpolitische Komponente haben Sie angesprochen. Erstens. Ich halte es für überfällig, dass die Vereinten Nationen in Syrien, aber auch in Libyen - ich nenne beide Staaten in einem Atemzug - internationale Aktionen starten, um diesem Morden ein Ende zu bereiten und insgesamt wieder Zustände herzustellen, die es den Menschen ermöglichen, in ihrem Land zu leben, was die Allermeisten auch wollen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir müssen die Hilfe in den Flüchtlingslagern wesentlich verstärken, bei den Vereinten Nationen, aber auch in Europa. Da Sie sagen, dass das alles machbar ist, will ich Ihnen schon einmal vorrechnen, mit welchen Zahlen wir es zu tun haben. In den Flüchtlingsunterkünften in der Türkei, im Libanon und in Jordanien befinden sich circa sechs Millionen Menschen, die aus Syrien geflohen sind und nach dem geltenden Recht potenziell berechtigt sind, nach Europa zu kommen. In Syrien sind neun bis zehn Millionen Menschen auf der Binnenflucht. Sie befinden sich also noch im Staat Syrien, aber nicht mehr an ihrem Wohnort, sondern sie sind dort auf der Flucht. Allein in Syrien sind 15 Millionen Menschen. Hinzu kommen unsichere Zustände in Afghanistan. Davon sind ebenfalls mehrere Millionen betroffen. Sie müssen auch wissen: In diesem Gebiet liegt Pakistan mit einer ebenfalls unsicheren Lage, operierenden Taliban – 180 Millionen Menschen. Deswegen müssen wir, was Kriegsflüchtlinge angeht, die Politik der Europäischen Union grundsätzlich verändern.

(Zuruf: Sie schüren Ängste!)

Es kann überhaupt kein Weg sein, ganze Völker, in deren Staat Krieg herrscht, von dort nach Europa umzusiedeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das kann überhaupt kein vernünftiger Weg in der Flüchtlingspolitik sein. Wir müssen vor Ort in den entsprechenden Einrichtungen helfen. Kriegsflüchtlinge sind immer in der Nähe aufgenommen worden. Wir waren beispielsweise extrem gefordert, als das in Jugoslawien passiert ist. Syrien ist nicht in unserer Nähe.

Wir müssen deswegen die Grenzen schließen, vor Ort helfen und in Europa Kontingente besonderer humanitärer Fälle aufnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist dann eine begrenzte Aufgabe, die wir bewältigen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das ist im Übrigen auch die Flüchtlingspolitik in der ganzen Welt. So handeln die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Australien, alles klassische Einwanderungsländer. Sie würden es niemals zulassen, meine Damen und Herren, dass nicht mehr die Staaten bestimmen, wie viele Menschen in ein Land kommen, sondern die Schleuser. Das wird so nicht bleiben können.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie regieren ja!)

Durch diese Maßnahmen werden wir wieder ordnungsgemäße und rechtmäßige Zustände herbeiführen.

Wenn das Abkommen von Schengen weiter nicht eingehalten wird und auch die Dublin-III-Verordnung von den Nachbarstaaten verletzt wird, müssen wir in Deutschland und in Bayern geeignete Maßnahmen ergreifen – das fordert auch unser Innenminister –, um das Recht wieder zum Durchbruch zu bringen. Es kann nicht angehen, dass jeden Tag massenhaft Leute in unser Land kommen, deren Identität wir nicht kennen, deren Aufenthaltsort wir nicht kennen. Das ist nicht nur ein Flüchtlings-, ein Migrationsproblem, sondern das ist ein Sicherheitsproblem, das wir auf Dauer unter keinen Umständen hinnehmen können.

(Beifall bei der CSU)

Besonders tragisch ist noch dazu, dass diese Politik der Willkommenskultur Menschen, die nicht unmittelbar aus Kriegsgebieten kommen, sondern schon jahrelang in sicheren Lagern in Nachbarstaaten leben, wo überhaupt keine Kampfhandlungen vorkommen, dazu veranlasst, sich auf den Weg zu machen, und dass sie dann teilweise im Mittelmeer ertrinken. So etwas können wir auf Dauer nicht zulassen. Dies müssen wir abstellen.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt also: Änderung der europäischen Rechtslage, Sicherung der Außengrenzen. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei.

Wir brauchen auch mehr Solidarität innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

(Markus Rinderspacher (SPD): Innerhalb der Bundesregierung!)

– Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Bayern wird bis zum Ende des Jahres circa 15.000 unbegleitete Minderjährige aufgenommen haben, weit mehr als alle anderen Länder zusammen. Ab 1. Januar wird verteilt. Auf unsere Aufforderung hin, bei rot-grün regierten und anderen Ländern in Deutschland Plätze zu nennen, wurden insgesamt 99 Plätze angeboten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist alles falsch! Das ist dramatisch falsch! Glaubt nicht diese Propaganda! Das kann nicht euer Ernst sein!)

Das ist die Solidarität, die innerhalb Deutschlands geübt wird. Das ist zu wenig und ganz besonders lausig. Wir werden hier natürlich nicht nachlassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Lausige Propaganda ist das!)

– Das ist keine lausige Propaganda, das sind die Tatsachen, Herr Rinderspacher. Dass die Ihnen nicht gefallen, dafür kann ich nichts.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir müssen auch in Europa weiterkommen. Ich bin sehr wohl für eine europaweite Verteilung. Ich sage aber auch: Solange wir den Zustrom nicht begrenzen und zahlenmäßig erfassen, kann ich natürlich auch Länder verstehen, die sich gegen feste Quoten wehren, weil sie überhaupt nicht wissen, wie viele insgesamt kommen werden. Sind das 5.000 für Litauen, sind es 10.000, oder sind es 15.000? Da ist die Frage, wie viele kommen, wie viele die Schlepper über das Mittelmeer bringen. Deswegen brauchen wir zuallererst eine Sperrung der Grenzen und eine Kontingentierung wie in vielen anderen Teilen der Welt.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Sperrung des Mittelmeers!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch Asylzentren in Nordafrika. Auch das ist inzwischen ein Koalitionsbeschluss, Herr Rinderspacher. Auch dafür waren Sie nicht, als ich das gefordert habe.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was? So ein Unsinn!)

Das ist auch von den GRÜNEN abgelehnt worden. Es ist halt so: Wenn man etwas fordert, um die Dinge

weiterzubringen, dann wird man zuerst immer stark dafür kritisiert – von der Opposition auf jeden Fall und von Teilen der Medien –, und ein paar Monate später ist es eine Selbstverständlichkeit, und alle machen mit. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen natürlich weiterhin alles dafür tun, um die Menschen auch bei uns gut unterzubringen, und versuchen, sie zu integrieren. Ich sage bei dieser Gelegenheit, weil das zu wenig gesagt wird: Ein Bürgerkriegsflüchtling – und das müssen wir den Menschen in diesen Ländern auch sagen – bekommt bei uns Schutz auf Zeit, eine befristete Aufenthaltsgenehmigung. Wenn der Bürgerkrieg zu Ende ist, geht er wieder in sein Land zurück. Das war in Jugoslawien so, und das wird auch in Syrien so sein, wenn die Kampfhandlungen zu Ende sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir dürfen den Menschen nicht den Eindruck vermitteln, dass derjenige, der aus Syrien hierher kommt, bis zu seinem Lebensende hierbleiben kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das müssen Sie Frau Merkel sagen! Frau Merkel sagt das!)

Das ist nicht die Rechtslage. Sie wissen es doch selbst genau: Sie bekommen eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, dann wird regelmäßig geprüft, ob der Krieg zu Ende ist. Wenn der Krieg zu Ende ist und dort wieder ein sicheres Leben möglich ist, wird der Betroffene angeschrieben und aufgefordert, in sein Land zurückzukehren, ansonsten wird er zurückgeführt. Das war auch in Jugoslawien so. Im Moment – das ist das Schlimme an der Situation – kommen die Stärksten und die Vermögendsten zu uns. Sie müssen diesen Weg überstehen, und sie müssen ihrem Schlepper Tausende Euro zahlen. Wir nehmen diesen Ländern also die Stärksten und wirtschaftlich am besten gestellten Leute. Diese Länder brauchen diese Menschen aber zum Wiederaufbau nach dem Krieg. Deshalb muss man sagen: Es ist ein Aufenthalt auf Zeit. Wenn der Krieg vorbei ist, ist der Betroffene aufgefordert, wieder in sein Heimatland zurückzukehren.

(Beifall bei der CSU)

Bayern und sicher auch alle anderen Länder in Deutschland werden sich anstrengen, diese großen Probleme, die bei diesen Zugangszahlen schon in diesem Winter auf uns zukommen, zu lösen. Da geht es um Wohnraum, natürlich auch um Ausbildung und um Sprachkurse. Man muss klar sagen: Je größer die

Zahlen werden, desto schwieriger wird es für den Einzelnen. Weil Sie immer von Individuen sprechen, sage ich: Man tut dem einzelnen Flüchtling keinen Gefallen, wenn am Tag 10.000 kommen. Die Integrationsarbeit wird dadurch insgesamt umso schwieriger. Wir werden sie trotzdem mit aller Kraft anpacken. Auch hierzu ist im Bund eine Einigung erfolgt. Ich nenne die Änderung von Bauvorschriften usw., was ich außerordentlich begrüße.

Man muss aber auch wissen: Es wird eine schwierige Aufgabe, die uns alle fordern und finanziell binden wird. Manche andere Sache kann somit nicht mehr ohne Weiteres erledigt werden. Das müssen wir den Menschen sagen: Geld ist endlich. Dies alles hat einen sehr hohen Preis. Damit wir das überhaupt schaffen können, meine Damen und Herren, unterstützen Sie uns, stimmen Sie diesem Dringlichkeitsantrag zu. Im Moment ist der Schlüssel die Begrenzung der Zuwanderung.

Wir haben die Situation, dass ein Damm gebrochen ist und Wasser in großen Mengen, bildlich gesprochen, einströmt. Da hat es überhaupt keinen Sinn, hinter dem Damm zu fragen, wie man das Wasser am besten verteilt und wo man ein paar Feuerwehropumpen aufstellt, sondern wir müssen schauen, dass man diese Flut, die im Moment auf uns zukommt, in den Griff bekommt. Das ist absolut prioritär und hat Vorrang vor allen anderen Maßnahmen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, natürlich sind Flüchtlinge kein Wasser. Sie wissen hoffentlich, was ein Bild in der deutschen Sprache ist. Daher verstehe ich Ihre Aufregung nicht. Wir müssen die Aufgaben gemeinsam lösen. In Berlin sind die Gemeinsamkeiten weiter als in München. Wir müssen aber schnell handeln. Sonst könnte die Situation für uns unbeherrschbar werden. Wir könnten nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch menschlich in schwierige Situationen kommen. Dies wollen wir nicht. Deswegen werden wir bei unserer Forderung bleiben. Wir haben am Sonntag wieder eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz, und ich werde unsere Forderung in Berlin genau so vehement vertreten wie hier.

Es wird so kommen wie immer, meine Damen und Herren: Über das, was wir heute fordern und Sie nachher vielleicht ablehnen, spricht in einem halben Jahr niemand mehr, weil es Realität ist und weil es unausweichlich ist. Das wird auch bei der Zuwanderungsbegrenzung der Fall sein.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören und hoffe, dass wir mit großem Engagement an die Aufgabe herangehen und die Problematik lösen können. Ich danke noch ganz

zum Schluss dem Ministerpräsidenten, der sich in den Verhandlungen in Berlin engagiert eingebracht hat. Ich danke Emilia Müller, Joachim Herrmann und Marcel Huber, die unter einer ungeheuren Belastung stehen. Ich glaube, die Bayerische Staatsregierung hat ihre Arbeit erledigt. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die Arbeit auch anderswo vernünftig erledigt wird, und dies werden wir tun.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Kreuzer. Sie sind schon an das Rednerpult zurückgekehrt. – Frau Kollegin Bause, bitte.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Kollege Kreuzer, bei allem Hyperventilieren Ihrerseits

(Widerspruch von der CSU)

sollten Sie sich zum einen bei der Wahl Ihrer Sprachbilder nicht vergreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): "Verwertbar"!)

Es geht um Menschen, und Menschen sind keine Naturkatastrophe.

(Josef Zellmeier (CSU): Aber sie sind verwertbar!)

Zum Zweiten sollten Sie bei der Wahrheit bleiben.

(Karl Freller (CSU): Claudia Roth am 13. August!)

Sie haben zwei Punkte angesprochen, die falsch sind.

(Karl Freller (CSU): Claudia Roth sagte über Asylbewerber "nicht verwertbar"!)

Zum Ersten. Sie haben von den Flüchtlingen vom Westbalkan gesprochen. Dazu habe ich vor der Sommerpause ausdrücklich gesagt: Das Asylrecht ist für die meisten Menschen, die vom Westbalkan zu uns kommen, nicht der richtige Weg. Es gibt aber nur diese eine Tür, weil die andere Tür über die Arbeitszuwanderung bisher verschlossen war.

(Zurufe von der CSU: Das stimmt gar nicht!)

Es ist ein wichtiger Durchbruch beim Asylkompromiss, dass diese Möglichkeit jetzt eröffnet wird; das ist auch ein Grundstein für ein Einwanderungsgesetz. Das ist zum Beispiel ein Erfolg von grüner Seite. Natürlich müssen bei einem Kompromiss am Ende alle etwas mittragen, was sie alleine nicht beschlossen hätten.

Zum Zweiten haben Sie gesagt, ich hätte gefordert, die Gemeinschaftsunterkünfte zu schließen. Das ist eine glatte Lüge. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Zwang zur Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft aufheben soll. Es geht darum, dass die Flüchtlinge dazu nicht gezwungen werden, wenn sie privat wohnen können und wollen. Darum geht es, und das würde auch eine Entspannung bei den Gemeinschaftsunterkünften bringen.

Ein dritter Punkt. Sie haben jetzt wieder einmal von der Begrenzung gesprochen, die durch die Kontingente erreicht werden soll. Da möchte ich Sie etwas fragen. Sie sagen, es geht Ihnen nicht darum, das Grundrecht auf Asyl zu verändern oder anzutasten. Wenn Sie aber Kontingente einführen und die Menschen, die über das Kontingent hinausgehen, keine Möglichkeit mehr haben, hierher zu kommen, schaffen Sie den individuellen Anspruch auf Asyl ab. Jetzt frage ich Sie: Wollen Sie das individuelle Grundrecht auf Asyl in Deutschland abschaffen oder erhalten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Kreuzer, bitte.

Thomas Kreuzer (CSU): Der letzte Beitrag zeigt, dass Sie sich mit der Problematik null Komma null befasst haben, Frau Kollegin Bause.

(Beifall bei der CSU)

Das Grundrecht auf Asyl gibt lediglich politisch und anderweitig Verfolgten individuelles Recht auf Asyl. Dies bedeutet, dass wir es dabei mit circa 1 %, manchmal 1,5 % aller Menschen zu tun haben, die zu uns kommen. Die Väter des Grundgesetzes haben gerade kein pauschales Zugangsrecht für Migranten eingefordert, in deren Heimatländern Krieg herrscht. Dies ist durch das Grundrecht auf Asyl nicht abgedeckt. Es entspricht der europäischen Flüchtlingsrichtlinie, die nach dem Balkankrieg eingeführt worden ist, die aber Unfug ist, weil das in keinem anderen Land so gemacht wird. Man kann nicht bei jeder kriegerischen Auseinandersetzung allen Menschen des betreffenden Landes einen individuellen Anspruch auf Zugang geben.

Die europäische Gesetzgebung müssen wir ändern. Beim Grundgesetz muss gar nichts gemacht werden. Ich stehe zu dem Asylrecht. Es geht um 1 % der Betroffenen. Wer individuell verfolgt ist, soll bei uns Schutz und Aufnahme finden, und zwar ohne Obergrenze. Es geht um Leute, die nicht individuell verfolgt sind. Sie müssen nur ein Merkmal haben: Mitglied eines Volkes, in dessen Land Krieg herrscht. Wir prüfen nicht: Kommt er aus einem sicheren Flüchtlingsla-

ger, kommt er aus einem Kriegsgebiet, kommt er aus irgendeinem Drittstaat, wo er nicht mehr gefährdet ist? - Diese Regelung können wir nicht aufrechterhalten. Sie hat nichts mit Asyl zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Es ist falsch, dass es aus dem ehemaligen Jugoslawien keine Tür gegeben hat. Überlegen sie doch einmal selbst, wie viele Menschen Sie in Ihrem Bekanntenkreis haben, die in der Gastronomie oder anderswo arbeiten und aus dem ehemaligen Jugoslawien kommen. Sie haben einfach einen Arbeitsvertrag vorgewiesen, sind zur Botschaft gegangen und haben eine Einreisegenehmigung bekommen. Das ist die Wahrheit, und durch das, was jetzt in Berlin beschlossen wurde, hat sich daran eigentlich nicht viel geändert. Es können auch weiter keine Menschen kommen, die keiner Beschäftigung nachgehen werden.

Schauen Sie sich den Eintrag in Ihrer Homepage vom 10. September 2014 zu Sammelunterkünften und Gemeinschaftsunterkünften an. Ich sage Ihnen: Er ist zumindest ausgesprochen missverständlich. Jeder, der ihn liest, kann ihn nur so verstehen, dass Sie gegen Gemeinschaftsunterkünfte und für eine flächendeckende individuelle Unterbringung der Menschen sind. Lesen Sie es, und dann unterhalten wir uns darüber noch einmal. Wenn Sie sagen, Sie haben es so nicht gemeint, bin ich schon beruhigt; denn es wäre wirklich der Wahnsinn hoch drei, wenn Sie das im Ernst so gemeint hätten.

Aber wir wissen, in welcher Situation wir jetzt sind: Wir müssen in Straubing 5.000 Menschen in einem Zeltlager unterbringen, weil sie die anderen Länder uns nicht abnehmen. Wir werden das Lager auf 10.000 Plätze ausdehnen müssen. So ist die Situation, und wer dies als gesund, machbar und bewältigbar erachtet, meine Damen und Herren, dessen Gedankwelt kann ich nicht mehr nachvollziehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Kreuzer. – Herr Kollege Taşdelen hat noch eine Zwischenbemerkung. Bitte, Herr Kollege.

Arif Taşdelen (SPD): Sehr geehrter Herr Kreuzer, als ich Anfang der 80er-Jahre als Gastarbeiterkind nach Deutschland kam, hat genau Ihre Partei vor mir gewarnt. Ich glaube aber nicht, dass ich eine Gefahr für diese Gesellschaft bin.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Dass ich nicht der angenehmste Zeitgenosse für Sie bin, kann kein Maßstab sein.

(Widerspruch bei der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In den 90er-Jahren wurde dann vor den vielen Aussiedlerinnen und Aussiedlern gewarnt, die zu uns kommen, das Land überschwemmen und Deutschland irgendwann zu Russland machen. Die Geschichte hat uns gezeigt, dass das alles leere Worthülsen waren und diese Befürchtungen nicht wahr geworden sind.

Wissen Sie, wir stehen vor einer ganz großen Herausforderung. Die Menschen draußen sind bereit, diese Herausforderung anzunehmen.

(Zuruf von der CSU: Ja genau!)

Die Menschen erwarten von uns Politikerinnen und Politikern, dass wir nicht wackeln und dass wir keine Ängste schüren, sondern geradestehen und vielleicht, wenn es möglich ist, zusammenstehen, um diese Herausforderung zu meistern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt Politikerinnen und Politiker, die nur an die nächste Wahl, an die Wiederwahl denken,

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das stimmt!)

und es gibt Politikerinnen und Politiker, die an das Land denken.

(Zuruf von der CSU: Oh!)

Ihre Rede war eine reine Wahlkampfred.

(Zuruf von der CSU: Ach Gott!)

Deswegen: Hören Sie auf, an den nächsten Wahlkampf zu denken, sondern lassen Sie uns gemeinsam an das Land denken!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Thomas Kreuzer (CSU): Zunächst zu den ersten zwei Bemerkungen, meine Damen und Herren. Es war gemeinsamer Wille in dieser Republik, dass wir Gastarbeiter in dieses Land holen. Sie sind vollkommen legal eingereist. Es waren verschiedene Nationalitäten, sehr viele aus der Türkei. Die CSU hat vor Ihnen persönlich nicht gewarnt, denn wir haben Sie ja noch gar nicht gekannt, um das klar zu sagen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Deswegen konnten wir insgesamt nicht warnen. Ihre Behauptung ist also völlig falsch. Die CSU hat sich

auch immer hinter die Aussiedler gestellt – mehr als andere Parteien hier im Haus, meine Damen und Herren, mehr als andere Parteien hier im Haus!

(Beifall bei der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Sehr richtig!)

Ich sage Ihnen: Wir werden diese Herausforderung nur gemeinsam bewältigen können, nur, wenn wir zusammenstehen. Aber wir müssen auch etwas dafür tun, dass die Herausforderung nicht immer noch größer wird und am Ende nicht mehr zu bewältigen ist. Das sage ich Ihnen, und da höre ich von Ihnen überhaupt nichts. Da ist totale Fehlanzeige. Sie sagen ungefähr, wenn morgen zwei Millionen kommen, dann müssen wir noch enger zusammenstehen.

Ich nenne Ihnen einmal die Zahlen. Wenn heuer eine Million Menschen kommen, dann können vielleicht 500.000 bleiben, wenn viele Syrer dabei sind. Dann haben wir nach den rechtlichen Vorgaben einen Familiennachzug von 1,5 Millionen Menschen zu erwarten; das sind zwei Millionen. Dann haben wir noch einen Zuzug aus anderen Teilen der Welt von 500.000. Ich sage Ihnen: So viele können auf Dauer nicht aufgenommen und vernünftig integriert werden.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb werden wir erstens alles tun, um Hilfsbedürftigen zu helfen, am besten in den Teilen der Welt, wo sie sind. Ganze Völker nach Europa überzusiedeln, weil Krieg herrscht, ist Unfug. Ich habe das vorher schon gesagt. Wir werden zweitens aber auch alles tun, damit der Zugang nach Deutschland – wir haben es mit einem Migrationsproblem zu tun, teilweise auch mit einem Flüchtlingsproblem – auf ein Maß begrenzt wird, das die Aufnahmebereitschaft dieses Landes nicht überfordert, damit wir die Menschen vernünftig integrieren können. Ich habe auch Verantwortung für die Menschen, die hier leben. Meine Damen und Herren, das ist mein verfassungsmäßiger Auftrag.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Aiwanger das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Die Flüchtlingspolitik befindet sich mittlerweile im Katastrophenmodus. Ich bin der Überzeugung, dass dieses Land schon mit der jetzigen Situation überfordert ist. Wir sind nicht mehr Herr der Lage. Deshalb verurteile ich es aufs Schärfste, dass eine Frau Merkel sagt: Weiter so. Ich glaube, wir

müssen auf die Menschen draußen hören, und die Menschen draußen sagen: So kann es eben nicht weitergehen.

Ich war in den letzten Tagen auf der Niederbayern-Schau am Infostand. Da kommen die Leute scharenweise. Da gibt es nur ein Thema, und das lautet: Wie geht es in der Asyl- und Flüchtlingspolitik weiter? So können wir doch nicht weitermachen. Liebe Politiker, was tut ihr denn? -

Wenn gesagt wird, wir dürfen keine Ängste schüren, ist das richtig. Natürlich dürfen wir die nicht aktiv schüren. Aber die Ängste sind in der Bevölkerung vorhanden. Die Menschen haben Angst, dass die Entwicklung diesem Staat über dem Kopf wächst. In Nordrhein-Westfalen oder in Hamburg ist mittlerweile, wenn es auch nur Einzelfälle sind, privater Wohnraum beschlagnahmt worden, weil da Häuser leer standen. Meine Damen und Herren, die Leute lesen das; die Leute machen sich Sorgen, wie es weitergeht.

Wir hören auch Meldungen von Leuten, die mit der Sache vor Ort zu tun haben. Mich hat vor zwei Tagen eine Person der Bundespolizei angerufen und hat gesagt: Nach oben hin dürfen wir die Dinge nicht sagen. Die Polizeichefs sagen nach oben hin, es sei alles in Ordnung. Die Realität ist aber eine andere. Die Realität ist, dass dieser Staat die eigenen Gesetze nicht mehr durchsetzen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Einer der Punkte ist die unerlaubte Einreise. Sie wissen selbst: Wer ohne Pass über die Grenze kommt, ohne Visum oder sonst etwas, der müsste zunächst, sollte er erfasst werden, eine Anzeige wegen illegalen Grenzübertritts bekommen. Das ist aber alles nur noch Farce, weil der Großteil der Menschen gar nicht mehr erfasst werden kann. Dann werden diese Menschen in den Zug oder in den Bus gesetzt, werden zu einer Erstaufnahmeeinrichtung geschickt. Auf dem Weg dorthin verschwinden einige Dutzend, so war die wortwörtliche Mitteilung dieser Person der Bundespolizei. Es wurde gesagt: Da hätten wir vor einigen Jahren noch ein paar Streifenwagen losgeschickt, die schauen, wo diese Leute verblieben sind, weil sie als unerlaubt Einreisende nicht erfasst sind. Wir wissen gar nicht, wer das ist. Und jetzt nimmt dieser Staat dieses Staatsversagen schulterzuckend zur Kenntnis, weil er von den Zahlen überrollt wird. Das ist die Realität draußen, meine Damen und Herren.

Wir brauchen uns die Lage nicht schönzureden. Das Volk ist mit der Debatte schon weiter. Wenn wir sagen, wir schaffen das, das geht schon irgendwie, meine Damen und Herren, dann wird diese Situation weiter eskalieren. Die Menschen erwarten zu Recht

Antworten, die funktionieren, und nicht nur warme Worte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Um diese Zahl noch einmal aufzugreifen: Derzeit kommen pro Tag an die 10.000 Menschen über die Grenze. Herr Ministerpräsident - ich habe nachgesehen -, am 22. Juli, vor der Sommerpause haben wir dieses Thema zum letzten Mal diskutiert. Da haben Sie die aktuelle Rekordzahl vermeldet: 1.231 waren es damals. Die kommen mittlerweile innerhalb einer Stunde. Das war damals eine Zahl, die uns aus den Schuhen gehauen hat: Über 1.000! Das war vor zwei Monaten. Jetzt haben wir 10.000. Wir haben damals schon gesagt, es muss etwas passieren.

Ich sage Ihnen, was passieren müsste. Natürlich sind das zunächst einmal Dinge, die wir in Bayern in der Hand haben. Wir können dann noch über Bundes- und Weltpolitik diskutieren. Wenn Sie das nicht mehr hören können, dann setzen Sie es endlich um! Ich meine das Thema Asylrichter. Der Präsident der Verwaltungsgerichte sagt, wir brauchen mindestens 50 Stellen, und ich sehe im nächsten Nachtragshaushalt, der jetzt auf dem Tisch liegt, nicht 50 Stellen, sondern 10 Stellen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wird korrigiert!)

- Danke schön. Dann hat unser Appell doch etwas bewirkt.

(Heiterkeit bei der CSU)

- Dummes Gelächter. Warum habt ihr dann erst nur 10 Stellen in den Haushalt geschrieben? War das nur ein Test, ob wir den Nachtragshaushalt lesen, oder wie? - Erst haben Sie gesagt, das passt so, immerhin 10, und jetzt heißt es, das wird korrigiert. Ich hoffe, das wird auch korrigiert. Wenn die Leute, die mit der Situation zu tun haben, 50 Stellen fordern, dann können Sie denen nicht nur 10 Stellen geben, sondern müssen mindestens die 50 geben. Wenn dafür 650.000 Euro im Haushalt stehen und der andere Haushaltsposten "Zusätzliche Unterbringungskosten" 125 Millionen Euro enthält, dann sollten wir lieber sagen, dass wir mit ein paar Richterstellen zusätzliche Unterbringungskosten einsparen können. Das kann doch eine Rechnung sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Also ganz konkret: Was kann Bayern tun? ? Die Asylrichterzahl vermehren. Der Herr Ministerpräsident sagt, das wird korrigiert. Das nehme ich dankend zur Kenntnis. Tun Sie es endlich!

Meine Damen und Herren, dieselbe Situation haben wir im Bereich der Bildung mit den Lehrerstellen. Auch dort wird es kneifen, wird es massiver kneifen, als uns heute bewusst ist. Unser Appell ist, das sagen wir seit Monaten: Stellen Sie zügig neue Lehrer ein! Sonst werden sowohl einheimische als auch Flüchtlingskinder in der Bildungspolitik unter die Räder kommen. Diese Lehrer, die heute nicht angestellt werden, aber mit besten Noten von der Schule kommen, müssen wir jetzt anstellen, weil wir sie brauchen. Hier zu sparen, wird ein teures Erwachen geben; das sage ich Ihnen voraus.

Meine Damen und Herren, nicht nur der gesamte Bereich der Polizei ist wichtig, sondern es bedarf auch einer ausreichenden Zahl an entsprechend geschulten Verwaltungskräften. Wir wiederholen unseren Appell an die Staatsregierung – mehr können wir aus der Opposition heraus nicht tun -, eine ordentliche Durchfinanzierung der kommunalen Ebene sicherzustellen. Wenn ab dem kommenden Jahr der Bund den Ländern 670 Euro pro Monat und Asylbewerber gibt, dann ist es Aufgabe der Staatsregierung, dieses Geld gezielt an die Kommunen weiterzureichen. Sie wissen genau, dass die Kommunen sonst auf den Kosten sitzenbleiben. Dort herrscht großer Unmut, weil das Verwaltungspersonal für andere Aufgaben kaum noch Zeit hat. Nehmen Sie den Kommunen diese Last von den Schultern!

Wir FREIEN WÄHLER haben Sie bereits vor der Sommerpause darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, schon heute an übermorgen zu denken, wenn es um das Thema Wohnraumverknappung geht. Wir haben davor gewarnt. Wenn wir nicht sehr schnell tätig werden, werden sozial schwache Einheimische mit Flüchtlingen bzw. anerkannten Asylbewerbern auf dem Wohnungsmarkt in Konkurrenz treten. Das muss vermieden werden. Wenn es um die Lösung dieses Problems geht, müssen Sie sehr großzügig Mittel bereitstellen. Anderenfalls wird es ein bitteres Erwachen geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei der Frage, wie wir mit der Thematik grundsätzlich umgehen sollten, scheinen sich zwei große Lager herausgebildet zu haben. Aus dem einen Lager heißt es: Weiter so! Das packen wir schon! – Aus der anderen Richtung ist zu hören: Wir müssen mit den Zuwandererzahlen herunter!

Es kann nur vernünftig sein, dem zweiten Weg das Wort zu reden, weil wir die Zuwanderer in der Dimension, wie wir sie jüngst erlebt haben, nicht mehr bewältigen können. Wir können diese Menschen auch nicht mehr integrieren. Das müssen wir ehrlich zuge-

ben. Wenn mittlerweile in einem Jahr fast doppelt so viele Menschen zuwandern, wie in Deutschland im selben Zeitraum noch Kinder geboren werden, dann können Sie sich ausrechnen, dass wir hier sehr schnell an Kapazitätsgrenzen stoßen werden. Es wird hier Verwerfungen, auch solche politischer Art, geben, die wir nicht haben wollen.

Neben der Bundespolitik müssen wir auch die Weltpolitik betrachten. Daran kommen wir nicht vorbei. Meine Damen und Herren von der CSU, sagen Sie Ihrer Kanzlerin noch deutlicher, dass sie die falschen Signale sendet. Stoppen Sie Frau Merkel mit ihrem Signal, Deutschland sei ein Sommermärchen, und wir schafften das schon. Frau Merkel wird in Bälde andere Posten übernehmen. Vielleicht will sie einen Weltfriedenspreis erhalten. Aber uns lässt sie mit den Problemen allein. Sie von der CSU haben zumindest bis vor Kurzem gesagt, Merkel sei die Beste. Es war zu hören, die CSU unterstütze Frau Merkel vollumfänglich, und sie solle 2017 wieder Kanzlerin werden. Mein Appell an Sie: Ändern Sie, wenn sich Frau Merkel nicht ändert, Ihre Haltung zu ihr! Sagen Sie ihr: So geht es nicht weiter. Unter diesen Umständen sollte eine von der CSU getragene Bayerische Staatsregierung Frau Merkel nicht mehr unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren von der CSU, die Signale, die von Ihnen ausgegangen sind und von Frau Merkel noch ausgehen, erleichtern Schleppern das Handwerk. Sie können nämlich sagen: Schaut her! Selbst die Kanzlerin dieses Staates will immer mehr Zuwanderung. Sie will diese Leute haben. – Viele meinen tatsächlich, alles, was derzeit passiert, sei so gewünscht.

Was müssen Sie tun? - Wir haben Sie schon vor langer Zeit davor gewarnt, in den Flüchtlingsheimen der Herkunftsregionen untätig zu bleiben. Wir haben Sie bereits vor einem Jahr aufgefordert, mehr zu tun. Es sind die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Menschen dort zumindest menschenwürdig untergebracht werden können und nicht davonlaufen müssen, weil sie vor Ort zum Beispiel zu wenig Lebensmittel bekommen. Das kostet Geld, das wissen wir. Aber ich bin davon überzeugt, dass jeder Euro, der dort eingesetzt wird, ein richtig eingesetzter Euro ist. Tun wir nichts, fliegt uns das Ding um die Ohren.

Ich fordere Sie auf, den Weg zu gehen, in Syrien eine UNO-Schutzzone einzurichten. Nicht das gesamte Land ist Kriegsgebiet. Wenn an der türkischen Grenze ein Gebiet ausgewiesen wird, in dem Zeltstädte entstehen und die Menschen versorgt werden können, dann bedeutet das nicht automatisch, dass sich die

Bundeswehr dort an Kampfhandlungen beteiligen müsste.

Ich gebe Kollegem Kreuzer recht, wenn er darauf hinweist, dass wir nicht ganz Syrien nach Deutschland umsiedeln können. Dort sind noch an die zehn Millionen Menschen unterwegs. Wir dürfen sie nicht alleinlassen, aber wir können sie auch nicht umsiedeln. Unsere Aufgabe ist es, vor Ort gezielt zu helfen. Verzichten wir darauf, kommt es zu einem menschlichen Desaster, weil dann weiterhin viele versuchen werden, über eine Balkanroute, über das Mittelmeer oder sonstwie nach Deutschland zu kommen. Wenn wir die Menschen dort alleinlassen, sind wir am Ende mitschuldig am Tod von Tausenden Menschen, die auf der Strecke bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, zu dem internationalen Aspekt der Geschichte gehört aber noch ein Satz, um der Wahrheit gerecht zu werden. Aus heutiger Sicht – zumindest aus heutiger Sicht – war es ein Fehler, in einer Situation, in der keine bessere Alternative in der Hinterhand war, Assad so einseitig anzugreifen. Man hat Assad in die Enge getrieben. Das ist etwas, was man vielleicht nicht wissen soll, aber auch ein deutscher Geheimdienst war dort tätig und vertrat die Auffassung: Assad muss weg! Den kippen wir! – Das stelle ich jetzt so in den Raum.

Wir sind in einer Situation, in der nur noch Islamisten die Alternative sind. Das dürfen wir nicht zulassen. Deshalb ist es höchste Zeit, sich mit den Russen, vielleicht auch mit Assad irgendwie zu arrangieren und zu überlegen, ob wir eine gemeinsame Strategie entwickeln können, um Syrien zu stabilisieren und nicht kippen zu lassen. Wenn Assad stürzt, kämen noch Radikalere an die Regierung. Über das sogenannte jemenitische Modell wird bereits diskutiert: Assad als Person muss weg, aber die Kraft, die dieses Land noch halbwegs regiert, muss gestützt werden. Bewegen Sie sich in diese Richtung! Sagen Sie nicht, dass Sie mit diesem oder jenem nicht reden wollen! – Eine Alternative gibt es nicht; denn die Lage würde sich nur weiter verschlechtern.

Es ist sicherlich eine unangenehme Erfahrung in der internationalen Politik, auch mit einem Putin reden zu müssen. Wenn wir jedoch darauf beharren, nur mit "lupenreinen Demokraten" zu reden, und damit letztlich zum Ausdruck bringen, dass alle anderen uns gestohlen bleiben können, dann kommen wir aus der Situation, in der wir uns heute befinden, nicht heraus.

Wir müssen uns auch auf europäischer Ebene anders aufstellen und gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten eine Lösung finden. Es gilt, mit dem Pro-

blem europäisch umzugehen. Eine Bedingung für die Abschaffung der Grenzkontrollen war, dass die Bewachung der EU-Außengrenzen funktioniert; das ist nicht der Fall. Jetzt müssen wir die Frage beantworten: Kehren wir zur Nationalstaatlichkeit zurück, oder bemühen wir uns, die EU wieder flottzumachen?

Ich bin überzeugt: Die EU muss wieder flottgemacht werden. Wir dürfen nicht zusehen, dass europäisches Recht nicht mehr greift. Es darf nicht sein, dass nur noch derjenige die Asylbewerber bekommt, zu dem sie durchgewunken wurden. Es ist Ausdruck des Scheiterns der Politik, wenn Herr Seehofer am Ende ankündigen muss: Wenn alle anderen sich nicht an die Spielregeln halten, tun wir es auch nicht. Dann winken wir die Leute innerhalb Deutschlands weiter oder aus Deutschland hinaus und erfassen sie vielleicht gar nicht mehr.

Wir hätten uns vor ein paar Jahren nicht träumen lassen, dass Europa an einer Flüchtlingskrise so scheitern könnte. Es ist auch ein fataler Irrtum, darauf zu verweisen, dass es schon irgendwie passen werde, da wir sowieso Zuwanderung brauchen. Wenn wir Zuwanderung für die Wirtschaft brauchen, dann brauchen wir ein Einwanderungsgesetz. Zuvor müssen wir genau definieren, wen wir brauchen. Wer qualifiziert ist, kann dann gezielt kommen. Es geht aber nicht, dass gesagt wird: Jetzt kommen eine Million Menschen; hoffen wir einmal, dass 100.000 bis 200.000 dieser Menschen in den Arbeitsprozess passen werden!

Nein, wir müssen gezielt definieren, wen wir brauchen; diejenigen können kommen. Das kann vielleicht die "zweite Tür" sein, Frau Bause. Es hat keinen Sinn, neben der Asyltür eine zweite Tür zu öffnen und demjenigen, der nicht durch die Asyltür kommt, zu raten, durch die andere Tür zu gehen. Es kann nicht sein, dass wir, nur um die Leute nicht im Asylverfahren zu haben, auf die Aufnahmemöglichkeiten der Wirtschaft und damit auf den legalen Weg verweisen. Das Ergebnis wäre dasselbe. Das kann nicht Zweck der Übung sein. Deshalb lautet klare Botschaft der FREIEN WÄHLER, mit der Wirtschaft gemeinsam vernünftige Konzepte zu entwickeln.

Das Asylsystem selbst muss endlich wieder an den gesetzlichen Vorgaben ausgerichtet werden. Das heißt konkret: Politisch Verfolgte genießen Asyl. Zu diesem Grundsatz müssen wir uneingeschränkt stehen. Vor diesem Hintergrund ist mir auch diese Kontingentlösung noch nicht ganz geheuer. Herr Kreuzer, wenn Sie meinen, einen Teil der Kriegsflüchtlinge wegkontingentieren zu können, stellt sich schnell die Frage: Warum kontingentieren wir dann nicht auch den anderen Teil weg? Lassen wir die anderen zum

Spaß herein? Hier wird es also schwierig sein zu definieren, wo wir hinwollen. Trotzdem gebe ich Ihnen recht: Wir können nicht immer, wenn irgendwo Bürgerkrieg ist, generell sagen, dies erlaube die Einreise jedes Staatsbürgers jenes Landes. Hier geht es um ein Land mit 20 Millionen Einwohnern. Es kann auch einmal kriegerische Auseinandersetzungen in Ländern geben, die 200 Millionen Einwohner haben. Was tun wir dann?

Wir müssen also auch ganz gezielt schauen, wo die Belastungsgrenze für Deutschland liegt. Die Debatte über Quoten kann im Endeffekt nur dazu führen, andere EU-Länder mit in die Haftung zu nehmen und auch den Druck zu gemeinsamem, internationalem Handeln zu verstärken und zu sagen: Wir müssen das Thema gemeinsam schultern. Dann ist vielleicht auch die Bereitschaft größer, gemeinsam wirkliche Problemlösungen in Syrien, in Afghanistan und in vergleichbaren Ländern zu suchen. Das wird nicht immer spaßig sein, das wird eine große internationale Herausforderung, aber das wird die Realität sein. Wir müssen wieder einen europäischen Weg finden, der funktioniert.

Es ist schon bezeichnend, wie schnell es immer Sondersitzungen gegeben hat, wenn für die Rettung der Banken, die sich in Griechenland verspekuliert hatten, eine neue Milliardentranche freigegeben werden musste. Das ging über Nacht, nebenher. Wenn es aber heißt, für die internationalen Flüchtlingsheime einige Hundert Millionen oder einige Milliarden freizugeben, dann geht nichts. Das ist beschämend. Ich sage: Man hätte Europa einen größeren Gefallen getan, wenn wir in den letzten Jahren die Situation in diesen Flüchtlingsheimen verbessert und nicht nur griechische Banken gerettet hätten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen dieses Thema jetzt ernsthaft angehen. Was wir vor der Sommerpause gesagt haben, war quasi heiße Luft. Wir sind dann in die Sommerferien gegangen; passiert ist nichts außer der Einführung von Grenzkontrollen, für die zunächst der Beifall der Öffentlichkeit vorhanden war, nach dem Motto: Endlich tun die was. Aber der Normalbürger draußen verbindet mit der Einführung von Grenzkontrollen den Gedanken, dass der illegal Einreisende dann nicht mehr einreist, und nicht nur, dass wir dort Bundespolizei hinstellen, wo vorher niemand gestanden hat, und dann werden aus 1.231 Leuten, die die Grenze überschreiten, 10.000, und die Bundespolizei steht daneben und führt nur Strichlisten.

Hier müssen wir wirklich wieder geltendes Gesetz anwenden. Wenn wir schon den Grenzübertritt nicht ge-

regelt bekommen, dann müssen wir zumindest die Situation derer geregelt bekommen, die über die Erstaufnahme vor dem Asylrichter landen. Dort muss es schneller gehen, dort muss auch die Abschiebung konsequent Realität werden; denn was hilft der ganze Spuk im Vorfeld, wenn am Ende der Brief "Sie werden aufgefordert auszureisen" nicht umgesetzt wird? Wenn viele Bundesländer überhaupt nicht mehr abschieben und sagen, wir dulden das, was ist, dann fragt sich natürlich der Bundespolizist zu Recht: Warum soll ich den noch erfassen, mich vielleicht noch einem Risiko aussetzen? Dann geht der doch lieber hinter den nächsten Apfelbaum und raucht eine Zigarette. – Warum soll sich der Bundespolizist, der Staatsanwalt, der Richter, der Verwaltungsbeamte einsetzen, wenn am Ende alle trotzdem geduldet werden, und die Kommunen müssen Turnhallen beschlagnahmen, weil sie die Leute sonst nicht unterbringen? Wir müssen die Rückführung, die geltendes Asylrecht ist, konsequent anwenden. Es ist nicht statthaft, dem Steuerzahler abzuverlangen, dass er diese Situation duldet.

Meine Damen und Herren, das ist in einer Situation, in der wir 10.000 oder 50.000 Asylbewerber im Jahr zu verzeichnen haben, möglich; da verspielt sich das. Wenn wir aber eine Million zu verzeichnen haben, können wir nicht mehr sagen: Er ist abgelehnt und bleibt trotzdem da. Hier muss angesetzt, muss nachjustiert werden, weil die Situation eben eine andere geworden ist. Deshalb auch mein großer Appell an die Kollegen von Rot und von Grün: Bitte nehmen Sie auch den Balkan endlich in die Liste der sicheren Herkunftsregionen auf!

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist letzte Woche per Gesetz geschehen!)

Wir haben hier massiv darum gekämpft. Wir haben die Debatte mitbekommen. Die SPD geht jetzt diesen Weg, auch unter dem Eindruck der neuen Ereignisse. Hut ab davor! Ich weiß, dass es innerparteilich nicht leicht ist, wenn man jahrelang, auch mit anderen Hintergründen, in die andere Richtung geredet hat und dann umschwenken muss. Mein Appell an die GRÜNEN lautet: Gehen Sie diesen Weg auch mit, damit wir die Themen, die wir von Bayern aus lösen können, am Ende auch gezielt lösen können, weil dann auch jene aus Montenegro und aus anderen Staaten schneller abgeschoben werden können. Das tut dem System gut, das nutzt am Ende auch dem Asylsystem und den wirklich Betroffenen.

Unterm Strich noch einmal, meine Damen und Herren: Wir sind gewählt, um die Interessen Bayerns und unserer Bevölkerung zu vertreten, und dem sollten wir jetzt endlich nachkommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult, Herr Kollege Aiwanger. Herr Kollege Herold möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Hans Herold (CSU): Herr Kollege Aiwanger, ich bin über diesen Sinneswandel wirklich erstaunt. Wissen Sie eigentlich noch, was Sie vor einem halben Jahr an dieser Stelle gesagt haben?

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Freilich! Ich? Sagen Sie mir etwas!

Hans Herold (CSU): Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag haben damals völlig anders argumentiert. Das kann man bestens in den Protokollen nachlesen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bringen Sie die Beispiele!

Hans Herold (CSU): Die können Sie alle gut nachlesen, und ich nenne sie auch.

(Zurufe der FREIEN WÄHLER)

– Ja, ich weiß. Das hat er nicht gerne.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es passt Ihnen nicht, welche Position wir jetzt vertreten!

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Einen Moment! Das Wort hat jetzt Herr Herold.

Hans Herold (CSU): Es passt mir schon, weil es zwischenzeitlich, muss ich ehrlich sagen, auch richtig ist. Nur, Sie haben vor einem halben Jahr noch völlig anders argumentiert. Ich denke an die unsäglichen Auftritte ihrer Kollegin und auch von Herrn Fahn. – Jetzt versteckt er sich dort hinten irgendwo. – Damals gab es hierzu klare Aussagen, zum Beispiel auch, dass keine Sachleistungen eingeführt werden dürften. Sie haben sich auch geweigert, die Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer auszuweisen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben wir nie anders gesehen!

Hans Herold (CSU): Natürlich! - Ihre Kollegin hat zum Beispiel auch Asylbewerber aus dem Kosovo – aus dem Kosovo, wohlgemerkt – aufgefordert, aufgrund der Ablehnung ihres Asylantrags eine Petition einzureichen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, war die Position der FREIEN WÄHLER vor einem halben Jahr. Darauf möchte ich deutlich hinweisen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Aiwanger, Sie haben vorhin gesagt, man solle mit anderen Staaten reden. Das ist völlig richtig. Aber wissen Sie noch, dass Sie Staatsministerin Merk vor einem halben Jahr massiv kritisiert haben, weil sie es gewagt hatte, mit den Ungarn zu reden, die logischerweise eine Schlüsselrolle einnehmen?

Ich bin dem Kollegen Taşdelen für seinen Hinweis auf Politiker, die nur an die Wahl denken, sehr dankbar. Es tut mir leid, dass ich es heute auch so sagen muss; es ist nur am Rande einer Erwähnung wert; das ist aber für mich an Peinlichkeit und auch an Menschenunwürdigkeit nicht zu übertreffen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was?

Hans Herold (CSU): Ich kann es Ihnen gleich vorlesen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege Herold, Ihre Zeit ist um. Zwei Minuten sind vorbei. Kommen Sie jetzt bitte zum Ende!

Hans Herold (CSU): Am 2. September 2015 haben die FREIEN WÄHLER geschrieben, wenn sich die FREIEN WÄHLER bei den Themen Flüchtlinge und Asylbewerber engagierten

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt geht das wieder los!

Hans Herold (CSU): und dies in der Öffentlichkeit kommuniziert werde,

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Hören Sie doch jetzt bitte auf! Sie haben zwei Minuten!

Hans Herold (CSU): steige der Bekanntheitsgrad bei den Wählerinnen und Wählern. – Das ist an Peinlichkeit nicht zu übertreffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte sehr, Herr Aiwanger. Ihnen stehen auch zwei Minuten zur Verfügung.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich würde der CSU empfehlen, dem Kollegen Herold endlich einmal eine gewisse Redezeit einzuräumen. Dann bräuchte er nicht mittlerweile zum dritten Mal seinen Privatkrieg mit Frau Schmidt zu führen

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und zu sagen, dass Frau Schmidt irgendwann einmal in Neustadt an der Aisch bei einem Asylbewerber etwas anderes gesagt hat. Machen Sie das vor Ort aus. Damit langweilen Sie hier nur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Gesinnungswandel sage ich Ihnen auch: Vor zwei Monaten hat Kollege Söder gesagt, wir müssten Grenzkontrollen einführen. Damals hat es Herr Seehofer abgelehnt. Vor rund drei Wochen hat Herr Seehofer gesagt: Wir machen Grenzkontrollen. Also auch Herr Seehofer hat seine Meinung zum Thema Grenzkontrollen geändert. Kommen Sie jetzt nicht mit Frau Schmidt in Neustadt an der Aisch. Das ist Kleinkram.

(Hans Herold (CSU): Sie ist immerhin die stellvertretende Bundesvorsitzende der FREIEN WÄHLER!)

– Das wären Sie auch gerne.

(Lachen bei der CSU)

Abschließend noch so viel: Wenn Sie mit dem Thema Willkommenskultur oder mit Ähnlichem kommen wollen, dann sage ich Ihnen: Auch die CSU spielt hier mit zwei Flügeln. Eine Frau Stamm sagt in der Weihnachtszeit – ich meine die letzte Weihnachtsrede; Sie können sich die Protokollauszüge besorgen –: Wir stehen für die Willkommenskultur; alle Menschen sind uns herzlich willkommen. – Was sagt man denn sonst in der Weihnachtszeit? Aber wenn Weihnachten vorbei ist, kommen wieder die Hardliner aus der Kiste und hauen drauf.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Tun Sie doch nicht so, als müssten Sie den FREIEN WÄHLERN zeigen, wie man gerade Wege fährt! Keiner fährt so zickzack wie die CSU. Das wissen Sie selber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Sie sind an der Regierung; Sie könnten es ändern. Der einzige Lichtblick heute besteht darin, dass wir mehr Asylrichter bekommen. Damit ist wenigstens etwas passiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Wortmeldung: Kollege Markus Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Bilder, die uns in diesen Tagen und Wochen erreichen, berühren uns zutiefst, unabhängig davon, wo wir politisch stehen. Das Bild von Aylan! Der dreijährige Junge war mit seiner Familie aus dem syrischen Kobane geflohen, und auf der Flucht mit seinen Eltern ertrank er im Mittelmeer.

Seine Leiche wurde nahe Bodrum in der Türkei an den Strand gespült. Eine Tragödie!

Ich erinnere an die Bilder der Flüchtlinge, die im Transporter qualvoll erstickt sind, die Bilder von Menschen, die sich in Booten auf den Weg über das Mittelmeer machten, und die Bilder von verzweiferten Familien auf den Bahnsteigen mit völlig erschöpften und hungrigen Kindern, Großeltern, Frauen und Männer in überfüllten Zügen, Menschen am Rande ihrer Existenz, am Ende ihrer Kräfte, Menschen die mit Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken an der ungarischen Grenze taktiert werden.

Eine Plenarrede in diesen Zeiten kann nicht ohne die Einleitung beginnen, dass wir die Verzweigung der Schutzsuchenden wahrnehmen, die Not derer, die unter widrigsten Umständen ihre Heimat verlassen und existenzielle Gefahren für ihre Familien in Kauf nehmen, die Menschen aus den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Osten, aus Afghanistan, aus afrikanischen Kriegsgebieten südlich der Sahara auf der Flucht vor Vertreibung, Krieg und politischer Verfolgung.

Angesichts dieser Schreckensbilder sind wir ausgesprochen dankbar dafür, dass in Bayern so viele Menschen Hilfe anbieten, dass es viele gibt, die nicht gleichgültig wegschauen, sondern mit anpacken.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin stolz auf dieses Bayern und auf diese ungeheuere Welle der Hilfsbereitschaft, die es in unserem Lande gibt.

(Beifall bei der SPD)

Es geht uns zu Herzen, wenn am Münchner Hauptbahnhof Flüchtlinge mit offenen Armen, solidarischem Applaus und mit konkreter erster Hilfe empfangen werden. Refugees welcome! Am Münchner Hauptbahnhof steht die Bürgerschaft für die ankommenden Flüchtlinge Spalier und spendet stehenden Fußes Applaus. Die Münchnerinnen und Münchner reichen Wasserflaschen und Obst, packen an beim Kisten-schleppen und machen sich zu Kofferträgern der Schutzsuchenden. Diese Geste taucht den bayerischen Sommer in ein wärmendes Licht. Die Weltstadt öffnet ihr Herz. Das Münchner Symbol der Hilfsbereitschaft steht für all jene im Freistaat, die Solidarität mit den Schwächsten leben, von Passau bis Neu-Ulm, von Bamberg bis Lindau.

Herr Ministerpräsident, dass die CSU diese Bilder als völlig kontraproduktiv, ja als schädlich für unser Land geißelt – die Kanzlerin hat dazu das Notwendige gesagt –, kann ich nicht nachvollziehen. Wir sagen:

Diese Bilder zeigen unser Bayern von seiner menschlichsten und seiner freundlichsten Seite. Sie sind ein großartiger Ausweis für die Empathie in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Die Bilder zeigen die freundlichen Deutschen, die nicht klagen und jammern, sondern hilfsbereit anpacken, das Deutschland, das sich aufgrund seiner Geschichte in besonderer Weise bewusst ist, welches Geschenk es ist, Hilfe in der Not und offene Türen vorzufinden. Ohne die Hilfe, die uns selbst zuteil geworden ist, wären wir heute nicht in der Lage, mit unseren Kräften anderen zu helfen.

Den hauptamtlich Beschäftigten in den Kommunen, in den Schulen, bei der Polizei, den Feuerwehren, den Hilfsorganisationen, den Kirchen und nicht zuletzt auch in den Bezirksregierungen bin ich ausgesprochen dankbar für die großartigen Leistungen der letzten Monate. Meine Damen und Herren, der innere Zusammenhalt, die innere Stärke eines Landes bewähren sich in besonderen Situationen, und was die Seele eines Landes ausmacht, zeigt sich in einer solchen Bewährungsprobe.

Ich würde mich freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der bayerische Ministerpräsident auch unmittelbar vor Ort ein Zeichen der Dankbarkeit und der Anerkennung setzen würde. Herr Seehofer ist bis heute der einzige Ministerpräsident in Deutschland, der kein einziges Mal in seiner siebenjährigen Amtszeit eine Flüchtlingsunterkunft in seinem Bundesland besucht hat.

(Barbara Stamm (CSU): Woher wissen Sie das?)

- Weil er es in einem Interview mit dem ZDF so in den Raum gestellt hat. – Deshalb sage ich, Herr Ministerpräsident, dieser Besuch ist überfällig. Sie können ihn allerdings nachholen und damit drei Botschaften vor Ort vermitteln.

Botschaft eins: Schutzbedürftigen reichen wir in unserem Land die helfende Hand.

Botschaft zwei: Dank und Anerkennung für unsere großartigen Helfer in Bayern.

Botschaft drei: Wir schützen die Minderheiten in unserem Lande vor rechtsextremem Gewalt. Es gibt in Bayern auch Menschen, die mit Hass und Gewalt gegen Minderheiten und Flüchtlinge agieren. Es gab Brandanschläge auf bayerische Unterkünfte, und es gibt Menschen, die ihre Freude über den immer offener zutage tretenden Rassismus nicht verbergen wollen. Diesen Brandstiftern in Wort und Tat sagen wir un-

missverständlich: Wir dulden in Bayern keinen Rassismus, keine Toleranz für Fremdenfeinde, Neonazis und rechte Gewalt.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen vor der Herausforderung, in diesem Jahr etwa 800.000 bis 1 Million Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Das gehört zur Wahrheit. Es gibt Grenzen der Aufnahmefähigkeit, und wir werden in Deutschland nicht jedes Jahr eine solche Anzahl von Asylbewerbern aufnehmen können. Das würde uns überfordern.

Wir sind uns einig: Nur eine europäische Lösung kann eine gute Lösung sein. Es kann nicht sein, dass Bayern mehr Flüchtlinge aufnimmt als Frankreich, als Spanien oder als Großbritannien. Die Flüchtlingskrise in Europa kann nur gelöst werden, wenn alle EU-Staaten besser und enger zusammenarbeiten als bisher.

Ich finde, es sollte der Konsens aller anständigen Demokraten in Europa sein, dass Humanität eben kein Preisschildchen hat und als Grundwert unserer Wertegemeinschaft unveräußerlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich: Warum kann man in Europa Milliardenbeträge zur Bankenrettung in kürzester Zeit bereitstellen – Herr Aiwanger hat das bereits ausgeführt -, sieht sich aber über einen viel zu langen Zeitraum nicht in der Lage, die notwendigen Mittel zur Bekämpfung der Fluchtursachen und zur Versorgung der Flüchtlinge in Jordanien, im Libanon und in der Türkei bereitzustellen? Sind uns die Menschen wirklich weniger wichtig als das Kapital?

Die Bundesregierung steht vor der zentralen und alles entscheidenden Aufgabe, dass es auf europäischer Ebene viel stärker als bisher zu einer gerechten Verteilung der Asylsuchenden kommt, einer Verteilung, die fair und nachvollziehbar ist und die kein Land aus der Verantwortung entlässt und kein Land überfordert.

Wir sind uns einig, dass die Bundeskanzlerin in der besonderen Verantwortung steht, mit unseren Partnern in Europa eine tragfähige Lösung auszuhandeln. Wir sollten sie dabei unterstützen und nicht behindern. Wir sollten ihre Bemühungen nicht torpedieren.

Ich halte es für falsch, die Position Deutschlands im Bemühen um europäische Solidarität durch Attacken auf die Bundeskanzlerin zu schwächen. Das ist das, worauf es jetzt ankommt. Ich halte es für falsch, einem antieuropäischen Halbdemokraten den roten Teppich auszurollen, unmittelbar vor dem wichtigsten

EU-Gipfel zur Flüchtlingsfrage in diesem Jahr. Das schwächt die Position Deutschlands.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wer den Eindruck erweckt, hermetisch abgeriegelte Grenzen und neue Mauern wären eine Lösung für das europäische Flüchtlingsproblem, täuscht die Menschen. Abschottung konzentriert und vergrößert die Probleme, anstatt sie zu lösen. Neue Schlagbäume machen Europa nicht sicherer, nicht friedlicher und nicht berechenbarer. Wir brauchen jetzt politische Investitionen in das Verbindende in Europa, nicht in das Trennende, in europäische Solidarität und nicht in Grenzanlagen. Wir brauchen europäische Flüchtlingsquoten; das ist das, worauf es jetzt ankommt.

Ich finde es falsch, sollte die CSU in dieser Situation mit Alleingängen nach parteipolitischem Geländegewinn streben und ein durchsichtiges Schwarzer-Peter-Spiel zulasten Dritter spielen. So war das Spiel der CSU unmittelbar vor der letzten Europawahl antieuropäisch. So war es auch vor elf Jahren, als diese Partei als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien gegen den Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union gestimmt hat und das Ratifizierungsverfahren als einziges Bundesland abgelehnt hat.

(Zuruf von der CSU)

Das war ein Fehler. Die CSU will offensichtlich ihre rechte Flanke gegen die AfD stärken und ihr Image mit einer rechtspopulistischen Symbolik der Marke Orbán aufladen.

Jetzt ist aber nicht die Zeit politischer Alleingänge, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt ist die Zeit der Staatsräson in dieser schwierigen Phase. Es ist die Zeit der parteiübergreifend guten Zusammenarbeit in der Bundesregierung, in der Großen Koalition und in den Parlamenten. Wir sind dazu bereit und erwarten diese Kooperationsfähigkeit auch von unseren Partnern in der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Auch in seiner Rede heute konnte Herr Kreuzer immer weniger den Eindruck vermeiden, worum es ihm eigentlich geht, nämlich darum, die eigenen Versäumnisse in Bayern ein Stück weit zu verschleiern. Ich darf Sie an zwei oder drei Punkte erinnern. Erster Punkt. Die Asylverfahren dauern gegenwärtig auch deshalb so lange, weil das Bundesinnenministerium unter Hans-Peter Friedrich bis Dezember 2013 – das liegt noch gar nicht lange zurück - neues Personal für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verweigert hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Es gab unter dem CSU-Innenminister keine einzige neue Stelle. Keine einzige! Deshalb lautet die Wahrheit, die man an dieser Stelle aussprechen darf: Die CSU ist bei der Frage schnellerer Asylverfahren nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Hätte Herr Friedrich nicht gezögert und gezaudert, wäre der Antragstau im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht so groß.

Zweiter Punkt. Die Opposition im Bayerischen Landtag hat bereits 2011 mehr Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern gefordert; denn bereits damals waren die Einrichtungen überfüllt. Hätten Sie früher auf das Hohe Haus gehört, wären wir heute ein Stück weiter und besser vorbereitet.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Punkt. Die Asylverfahren an den Bayerischen Verwaltungsgerichten dauern heute nicht kürzer, sondern länger als in den Vorjahren, und zwar mit stetig steigender Tendenz. Der Grund dafür ist Personalmangel. Wir haben zu wenige Verwaltungsrichter. Die Zahl der Hauptsache- und Eilverfahren an den Verwaltungsgerichten hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Die durchschnittliche Verfahrensdauer lag im ersten Halbjahr 2015 in Hauptsacheverfahren bei sieben Monaten, bei Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bei 0,7 Monaten. Herr Kreuzer erkundigt sich in der Schweiz nach sogenannten 48-Stunden-Verfahren, weil alles schneller gehen müsse, und verschließt die Augen davor, dass es in Bayern teilweise drei, vier oder fünf Tage dauert, bis die ersten Fingerabdrücke genommen werden, die medizinische Untersuchung vorgenommen wird und die Flüchtlinge registriert werden. Dann vergehen Wochen, bis der Bescheid kommt, dass die erste Anhörung des Flüchtlings im Mai 2016 stattfindet. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in Bayern doch diese Hausaufgaben bewältigen! Dort, wo wir Verfahren beschleunigen können, sollten wir das tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was wir aber nicht brauchen können, sind Schaufensterverfahren wie ein Ausflug in die Schweiz mit ihren 48-Stunden-Verfahren, wenn wir von dieser Realität schon aufgrund der Personalknappheit bei uns im Freistaat meilenweit entfernt sind.

(Zuruf von der CSU)

Tatsächlich geht es darum, die bayerischen Kommunen zu entlasten. Deshalb hat die SPD bereits vor ei-

nigen Wochen die Gesundheitskarte beantragt, die auch die GRÜNEN heute in einem Antrag zur Sprache bringen. Mit einem effizienten Zugang zur Gesundheitsversorgung sparen wir administrative Kosten. Herr Ministerpräsident, deshalb fordern wir Sie auf, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden mit den Krankenkassen einen Rahmenvertrag für eine Gesundheitskarte auszuhandeln. Solche Regelungen existieren bereits in Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Wie läuft das in Bayern ab? - In Bayern müssen sich Flüchtlinge während ihrer ersten Aufenthaltsmonate zunächst einen Behandlungsschein bei der Kommune holen, wenn sie krank sind und zum Arzt müssen. Der Arzt stellt anschließend der Kommune die Leistung in Rechnung. Ich finde, wer akut krank ist, sollte zum Arzt gehen können. Der Arzt entscheidet dann, ob und wie behandelt wird. Es geht um eine medizinische Grundversorgung, die effizient zu organisieren und unbürokratisch ist. Man kann damit auch Geld einsparen, wie mittlerweile verschiedene Studien gezeigt haben. Deshalb wäre es gut, wenn wir hier und heute im Parlament neben der Aufstockung bei den Verwaltungsgerichten die Gesundheitskarte beschließen würden. Machen wir Schluss mit der überbordenden Bürokratie!

(Beifall bei der SPD)

In der letzten Woche hat sich gezeigt, dass eine parteiübergreifende Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg möglich ist. Das Asylpaket, das die Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder, im Übrigen auch mit Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ausgehandelt hat, kann sich durchaus sehen lassen. Um Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen, werden die Mittel aufgestockt. Um Länder und Kommunen zu entlasten, zahlt der Bund ab 2016 eine Pauschale von monatlich 670 Euro pro Asylbewerber für die Dauer des Verfahrens. Für die Versorgung der unbegleiteten Minderjährigen gibt der Bund zusätzlich 350 Millionen Euro. Wir haben jetzt bei den sicheren Herkunftstaaten die GRÜNEN mit an Bord. Ministerpräsidenten und Bundesregierung hatten im Übrigen bereits am 18. Juni einen Beschluss gefasst. Sie hatten dann die Juli-Konferenz hier im Bayerischen Landtag zum Anlass genommen, das Thema parteipolitisch aufzuladen. Die Mittel für Sprach- und Integrationskurse werden aufgestockt, die Eingliederungsleistungen der Jobcenter gestärkt. Es gibt im Hinblick auf die Flüchtlingsunterkünfte Erleichterungen im Bauplanungsrecht. All das sind wichtige Maßnahmen. Anders als von der CSU bisweilen dargestellt, ist diese Bundesregierung durchaus handlungsfähig, allen Querschlägen und Obstruktionen eines einzelnen Koalitionspartners zum Trotz.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!
– Lachen bei der CSU)

Bei einem wichtigen Punkt bleibt der Bund jedoch deutlich hinter unseren Erwartungen zurück. Das Thema Wohnungsbau gehört ganz unabhängig von der Flüchtlingsthematik nach ganz oben auf der Agenda. Wir brauchen in den kommenden fünf Jahren 100.000 zusätzliche Wohnungen in den bayerischen Ballungsräumen und Boomregionen. Im vergangenen Jahr, das die Staatsregierung zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen hatte, kam es zum Bau von nur 1.900 zusätzlichen Wohnungen. Zugleich schrumpft die Zahl der Sozialwohnungen bis 2020 bayernweit von 176.000 auf 112.000. Das entspricht einem Rückgang um 35 %. Deshalb werden wir auch in den nächsten Sitzungen hier im Bayerischen Landtag und bei den Haushaltsverhandlungen eine Erhöhung der Landesmittel zur Wohnraumförderung auf 600 Millionen Euro pro Jahr fordern. Die Staatsregierung muss endlich wieder mehr Geld für die Förderung bezahlbaren Wohnraums zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße es, dass der Ministerpräsident für den 15. Oktober eine Regierungserklärung zum Thema Integration angekündigt hat. Er kommt damit unserer Forderung von vor der Sommerpause nach. Es ist gut, dass die Fraktionen die Gelegenheit erhalten, hier ihre ganz konkreten Vorschläge – davon gab es ja zahlreiche – gebündelt zur Aussprache zu bringen. Es wird darum gehen, wie wir unsere Schulen mit mehr Lehrerinnen und Lehrern und mit mehr Schulsozialarbeitern besser ausstatten, wie wir unsere Kitas ausbauen und für mehr Kita-Plätze sorgen. Wir wollen die Qualität unserer Krippen und Kitas mit den freigewordenen Mitteln des Betreuungsgeldes verbessern. Es wird um Integration auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt gehen.

Wir befinden uns inmitten eines historischen Umbruchs. Unser Land wird in den nächsten Jahren einen tiefgreifenden Veränderungsprozess erleben, der geschichtlich kaum vergleichbar ist: nicht mit der Gastarbeiter-Bewegung vor einem halben Jahrhundert und auch nicht mit der Deutschen Einheit vor einem Vierteljahrhundert mit ihren Veränderungen auch für die politische Kultur in unserem Land. Auch Parallelen zu den Fluchtbewegungen zu Beginn der 1990er-Jahre sind durchaus schwierig; denn die Veränderungen sind diesmal differenzierter, ja, umfassender und umwälzender als in den vergangenen Jahrzehnten. Die Veränderungen bringen mit Blick auf den demografischen Wandel, mit Fokus auf den schon heute existierenden Fachkräftemangel und im Hinblick auf die Stärkung sozialer Sicherungssysteme

große Chancen mit sich. Deutschland verspricht als Einwanderungsland offener, bunter und vielfältiger zu werden.

Aber es gibt natürlich auch Ängste, dass sich die soziale Statik in unserer Gesellschaft verändert, dass der Wettbewerb der Schwächsten um gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Genugtuung auf dem Arbeitsmarkt und dem Wohnungsmarkt zunimmt und dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter aufgeht, und zwar nach unten. Es stehen bereits erste Forderungen im Raum, dass für Flüchtlinge nicht der Mindestlohn gelten solle. Es gibt Ängste, dass kulturelle Gepflogenheiten der Zuwanderer bislang hart erkämpfte Errungenschaften, beispielsweise des Feminismus in unserer Gesellschaft, zurückdrängen werden. Es ist unsere Aufgabe hier im Hohen Haus, mit Zuversicht und Mut den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren und dafür Sorge zu tragen, dass in unserer Gesellschaft keiner verloren geht und jeder zu seinem Recht kommt, egal ob er oder sie Maximilian oder Abdul, Sandra oder Nüket heißt.

Ich bin sicher: Wir werden diesen politischen Prozess besser miteinander und im guten Dialog bestehen als im rechtspopulistisch motivierten Parteienstreit. Wir werden den inneren Frieden dann bewahren können, wenn wir zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen und zur Zusammenarbeit fähig sind, zur Zusammenarbeit für ein solidarisches und weltoffenes, für ein tolerantes und soziales, ja, für ein starkes Bayern. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Steiner.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege Rinderspacher, wir müssen weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen verhindern. Zuwanderung von Menschen aus Afrika löst die Probleme der Überalterung nicht. Deutschland hat sich die letzten 15 Jahre übernommen. Wir sind nicht in der Lage gewesen, all diese Menschen wirklich zu integrieren. Diejenigen, die sich nicht an die deutsche Gesellschaft anpassen und sich nicht integrieren wollen oder können, hätte man besser draußen gelassen. Ist das rechtspopulistisches Gerede? – Nein, das sind jüngste Aussagen Ihres Altbundeskanzlers Helmut Schmidt. Das zeigt deutlich, auf welchem Irrweg Sie sich befinden. Was Sie hier erzählen, sind Worthülsen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie kritisieren, dass wir mit Herrn Orbán reden, dessen Land überrollt wird. Sie reden mit Ihren tschechischen Parteifreunden. In der "Frankenpost" vom 5. Oktober 2015 heißt es:

Die SPD-Landtagsfraktion hat die tschechische Regierung ermuntert, mehr Flüchtlinge im Land aufzunehmen. Fraktionschef Markus Rinderspacher sprach auf der Klausurtagung in Regensburg im Beisein der tschechischen Sozialministerin Michaela Marksová von einer "Bitte unter Freunden".

– Warum reden Sie nicht Klartext? Warum reden Sie mit denen nicht Klartext, die sich aalglatt aus der Verantwortung stehlen? Sie sollten fordern, dass diese etwas tun.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Tschechien hat bisher weniger Asylbewerber als der Landkreis Traunstein aufgenommen. Das ist Ihre Asylpolitik – eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei der CSU)

Markus Rinderspacher (SPD): Lieber Herr Kollege Steiner, ich hätte mir gewünscht, dass wir diese Debatte, wie es die Frau Landtagspräsidentin zu Beginn der Debatte angekündigt hat, nicht unnötig parteipolitisch aufladen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das haben Sie doch mit Ihrer Demonstration schon gemacht!)

Der parlamentarische Schlagabtausch gehört selbstverständlich dazu. Erstens: Wir haben Klartext mit der tschechischen Kollegin gesprochen. Sie wissen, dass die Berichterstattung darüber sehr intensiv war. In anderen Medien können Sie gerne einmal nachschauen, dass wir ganz konkret europäische Solidarität eingefordert haben. Ich sage es an dieser Stelle noch einmal: Wir erwarten von der Republik Tschechien, dass sie sich nicht entsolidarisiert, sondern Flüchtlinge aufnimmt.

(Beifall bei der SPD)

Der Unterschied ist: Wir haben diese Kritik sowohl vor der Ministerin als auch vor der versammelten Presse geäußert. Das war für jeden und für alle transparent. Sie haben Herrn Orbán eingeladen. In der gemeinsamen öffentlichen Pressekonferenz kam kein einziges kritisches Wort von unserem Herrn Ministerpräsidenten. Herr Orbán wurde über den grünen Klee gelobt, und die beiden Herren gefielen sich in ihrer Rolle, die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland zu kritisie-

ren an einem Tag, der nun einmal sehr wichtig war, um europäische Solidarität zu organisieren.

Die Bundeskanzlerin fährt zu einem Gipfel, um zu multilateralen Lösungen zu kommen. Die CSU kritisiert an einem solchen Tag öffentlich das deutsche Staatsoberhaupt. In diesem Zusammenhang habe ich schon von nationaler Unzuverlässigkeit gesprochen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Jetzt geht es darum, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Dieses parteipolitische Geplänkel, das Sie Monat für Monat im Plenarsaal aufführen, wird keine Lösungen bringen. Jetzt gilt es, die Kanzlerin zu stützen, damit sie mit unseren europäischen Partnern zu entsprechenden Lösungen kommt.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen sich sicherlich nicht anmaßen, dass die Lösung zwischen Herrn Orbán und Herrn Seehofer ausgehandelt wird. Das geschieht an anderer Stelle. Das wissen wir alle.

(Beifall bei der SPD – Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist auch gut so!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als nächsten Redner bitte ich Herrn Staatsminister Herrmann ans Rednerpult.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rinderspacher, ich will nur ein paar kurze Anmerkungen zu den Ausführungen, die Sie gerade vorgetragen haben, machen. Fakt ist, dass wir nach den aktuellen Zahlen – die Zahlen des heutigen Tages werden wir erst morgen bekommen – davon ausgehen müssen, dass im September 2015 zwischen 270.000 und 280.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Meine Damen und Herren, das sind in diesem einen Monat mehr Flüchtlinge als im ganzen Jahr 2014. Mir bestätigen die Innenministerkollegen ausnahmslos aus allen deutschen Ländern, egal ob sie der CDU oder der SPD angehören, dass in Kürze eine Unterbringung der Flüchtlinge in Unterkünften organisatorisch überhaupt nicht mehr verkraftbar ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich auch gesagt! Da sind wir uns einig!)

- Lieber Herr Rinderspacher, Sie rufen dazwischen, Sie hätten das auch gesagt. Einen Satz von Ihnen habe ich vorhin auch so ähnlich verstanden. Anschließend habe ich sehr genau zugehört, welche Konzepte Sie vorlegen, um dafür zu sorgen, dass sich dies in den nächsten Monaten nicht beliebig wiederholt. Hierzu habe ich von Ihnen überhaupt nichts gehört.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben sich über den Besuch von Premierminister Orbán geäußert. Ansonsten rufen Sie nach europäischer Solidarität. Hinsichtlich der europäischen Solidarität sind wir uns einig, aber das allein hilft offensichtlich noch nicht weiter. Mit den anderen europäischen Ländern muss offensichtlich nicht nur über die Solidarität geredet werden. Zu unserem Rechtsstaat gehört auch die Feststellung, dass die Ursache der Problematik bei der Bewältigung der derzeitigen Situation neben den Herkunftsländern darin liegt, dass sich schon seit einer geraumen Zeit – seit einem Jahr oder seit zwei Jahren – mehrere, wenn nicht die Hälfte aller europäischen Länder nicht mehr an geltendes europäisches Recht halten. Damit beschäftigt sich bei der SPD leider schon eine ganze Weile niemand. Das wird auch nicht angemahnt. Nur nach Solidarität zu rufen, hilft nicht weiter. Von mehreren europäischen Ländern wird weder die Schengen-Verordnung noch die Dublin-Verordnung beachtet. Würden sich die anderen europäischen Länder alle an geltendes europäisches Recht halten, könnten gar nicht 200.000 Flüchtlinge mir nichts dir nichts vor den deutschen Grenzen stehen.

(Beifall bei der CSU)

Vorher müssten sie registriert und ihre Anträge bearbeitet werden. Das ist die Realität.

Hinsichtlich der Personalausstattung des Bundesamtes gibt es in der Tat Versäumnisse. Diese haben wir vonseiten der Bayerischen Staatsregierung und der CSU wiederholt angemahnt – gar keine Frage. Entschuldigung, aber wo ist der Beitrag der SPD auf Bundesebene? - Ich frage mich schon, wo etwas vorangeht. Wenn Sie über die Verfahren in Bayern reden, müssen Sie irgendetwas völlig durcheinandergebracht haben. Die bayerischen Behörden sind für die EASY-Registrierung zuständig. Nach dem, was mir gesagt worden ist – das befindet sich der Zuständigkeit des Sozialministeriums -, liegen wir in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen und anderen Einrichtungen maximal 24, 36 oder 48 Stunden in der Registrierung zurück. Ich rede nicht darüber, wie viele Monate offensichtlich einige andere Bundesländer hinsichtlich der Registrierung zurückliegen. Nach eigenen Angaben haben diese Tausende von Leuten noch nicht mit der EASY-Registrierung erfasst. Die Länder müssen selber wissen, wie sie das organisieren.

Lieber Herr Kollege Rinderspacher, ich möchte nur ein Beispiel aufgreifen. Das waren SPD-regierte Bundesländer, allen voran das zahlenmäßig größte aller Bundesländer, die wochen- und monatelang gegen unser Petition aus Bayern verhindert haben, dass die

EASY-Registrierung rund um die Uhr möglich ist. Selbst ein großes Land wie Nordrhein-Westfalen hat gesagt, dass eine EASY-Registrierung, die 23 Stunden am Tag läuft, nicht zumutbar sei. Sie sprechen die Beschleunigung von Verfahren an. Die ordentliche Registrierung ist wochen- und monatelang teilweise auch in unserem Land behindert worden, weil andere Länder nicht zu Potte kamen, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit. So sieht leider der konkrete rot-grüne Beitrag dazu aus.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich Ihnen: Bei uns läuft die EASY-Registrierung. Zurzeit dauert es im Durchschnitt immer noch zwei Monate, bis die Mitarbeiter des BAMF so gnädig sind, einen Asylantrag entgegenzunehmen. Wir bedauern das. Lieber Herr Rinderspacher, das ist jedoch nicht Sache der bayerischen Verwaltung. Das ist allein die Sache des Bundes.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Asylgerichte sind Sache des Freistaats Bayern!)

- Jetzt kommen wir zu den Asylgerichten, zu den Verwaltungsgerichten. Das ist richtig. Herr Kollege Aiwanger hat gemeint, auch etwas beitragen zu können.

(Lachen bei der CSU)

Sie haben zu Recht angeführt, dass die durchschnittliche Dauer der einstweiligen Rechtsschutzverfahren bei 0,7 Monaten – zwischen zwei und drei Wochen – liegt. Das ist die Realität. Sie haben sich am Beispiel der Schweiz darüber lustig gemacht. Nach geltendem deutschen Recht hat jemand, nachdem er den Ablehnungsbescheid vom BAMF bekommen hat, eine Rechtsmittelfrist von einer Woche, um einen Widerspruchsantrag auf einstweiligen Rechtsschutz einzu legen, eine Woche! Das ist die erste Woche. Sie legen immer großen Wert darauf, dass der individuelle Rechtsschutz bei allen Asylbewerbern garantiert ist. An dieser ersten Woche sind nicht die bayerischen Behörden schuld. Im Moment ist es bei diesen Asylverfahren die Regel, dass die bayerischen Verwaltungsgerichte innerhalb von zwei Wochen entscheiden. In den Fällen der sicheren Herkunftsländer bestätigen sie nahezu ausschließlich die ablehnende Entscheidung des BAMF. Konkret handelt es sich um 99 % der Fälle. Das bedeutet, die Verfahren, von denen Herr Kollege Aiwanger vorhin gesprochen hat, sind innerhalb von zwei Wochen abgeschlossen. -

Herr Kollege Aiwanger hat wohl gerade etwas Besseres zu tun. Das ist okay. -

Unmittelbar danach erfolgt dann die Vorbereitung der Abschiebung, für die wiederum die bayerischen Behörden zuständig sind. Nach unserer Praxis hat jeder

abgelehnte Asylbewerber drei bis vier Tage, um freiwillig auszureisen. Ich halte es für richtig, zunächst jedem die Chance zu geben, freiwillig auszureisen. Erst wenn der abgelehnte Asylbewerber dies nicht tut, erfolgt die Abschiebung, bei dem diese Person durch die Polizei zum Flughafen gebracht und in ein Flugzeug gesetzt wird.

An diesem Verfahrensablauf, den das Land Bayern in der Hand hat, ist überhaupt nichts auszusetzen. Unstrittig ist, dass unsere Verwaltungsgerichte zusätzliches Personal bekommen werden. Wir werden Ihnen die Vorschläge im Rahmen des Nachtragshaushaltes vorlegen. Aus meiner Sicht ist es angesichts der großen Zahlen notwendig, dass wir dazu kommen, noch schneller und noch konsequenter vorzugehen. Wir werden deshalb mit dem Bund intensiv darüber reden, dass von den Möglichkeiten, die nach dem europäischen Recht heute schon bestehen, noch intensiver Gebrauch gemacht wird. An den Flughäfen läuft das Verfahren bereits sehr schnell und vernünftig ab. Jetzt müssen wir von den Möglichkeiten Gebrauch machen, die in den Richtlinien der EU angelegt sind. An unseren Grenzen müssen Schnellverfahren stattfinden, damit in Zukunft diejenigen, die aus sicheren Herkunftsländern kommen, unmittelbar zurückgeführt werden können. Wir werden an diesen konkreten Vorschlägen arbeiten, und ich hoffe, dass wir diese Vorschläge in Kürze vorlegen können.

Die Beschlüsse der europäischen Ebene, Hotspots in Griechenland und Italien einzuführen, sind wichtig. Entscheidend ist aber, dass wir den Zuwanderungsdruck an den deutschen Grenzen reduzieren. Das muss konsequent erfolgen. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, wir dürfen uns nicht darauf beschränken, nur nach europäischer Solidarität zu rufen. Die ist in der Tat wichtig; sie reicht aber allein nicht aus.

Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben die guten Beziehungen zu Tschechien angesprochen. Ich habe gestern Abend den tschechischen Verkehrsminister getroffen. Wir haben uns bei diesem Gespräch über Schienen und Straßen unterhalten, aber auch über dieses Thema. Herr Kollege Rinderspacher, Sie sehen einen großen Unterschied zwischen der Haltung der tschechischen Regierung und der Haltung des Premierministers Orbán aus Ungarn. Bei unserer Unterhaltung über die gesamtpolitische Lage konnte ich feststellen, dass die sozialdemokratisch geführte Regierung Tschechiens offensichtlich Veranlassung sieht, heute eine große Grenzschutzübung der Polizei und der tschechischen Armee an der österreichischen Grenze durchzuführen.

(Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Die tschechische Regierung will gewappnet sein für den Fall, dass eine große Flüchtlingswelle Richtung Tschechien loszieht, um sich dieser Welle mit einem kraftvollen Einsatz von Polizei und tschechischer Armee an der österreichischen Grenze erwehren zu können. Herr Kollege Rinderspacher, das ist die sozialdemokratische Politik im Nachbarland Tschechien. Ich glaube, Sie haben in der Tat noch viel zu tun.

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Sie können uns doch nicht für die tschechische Regierung in Sippenhaft nehmen! Wo kommen wir denn da hin?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegt noch der Wunsch nach einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm vor.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Minister, ich finde es sehr interessant, dass Sie sich offenbar ganz klar dafür aussprechen, kein Militär gegen Flüchtlinge einzusetzen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Nein, das habe ich überhaupt nicht gesagt!

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Keine Turbulenzen. Lassen Sie Frau Kollegin Kamm erst einmal ausreden.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich habe Herrn Kollegen Rinderspacher vorgehalten - -

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Einer nach dem anderen. Frau Kamm, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Mich würde interessieren, wie Sie dazu stehen. Ich finde diese Vorstellung fürchterlich. Wir haben etwas gemeinsam: Wir wollen schnelle Verfahren. Sie haben vorhin beklagt, dass das BAMF offenbar zwei Monate braucht, bis es einen Asylantrag entgegennimmt. Das darf nicht sein. Ich kann Ihnen sagen, dass es in manchen Fällen vier oder fünf Monate dauert.

Nun zu dem, was wir als Bayern tun könnten: Ungefähr ein Drittel der Flüchtlinge im Erstaufnahmesystem befindet sich in irgendwelchen Notfall- oder Krisenunterkünften, wo nie ein Mitarbeiter des BAMF vorbeischaute. Sie warten dort ewig, bis ihr Verfahren überhaupt eingeleitet wird. Hier gäbe es eine Möglichkeit: Schaffen Sie weniger Notfallplätze, schaffen Sie ordentliche Erstaufnahmeeinrichtungen, beispielsweise in den Städten Bayreuth und Augsburg. Diese Städte wollten schon vor über einem Jahr eine ordent-

liche Erstaufnahmeeinrichtung. Sie haben diese Anstrengungen der Kommunen letztlich ausgebremst.

(Hans Herold (CSU): Unglaublich!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin Kamm, nur zwei Anmerkungen: Erstens. Den Hinweis auf Tschechien habe ich nur gemacht, weil Herr Kollege Rinderspacher erneut glaubte, die Politik von Premierminister Orbán angreifen zu müssen. Ich identifiziere mich nicht mit allem, was in Ungarn geschieht. Das Problem besteht darin, dass sich Brüssel intensiv damit beschäftigt, was in Ungarn passiert, dass aber andere Länder wie Italien und Griechenland seit zwei bis drei Jahren ständig gegen europäisches Recht verstoßen. Damit hat sich die Kommission in Brüssel überhaupt noch nie beschäftigt. Sie hat das nie angemahnt und nie beanstandet.

(Beifall bei der CSU)

Das ist kein vernünftiges Vorgehen.

Zweitens. Ich habe dann darauf hingewiesen, was die Alternative zur Politik in Ungarn ist. Als sozialdemokratische Alternative zur Politik von Herrn Orbán habe ich gesagt, was in Tschechien getan wird. Darauf wollte ich hinweisen. Frau Kollegin Kamm, wir haben nicht vor, die Bundeswehr an den Grenzen einzusetzen. Da brauchen Sie keine Sorgen haben.

Ich kann nur sagen, wir haben eine ganze Reihe von neuen Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen. Das wird Ihnen die Sozialministerin anschließend gerne noch einmal näher darlegen. Liebe Frau Kollegin Kamm, ich kann mich noch gut daran erinnern, wer sich hier immer für dezentrale Unterkünfte eingesetzt hat. Wir haben inzwischen eine zahlenmäßige Entwicklung, bei der wir überhaupt nicht mehr umhin können, Einrichtungen für 2.000, 3.000 oder 4.000 Leute zu schaffen. Wer war denn da immer dagegen? – Das waren in erster Linie Sie. Solche Einrichtungen sind inzwischen zur Effizienzverbesserung erforderlich. Wir schaffen jetzt stärkere Erstaufnahmeeinrichtungen und haben Balkanzentren eingerichtet. Wir wollen unsererseits alles dafür tun, um die Verfahren zu beschleunigen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

- Frau Kollegin Kamm, Sie haben doch vorhin gesagt, dass immer zuerst der eine reden sollte, bevor der andere redet. Ich höre Ihnen aber gerne zu.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nein, Frau Kollegin Kamm hat jetzt nicht das Wort. Herr Staatsminis-

ter, Ihre Redezeit ist um, es sei denn, dass Sie auf Ihrem normalen Kontingent weitersprechen wollen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich bin soweit fertig. Frau Kollegin Kamm wollte aber offensichtlich noch etwas sagen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nein, Frau Kamm darf jetzt nicht noch einmal sprechen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Gut, dann ist es recht. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt kommt Herr Kollege Leiner.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich in dieser Rede nicht allein auf die Gesundheitskarte konzentrieren, sondern möchte auch einige Anmerkungen machen. Die erste Anmerkung: Ich habe eines gelernt, nämlich dass die FREIEN WÄHLER auch Weltpolitik machen. Die FREIEN WÄHLER überlegen sich, wie sie in Syrien Probleme lösen können. Ich gebe den FREIEN WÄHLERN einen Rat: Helfen Sie den Landräten und Bürgermeistern vor Ort, damit sie mit der Situation, die wir gerade haben, besser zurechtkommen. Da wären Sie besser beraten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine zweite Anmerkung: Ich möchte auf Herrn Kollegen Steiner Bezug nehmen – ich weiß nicht, ob er noch da ist –, der uns GRÜNEN immer wieder vorwirft, dass wir keine Ahnung hätten, worüber wir reden,

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

wir wüssten nicht, wie es vor Ort aussieht. Ich sage Ihnen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir sind sehr häufig vor Ort. Unser grünes Umfeld ist bei der Hilfe für die Flüchtlinge und im ehrenamtlichen Bereich sehr aktiv. Das wird Ihnen jeder Oberbürgermeister und jeder Landrat bestätigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte einen Punkt nennen, der mir Sorge macht. Sorgen machen mir die Erwartungen, die von der CSU und der Bayerischen Staatsregierung geschürt werden, indem sie den Menschen sagen, dass sie Maßnahmen ergreifen würden, die in einer bestimmten absehbaren Zeit das Flüchtlingsproblem eindämmen und lindern würden. Das, was Sie den Menschen vor Ort sagen, ist nicht wahr.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das erwarten die Menschen aber!)

Mit den Maßnahmen, die Sie vorschlagen, werden Sie in den nächsten drei, vier oder fünf Monaten keinen einzigen Flüchtling weniger bekommen. Das müssen wir den Leuten vor Ort sagen. Darauf müssen wir uns einstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb müssen wir auch alle Maßnahmen, die möglich sind, ergreifen. - Genau damit komme ich zur Gesundheitskarte, zu dem Thema, um das es geht. Ich bin nun einmal Gesundheitspolitiker. Die Gesundheitskarte ist eine ganz kleine Maßnahme, die leicht einzuführen ist und die auch vom Bund ermöglicht wurde. Ich frage mich, wie Sie es sich leisten können, angesichts dieser angespannten Situation, über die Sie selber immer klagen, naheliegende, praktisch und ökonomisch rentable Lösungen wie die Einführung der Gesundheitskarte – Herr Rinderspacher hat es schon gesagt - einfach zu missachten. Für jedermann ist doch erkennbar, dass alle Beteiligten von der Einführung der Gesundheitskarte profitieren. Die Gesundheitskarte bietet eine praktische und sinnvolle Lösung für unsere Asylbewerberinnen und –bewerber, die damit ohne zusätzlichen Aufwand einen diskriminierungsfreien Zugang zur notwendigen ärztlichen Versorgung bekommen. Diese Maßnahme ist praktisch und unkompliziert, da sie auch für Ärzte und Krankenhäuser anwendbar ist. Auch die Abrechnung ist in diesem System einfach.

Wichtig ist – und damit bin ich wieder bei dem Punkt, bei dem ich vorher schon war -, dass die Gesundheitskarte eine Unterstützung für die Menschen bietet, die sich vor Ort um die Flüchtlinge kümmern. Sie erleichtert den Flüchtlingen den Zugang zur medizinischen Versorgung. Sie hilft aber auch den ehrenamtlichen Kräften und den hauptamtlichen Mitarbeitern in den Sozialämtern und den Landratsämtern und im ganzen Bereich, der mit der Gesundheitsversorgung zu tun hat. Die Gesundheitskarte ist einmal ideal für die medizinische Versorgung der Menschen, die zu uns kommen, sie ist aber auch ideal für die Menschen, die den Flüchtlingen helfen. Unterstützen Sie also diese Leute!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dieser Maßnahme geht es ausschließlich darum, eine rechtlich schon bestehende Grundlage zu vereinfachen. Das wollen Sie nicht, meine Damen und Herren von der Staatsregierung und der CSU. Das lässt aber darauf schließen, dass die Willkommenskultur bei Ihnen nur eingeschränkt vorhanden ist. Sie meinen, mit Hürden, die Sie aufbauen, die Zahl der Asyl-

bewerber, der Flüchtlinge und Menschen, die zu uns kommen, einschränken und eventuell vermindern zu können.

Ich sage Ihnen: Alle die Maßnahmen, die Sie ergreifen wollen, sind untaugliche Mittel. Deswegen fordern wir die Einführung einer so kleinen Maßnahme wie der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber und Asylbewerberinnen in Bayern. Auch in anderen Bundesländern wird sie eingeführt. Das Verfahren dazu ist schon eingeleitet. In Bremen und in anderen Stadtstaaten gibt es Modellversuche. Dort hat sich die Gesundheitskarte sehr gut bewährt. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag, um einen Beitrag zur einfacheren und besseren Versorgung der Flüchtlinge zu leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kamm. Sieben Minuten haben Sie noch, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten heute eine lange Aussprache zum Thema Asyl. Vermisst habe ich dabei auf Ihrer Seite konkrete Vorschläge zur besseren Bewältigung der Aufgabe, die wir haben. Ich möchte auf unseren Dringlichkeitsantrag "Schutzbedürftigen helfen, Herausforderungen entschlossen angehen" verweisen. Ich bitte Sie darum, dass bei der nächsten Debatte auch von Ihnen konkretere Vorschläge vorgelegt werden. Ich war außerordentlich enttäuscht beim Appell an den Herrn Innenminister, endlich die Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu erhöhen und dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge nicht nur in irgendwelchen Not- und Krisenunterkünften unterkommen, sondern ein geordnetes Verfahren bekommen. Das machen Sie nicht vorrangig. Da müssen Sie endlich wesentlich mehr tun. – So viel heute aus Zeitgründen von meiner Seite aus. Ich bitte Sie sehr, strengen Sie sich das nächste Mal mehr an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Frau Ministerin Müller zum Rednerpult.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl der Menschen, die zunächst in München angekommen ist, nach Einführung der Grenzkontrollen, dann aber auch in Grenzorten wie Freilassing, Passau, Deggendorf und Rottal-Inn, ist beispiellos. Die Situation ist nach wie vor extrem angespannt.

(Beifall bei der CSU)

Der Zugang ist mehrfach erwähnt worden. In Bayern sind seit dem 1. September in etwa 180.000 Menschen angekommen. Kollege Kreuzer hat es gesagt. Von gestern auf heute sind 9.883 Menschen angekommen. Das stellt uns jeden Tag vor riesige Herausforderungen. Die Leute kommen bei uns in Bayern an. Wir sind das südlichste Bundesland. Dann geht es darum, die Asylbewerber deutschlandweit, aber auch bayernweit zu verteilen. Was passiert denn dabei? – Andere Bundesländer sind nicht in der Lage, Asylbewerber aufzunehmen, weil sie an den Grenzen ihrer Kapazitäten angekommen sind. Es ist schwierig, einen Sonderzug loszuschicken, wenn wir kein Ziel für ihn haben oder wenn wir keine Abnehmer vor Ort haben. Vor dieser Herausforderung stehen wir. Deswegen bleibt die Hälfte der Asylbewerber in Bayern, und diese Hälfte müssen wir unterbringen. Das ist eine riesige Herausforderung.

Wir haben beschlossen, die Asylbewerber nach dem Königsteiner Schlüssel zu verteilen. Das geht aber bei Weitem nicht. Nach dem Königsteiner Schlüssel müssten wir nur 15 % derer behalten, die bei uns ankommen. Wir haben in Feldkirchen einen Warteraum eingerichtet. Dort stehen momentan Plätze für 1.500 Leute zur Verfügung. Bis zum Sonntag wird diese Einrichtung auf 5.000 Plätze eingerichtet. In Erding wird ebenfalls ein Warteraum ausgebaut. Das alles ist notwendig, um diesen Zugang zu bewältigen. Aus dieser Ausnahmesituation gewinnen wir zwei Erkenntnisse: Zum einen ist das, was Bayern in dieser Extremsituation geleistet hat, einmalig.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern ist es uns gelungen, alle die Menschen, die zu uns gekommen sind, zu versorgen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer ist wir?)

Es ist uns gelungen, jedem ein Dach über dem Kopf zu geben. Jeder hat am Anfang eine medizinische Erstuntersuchung bekommen. Wir haben diesen großen Zugang nur schultern können, weil wir einen riesigen Zusammenhalt in der Bevölkerung erlebt haben. Wir haben Hilfsbereitschaft und Solidarität vor allem bei der Ankunft der Menschen am Münchner Hauptbahnhof erlebt. Die Ehrenamtlichen haben ihre Zeit und ihre Kraft eingebracht. Sie haben aber auch sehr viel Empathie für die Menschen, die schutzbedürftig sind, aufgebracht. An einem Wochenende sind am Samstag 13.000 Menschen und am Sonntag weitere 12.000 Menschen gekommen. Es war eine großartige Leistung, dass wir die Aufnahme dieser Menschen so reibungslos bewerkstelligen konnten.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen danke ich allen Ehrenamtlichen, den Hilfsorganisationen, die rund um die Uhr da waren, den Verantwortlichen und Beschäftigten in den Regierungen, den Städten und den Gemeinden, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien. Auch sie alle waren nämlich 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche an Bord. Das sind sie auch jetzt noch; denn andernfalls könnten wir die Hilfe gar nicht bewerkstelligen.

Frau Kamm, lassen Sie mich einmal sagen: Sie wissen eigentlich genauso gut wie ich, dass wir im letzten Jahr Kapazitäten ausgebaut haben,

(Christine Kamm (GRÜNE): Nicht genug!)

wobei wir mit der Zahl von 1.800 Plätzen in der Erstaufnahme begonnen und sie auf 21.000 gesteigert haben.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE) – Widerspruch bei der CSU)

– Bitte, jetzt reicht's. – Wir wollen einen Ausbau auf insgesamt 26.000 Plätze. Wir haben sieben Erstaufnahmeeinrichtungen. Wir haben zwei Balkanzentren aufgebaut, und zwar innerhalb kurzer Zeit: in Manching und in Bamberg. Wir haben die Verfahren beschleunigt. Mit der EASY-Registrierung geht es bei uns sehr schnell. Wir haben ein Kurzscreening bei der medizinischen Untersuchung eingeführt. Wir können auch die Hauptuntersuchung nach § 62 des Asylverfahrensgesetzes innerhalb kurzer Zeit durchführen.

Wenn es irgendwo langsam geht, dann liegt das an dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wo ein Asylbewerber erst Monate nach dieser großen Untersuchung einen Termin zur Antragstellung bekommt und im Anschluss zum Interview erscheinen kann. Das muss man so in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Dann machen Sie Druck auf Ihren Parteifreund!)

Wie soll es jetzt weitergehen, wenn jeden Tag 10.000 Menschen kommen? – Darum bin ich dafür, dass wir den Flüchtlingszustrom eingrenzen. Im Antrag der CSU ist das ein zentraler Punkt. Meine Damen und Herren, ich bin auch der Auffassung, dass es kein Dauerzustand sein darf, dass so viele Menschen zu uns kommen. 80 % derer, die heute kommen, sind junge Männer, allein reisende Männer. Die restlichen 20 % bilden Familien mit oft kleinen Kindern. Darum sage ich: Wir können das nicht mehr durchstehen. Wir sind mittlerweile an der Grenze unserer Belastbarkeit angekommen, nicht an der Grenze

des guten Willens, sondern an der Grenze der logistischen Kapazität, aber auch der Unterkunftsmöglichkeiten.

(Beifall bei der CSU)

Die Herausforderung, die wir jetzt bewältigen müssen, besteht in der Integration der Menschen, die hier einen befristeten Aufenthaltsstatus bzw. eine Bleibeperspektive haben. Deswegen vertreten wir in Bayern seit Langem einen Dreiklang: Integration der Schutzbedürftigen, also all der Menschen, die aus einem Kriegs- oder Krisengebiet kommen; Beseitigung der Fehlanreize; Bekämpfung der Fluchtursachen. Dieser Dreiklang, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss auch die Leitlinie für das Handeln in ganz Deutschland und Europa sein. Wir wollen, dass die Schutzbedürftigen integriert werden. Dabei lautet unsere Leitlinie: fordern und fördern. Wir müssen von den Asylbewerbern einfordern, dass sie unsere Rechts- und Grundwertordnung akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen den Menschen, die zu uns kommen und bei uns bleiben, auch Orientierung geben. Sie müssen die deutsche Sprache lernen; das ist der Schlüssel für die Integration. Ich muss auch darauf drängen, dass alle, die bei uns bleiben wollen, Integrationsangebote tatsächlich annehmen. Es nutzt nämlich nichts, wenn wir zwar Deutschkurse anbieten, aber die Leute nicht dort hingehen. Deswegen muss es Bedingungen geben.

(Beifall bei der CSU)

Integration kann nur gelingen, wenn wir alle nötigen Maßnahmen durchführen, beginnend bei den Kindergärten, weiter über die Schulen und die Sprachkurse, unter anderem für die Erwachsenen. Migranten müssen so schnell wie möglich in den Arbeitsprozess integriert werden, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können.

Mit unseren Deutschkursen für Asylbewerber sind wir schon in Vorleistung gegangen. Wir in Bayern bieten Sprachkurse an, bei denen Ehrenamtliche und Hauptamtliche lehren. Das ist ein bundesweit einzigartiges Vorzeigeprojekt. Diese Sprachkurse wollen wir in großem Stil weiterführen. Ich habe es schon gesagt: Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für die Integration. Ohne deutsche Sprachkenntnisse haben alle, die aus einem anderen Land zu uns kommen, ein Problem, sich hier zu etablieren.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, endlich erfüllt auch der Bund eine Forderung Bayerns, indem er die Integrationskurse für Asylsuchende mit guter Bleibe-

perspektive öffnet. Man muss in aller Deutlichkeit auch sagen, dass zu uns Menschen mit den unterschiedlichsten Bildungshintergründen kommen. Man darf doch nicht glauben, dass alle, die zu uns kommen, hochqualifiziert sind. Das ist der falsche Gedankengang.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben ja nicht mal eine Kompetenzerfassung! – Gegenruf von der CSU: Da haben Sie ja Glück gehabt! – Weitere Zurufe von der CSU)

Die Studien und die Ergebnisse der Umfrage auf Bundesebene zeigen uns doch: 13 % der Menschen, die zu uns kommen, haben einen Universitätsabschluss. Zwei Drittel derer, die zu uns kommen, haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Außerdem gibt es einen sehr hohen Prozentsatz an Analphabeten, die wir ebenfalls hier unterbringen und versorgen, aber auch integrieren wollen. Diese Menschen in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren, ist die riesige Herausforderung, die wir alle in der nächsten Zeit bewältigen müssen. Wir stellen uns dieser Aufgabe. Die beste Integration ist die Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn wer arbeitet, trägt selbst zu seinem Lebensunterhalt bei, zahlt daneben auch Steuern und zahlt in die Sozialversicherung ein.

Liebe Freunde, wir müssen aber auch Fehlanreize beseitigen. Das gilt ganz bestimmt im Hinblick auf die Gesundheitskarte. Wir werden in Bayern die Gesundheitskarte optional nicht einführen. Die medizinische Versorgung der Asylbewerber ist in Bayern hervorragend geregelt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich nenne das Kurzscreening und die medizinischen Stützpunkte in den Einrichtungen. Ich kann nur sagen: Asylbewerber erfahren bei uns eine optimale medizinische Versorgung. Daran würde die Gesundheitskarte überhaupt nichts ändern. Wir wollen in Bayern den Berechtigungsschein beibehalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist denn wichtig? Vorhin ist von fast jedem gesagt worden: Die Bevölkerung hat Angst, macht sich Sorgen, hat Befürchtungen. In Ering im Landkreis Rottal-Inn stehen plötzlich Asylbewerber im Ort und sitzen auf den Terrassen der Menschen in den Gartenmöbeln. Die Bewohner der Häuser sind irritiert, weil sich die Menschen plötzlich in ihren Vorgärten aufhalten. Bei dieser Lage muss ich sagen: Ich verstehe alle Ängste, die die Menschen haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen zum einen die Schutzsuchenden unterbringen und integrieren. Zum anderen müssen wir gleichzeitig diejenigen zurückführen, die hier keine Bleibeperspektive haben. Deswegen haben wir die zwei Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Ingolstadt/Manching und in Bamberg eröffnet. Nachdem die Einrichtungen schon eröffnet wurden, kann ich eine kurze Zwischenbilanz geben: Menschen sind abgeschoben und zurückgeführt worden. Ursache war, dass viele Leute aus dem Balkan gekommen sind und nachgefragt haben, wie sie ihre freiwillige Rückreise organisieren können. Das verbreitet sich auch in den sozialen Netzwerken, und das ist das richtige Signal in den Westbalkan.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darum bin ich auch sehr dankbar, dass die von uns schon lange gestellte Forderung nach weiteren sicheren Herkunftsstaaten jetzt erfüllt wird. Hinsichtlich der Forderung nach Leistungskürzungen werden wir ebenfalls stringent vorgehen. Das gilt auch, was die konsequente Rückführung anbelangt. Die Ministerpräsidenten haben während ihres Gipfels ein Asylpaket beschlossen. Es greift alle Ansätze auf, die wir von bayerischer Seite immer gefordert haben. Maßgeblich dafür, dass all diese Maßnahmen jetzt auch wirklich in den Beschlüssen enthalten sind, war der Ministerpräsident aus Bayern, Horst Seehofer. Er hat dort unsere Linie eingebracht. Es zeichnet sich ab, dass die klare Linie Bayerns künftig auch auf Bundesebene Geltung erlangen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Fluchtursachen beseitigen und bekämpfen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Das Geschehen der letzten Tage und Wochen hat uns vor allem eines gezeigt: Das Flüchtlingsproblem kann nicht in Deutschland und nicht in Bayern gelöst werden. Eine langfristige Besserung der Situation können wir nur erreichen, wenn wir die tatsächlichen Fluchtursachen bekämpfen. Flüchtlingspolitik ist Außenpolitik und Entwicklungshilfepolitik. Wir brauchen daher künftig mehr Engagement in der Entwicklungshilfepolitik. Das bedeutet vor allem ein finanzielles Engagement vom Bund und von Europa, eine Verbesserung der Bedingungen in den Krisenregionen und in den angrenzenden Ländern sowie den dortigen Flüchtlingscamps im Libanon, in Jordanien und in der Türkei.

Was aber ist das Wichtigste vor Ort, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Die Menschen müssen etwas zu essen haben, etwas zu trinken, und sie brauchen eine vernünftige Unterkunft. Dann erst kommt alles andere. Wenn aber das UNHCR die Mittel kürzt, dann ist das mit Sicherheit für die Fluchtursachenbekämpfung kontraproduktiv. Wir müssen bei den Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, darauf drängen, dass Europa solidarisch zusammensteht. Dafür brauchen wir einen

effektiven Schutz der Außengrenzen, die Registrierung in neuen sogenannten Hotspots und eine dauerhafte europaweite Verteilquote. Derzeit nehmen gerade einmal fünf von 28 Mitgliedstaaten, insbesondere aber Deutschland, 80 % der Asylbewerber und Flüchtlinge auf. Die Einigung der Innenminister am vorletzten Dienstag in Brüssel zur EU-weiten Verteilung von 120.000 Flüchtlingen ist zwar begrüßenswert, aber sie ist mit Sicherheit kein Patentrezept. Es ist lediglich ein erster Schritt. Wenn wir unsere Zahlen in Bayern ansehen, dann ist das, gelinde gesagt, nur eine kleine, aber feine Flüchtlingszahl, die verteilt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der CSU-Fraktion greift alle wichtigen Punkte auf und verfolgt den richtigen Ansatz für eine langfristige, eine nachhaltige Asylpolitik. Wir, die Vertreter der Staatsregierung, stehen hinter diesen sechs Punkten des CSU-Antrags. Hier sind alle zentralen Forderungen enthalten, die wir umsetzen müssen, um eine Verbesserung in der Asyl- und Flüchtlingsfrage zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, vielen Dank. – Jetzt hat sich Frau Kollegin Celina zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, Lösungen suchen, das ist wichtig. In diesem Punkt sind wir uns, so denke ich, alle einig. Von Ihnen und anderen Vertretern der Staatsregierung höre ich aber immer wieder, dass Sie Verantwortung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, an die EU, an die Bundesregierung und andere abschieben. Es geht aber darum, dass Menschen, die aller Voraussicht nach für einen längeren Zeitraum hier bleiben werden, zumindest so lange aber, wie in ihrem Heimatland alles zu Schutt und Asche geschossen wird, geschützt werden. Sie sollen möglichst reibungslos hier in Deutschland ankommen, und das sollte man für diesen Zeitraum gewährleisten. Was aber faktisch passiert und ein Grund für die teilweise fatale Situation vor Ort ist, das ist der Umstand, dass die Flüchtlinge von einer Unterkunft zur anderen geschoben werden. Sie erfahren am Abend zuvor, dass sie am nächsten Morgen woanders sein müssen. Die zarten Pflänzchen der Verbindung, die sich zwischen ehrenamtlichen Helfern und Flüchtlingen gebildet haben, werden rigoros unterbrochen.

Eine planvolle Integrationsarbeit ist auf diese Art und Weise nicht möglich. Gerade das ist doch ein Umstand, für den die Staatsregierung verantwortlich ist. Es geht um die Unterbringung der Flüchtlinge vor Ort

in Bayern. Das ist Aufgabe der Staatsregierung. Es wäre viel gewonnen, wenn diese planlose Hin- und Herschieberei, die aus welchen Gründen auch immer erfolgt, unterbunden würde, damit die gute Arbeit der Ehrenamtlichen, die Sie genauso schätzen wie alle Fraktionen hier im Landtag, endlich weniger behindert würde, als dies derzeit der Fall ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Celina, Sie werden mir recht geben: Wir brauchen momentan noch den bundesweiten Ausgleich. Das bedeutet, die Menschen müssen weitergeführt und weitergeleitet werden, und zwar in Sonderzügen und Bussen. Es wurden mehrere Hundert Busse organisiert, um das überhaupt bewerkstelligen zu können. Die Leute können doch nicht alle in Bayern bleiben. Das ist schon einmal das Erste.

Das Zweite ist: Ich bin sehr froh, dass wir keine Flaschenhalse haben. Wir haben jetzt in sieben Regierungsbezirken Erstaufnahmeeinrichtungen. Das haben wir ausgebaut. Die Menschen müssen dort registriert werden. Wenn sie registriert worden sind, können wir sie untersuchen, und anschließend kommen sie in die Unterkünfte, in Gemeinschaftsunterkünfte, aber auch in dezentrale Unterkünfte in den Kreisverwaltungsbehörden. Ich sage Ihnen hier ganz klar: Wir haben derzeit 108.000 Menschen in Bayern untergebracht. 108.000! Manche Städte sind gar nicht so groß. Stellen Sie sich doch einmal diese Summe von Menschen vor: 108.000. Mir muss niemand erklären, wie man das machen muss. Ich bin nämlich jeden Tag mit dieser Situation konfrontiert. Die Herausforderung ist riesig. Ich möchte, dass jetzt, wo der Winter kommt, alle eine feste Unterkunft haben.

Wenn jemand bei uns bleibt, dann bin ich Ihrer Auffassung: Das Verfahren muss beschleunigt werden, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge braucht mehr Personal, damit der Flüchtling, damit der Asylbewerber weiß, ob er hier eine Bleibeperspektive hat oder ob er wieder zurück in sein Heimatland muss.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Das wissen wir doch, dass die Leute aus Syrien hierbleiben dürfen! – Widerspruch bei der CSU)

- Das wissen wir nicht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Celina, wir halten jetzt keine Zwiesprache.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):

Das wissen wir eben nicht, weil nicht jeder, der sagt, dass er aus Syrien kommt, auch wirklich von daher kommt. Wir haben hier auch Missbrauch, und diesen Missbrauch wollen wir tunlichst vermeiden und bekämpfen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: So ist es!)

Deswegen brauchen alle Asylbewerber ein rechtsstaatliches Verfahren. Deshalb führen wir für alle ein rechtsstaatliches Verfahren durch. Wir gewährleisten dies. Wir kommen unserer Verantwortung in vollem Umfang nach.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass zum Antrag der CSU auf Drucksache 17/8088 von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Die namentliche Abstimmung findet nach der Debatte und der Abstimmung über den nächsten Dringlichkeitsantrag statt. Nur so können wir die 15-Minuten-Frist einhalten. Jetzt hat Frau Kollegin Sonnenholzner von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Frau Staatsministerin Müller hat gerade mit einem Dank an die Ehrenamtlichen und vor allem an die Hauptamtlichen begonnen. Das ist richtig, das ist wichtig, und das tue auch ich überall, wo ich hinkomme. Ich tue es auch an dieser Stelle. Ich habe das auch persönlich beim Regierungspräsidenten von Oberbayern und bei seinen Mitarbeitern gemacht, wie auch bei den Mitarbeitern des Münchner Oberbürgermeisters. Gerade in München, aber auch in Passau und in Rosenheim ist die Situation tatsächlich ganz besonders schwierig. Ich finde es bewundernswert - und auch die Welt findet es bewundernswert -, wie der Zustrom gemeistert worden ist. Leider kann ich, können wir als SPD-Fraktion, als Opposition, nicht mehr tun, als unseren Dank auszusprechen. Sie aber, Frau Ministerin, und Sie, die Vertreterinnen und Vertreter der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion, könnten mehr tun.

Ich möchte das an der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge beispielhaft festmachen.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst hat jetzt die Aufgabe, das Erstscreening zu machen, eine Aufgabe übrigens, der er alleine nicht mehr gerecht werden kann.

Sie wissen wahrscheinlich genauso gut wie ich, dass der Medizinische Dienst in München – ich bin dort als Ärztin registriert – einen 24-Stunden-Dienst organisiert, um dem Öffentlichen Gesundheitsdienst bei dieser originär staatlichen Aufgabe unter die Arme zu greifen.

Es wird Gott sei Dank im Rahmen der Verbesserungen, die Herr Gröhe jetzt aufgelegt hat, oder dieses Pakets, das in Berlin beschlossen worden ist, auch einen Anspruch geben, dass Flüchtlinge geimpft werden können. Das ist essenziell auch für die deutsche Bevölkerung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben zum Beispiel bei dem Masern-Ausbruch gesehen, wie wichtig das Impfen ist. Auch das Impfen soll der Öffentliche Gesundheitsdienst vornehmen.

Frau Ministerin, Sie haben offenbar die Gesetzesvorlage nicht gelesen; nur so kann ich die Aufregung verstehen. Diesen Aufgaben kann der Öffentliche Gesundheitsdienst nicht mehr gerecht werden. Was haben Sie an Stellenmehrung im Entwurf des Nachtragshaushalts? – 15 läppische Stellen! Schon vor Übertragung der zusätzlichen Aufgabe der Versorgung der Flüchtlinge waren die Gesundheitsämter dramatisch unterbesetzt. Wie wollen Sie das denn mit 15 zusätzlichen Stellen stemmen? - Sie werden mir nicht sagen, dass irgendwann Entspannung eintritt und die Überstunden, die sich dort angesammelt haben, in den nächsten Jahren abgefiebert werden können. Deswegen braucht es – und das ist nun wahrlich keine überzogene Forderung – mindestens eine ärztliche und eine nichtärztliche Stelle in jedem bayerischen Gesundheitsamt.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, ich komme jetzt zur elektronischen Gesundheitskarte. Offenbar gibt es in der Staatsregierung aufgrund des Mutterschaftsurlaubs der Gesundheitsministerin keinerlei Vorstellung darüber, wie die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in Bayern derzeit funktioniert. Der Flüchtling muss zur Verwaltung der Kommune gehen und sagen: Ich bin akut erkrankt und muss zum Arzt; denn nur im Fall einer akuten Erkrankung, Frau Staatsministerin, hat er oder sie überhaupt Anspruch auf medizinische Versorgung. Was Sie von einer optimalen Versorgung erzählen, gibt es schon kraft der Gesetzeslage nicht. Der Flüchtling geht also zum Amt, und die Verwaltungsmitarbeiterin oder der -mitarbeiter im Landratsamt entscheidet, ob eine akute Erkrankung vorliegt oder nicht. – Ich frage Sie alle hier: Wie würden Sie entscheiden? Würden Sie zu einem Flüchtling sagen: Nein, Sie brauchen keinen Arzt? – Das passiert natür-

lich nicht. Das heißt, es wird über die gesetzliche Vorlage hinaus behandelt, und es wird nicht vom niedergelassenen Arzt nach einem Gesetz behandelt.

Oder es gibt tatsächlich Zweifelsfälle – das ist noch schöner, das haben wir gestern beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung gelernt –: Das Landratsamt fordert kostenpflichtig ein Gutachten beim Medizinischen Dienst an. Kostenpflichtig! Da ist noch nichts behandelt worden für das Geld, was da ausgegeben wird. Und dann gibt es Honorarärzte, die angeblich 120 Euro pro Stunde verlangen.

Das sind Kosten, die wir uns sparen könnten, wenn wir, wie das andere Bundesländer machen – und die machen das nicht aus Gutmenschentum, sondern weil sie gemerkt haben, dass es ihre Verwaltung entlastet und dass es ihnen Geld spart –, die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen, auf der vermerkt ist, dass sie nur Anspruch auf die Leistungen nach §§ 4 und 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes haben. Das heißt, das ist nur die Versorgung im Notfall.

Vor wenigen Tagen hat die Gesundheitsministerin den Bundesgesundheitsminister angeschrieben und darum gebeten, dass die Mehrleistungsabschläge in Krankenhäusern nicht für die Behandlung von Flüchtlingen gelten. Wir haben in der Tat viele Flüchtlinge, insbesondere in der Umgebung von Erstaufnahmeeinrichtungen, die, weil sie keine andere Möglichkeit haben, in die Notaufnahmen der Krankenhäuser gehen und dort natürlich medizinisch versorgt werden. In den meisten Fällen müssten sie gar nicht dorthin, weil sie kein stationär aufnahmepflichtiger Notfall sind.

Zeitgleich bläst die Wirtschaftsministerin eine polemische Parole in die Gegend: Wir wollen keine Luxusversorgung für Flüchtlinge. Zeitgleich sagen die Landräte in Oberbayern – wie ich sage: zu Recht – zur Bundeskanzlerin: Wir können diese ganze Bürokratie und den ganzen Verwaltungsaufwand nicht mehr stemmen.

Ich finde es bodenlos, dass Sie dieses Stück Plastik, das eine Bürokratievereinfachung ermöglicht, nicht zur Verfügung stellen. Damit würde keine andere Versorgung stattfinden als schon jetzt, aber die bürokratischen Hemmnisse würden wegfallen, und die Kosten könnten gesenkt werden.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Zwischenzeitlich ist noch ein Antrag auf namentliche Abstimmung - - Entschuldigung, ich bin gerade darauf aufmerksam gemacht worden, dass hier eine Zwischenbemerkung angemel-

det wurde. Frau Kollegin, ich muss Sie noch einmal ans Rednerpult bitten.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): In der Gesundheitspolitik hat man immer gerne Bewegung!)

– Gut, die Gesundheitspolitiker sind fit. Also, bitte schön. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich rede jetzt gar nicht von Gesundheitspolitik. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, war Ihr Einleitungssatz der Hinweis auf vermeintliche oder echte Missstände im Gesundheitsministerium aufgrund des Mutterschutzes der Frau Gesundheitsministerin. Wenn der erste Satz so gemeint war, dass sich deswegen keiner auskennt, finde ich das schade und kontraproduktiv, hier so ein Argument zu verwenden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Sonnenholzner, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sie haben mich natürlich völlig missverstanden. Ich habe genau das nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass offensichtlich die Kommunikation in der Staatsregierung nicht mehr funktioniert und die gesundheitspolitische Kompetenz der Ministerin nicht mehr abgefragt wird. Das war kein Vorwurf an die Ministerin. Wenn Sie das verstanden hätten, wäre ich so was von missverstanden worden, dass ich mir gar nicht vorstellen kann, wie man meine Bemerkung so missverstehen kann.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber nachdem ich noch eine Minute und 34 Sekunden Redezeit habe, nutze ich die Gelegenheit, um zu sagen, dass ich gemeinsam mit dem Kollegen Seidenath gleich bei einer Podiumsdiskussion über Prävention auf dem Europäischen Gesundheitskongress bin. Die Tatsache, dass wir wahrscheinlich beide nicht mehr mit abstimmen werden, bedeutet beim CSU-Dringlichkeitsantrag keine Billigung des Antrags meinerseits und soll wahrscheinlich auch keine Ablehnung seinerseits darstellen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Das war Hochseillogik. – Bevor ich jetzt der Frau Staatsministerin noch einmal das Wort erteile, werde ich Sie trotzdem zunächst auf den Wunsch der FREIEN WÄHLER hinweisen, nämlich auch über ihren Antrag auf Drucksache 17/8090 in namentlicher Form abstimmen zu lassen. Es gilt das Gleiche, was ich vorher für den CSU-Dringlichkeitsantrag angekündigt habe: Nach der nächsten Dringlichkeitsantragsdebatte wird dann insgesamt über alle Anträge zu diesem Thema abgestimmt.

Jetzt hat die Frau Staatsministerin noch mal das Wort. Bitte schön, kommen Sie ans Rednerpult.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Liebe Frau Sonnenholzner! Ich verstehe die von Ihnen als Medizinerin vorgetragene Argumentation voll und ganz. Ich darf Ihnen aber sagen, dass in Ihrer Argumentation vorher ein Fehler enthalten war. Das Kurzscreening, das wir ganz zu Beginn machen, wenn ein Asylbewerber kommt, ist keine Voraussetzung für das Verfahren. Das ist eine freiwillige Leistung, die Bayern eingeführt hat. Wir wollen den Menschen, der hier ankommt, sofort untersuchen, ob eine akute Erkrankung vorliegt, ob wir den Menschen in stationäre Behandlung geben müssen. Wir wollen auch sofort wissen, ob jemand eine ansteckende Krankheit hat. Dafür sehen wir gleich Quarantäne vor. Diese Leistung zahlen wir freiwillig, und das wird nicht vom Öffentlichen Gesundheitsdienst gemacht.

Öffentlicher Gesundheitsdienst und zu wenige Stellen: Das haben wir im Fokus. Da wird es auch mehr Stellen in der nächsten Zeit geben. Es wird also auch eine Stellenmehrung beim ÖGD geben.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): 15 Stellen!)

– Nein. Es wird mehr geben. Das haben wir auf jeden Fall im Fokus. – Was die Honorarverträge neben dem Öffentlichen Gesundheitsdienst anbelangt: Ich finde, da sind wir ziemlich gut aufgestellt. In den Erstaufnahmeeinrichtungen haben wir mittlerweile einen medizinischen Stützpunkt, wo alle Ärzte vertreten sind. Der Asylbewerber braucht keinen Krankenschein und muss nicht nach draußen, sondern kann vor Ort bleiben und wird in diesem Zentrum untersucht.

Ich möchte deswegen noch einmal sagen: Eine Gesundheitskarte ändert nichts an der Behandlung und an den Maßnahmen. Es ist nach wie vor eine Einschränkung dabei. Wenn jemand diese Gesundheitskarte bekommt, zum Beispiel in Hamburg oder in Bremen, ist es nicht so, dass alle Leistungen bezahlt werden. Daran ändert sich ja auch nichts. Trotzdem glaube ich, dass es einen Anreiz darstellt, wenn durch die Social Media verbreitet wird, dass es in Bayern auch noch die Gesundheitskarte gibt, man freie Arztwahl hat und sich jeden Facharzt aussuchen kann.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wie bereits angekündigt, findet die Abstimmung nach dem nächsten Dringlichkeitsantrag statt.

Ich rufe zur gemeinsamen Aussprache auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)
Studentenwohnraum besser fördern (Drs. 17/8089)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Geld für die Studentenwohnraumförderung (Drs. 17/8102)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Eberhard Rotter u. a. und Fraktion (CSU)
Förderung von Wohnheimplätzen für Studierende (Drs. 17/8103)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. – Erster Redner ist der Kollege Lotte von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ein Thema ansprechen, von dem ich mir erhoffe, dass wir alle, die wir hier sitzen, einen breiten Konsens haben. Es geht um das Thema Studentenwohnraum. Der eine oder die andere wird in den letzten Tagen die dazu veröffentlichte Studie gelesen haben, die – keine große Überraschung – besagt: Die Studentenzahlen in den Ballungsräumen steigen weiter. Gerade in angespannten Wohnungsmärkten ist auch der Wohnungsmarkt im studentischen Bereich angespannt. Das ist im ersten Moment gar nicht verwunderlich. Deswegen will ich auch nicht auf einzelne Zahlen eingehen.

Bei der studentischen Wohnraumförderung gibt es aber den bemerkenswerten Aspekt, dass sich – das war die Situation im Jahr 2014 – neun von zehn Studierenden eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt, sei es in einer WG oder als Einzelzimmer, suchen und nur einer oder eine in einem staatlich geförderten Wohnheim unterkommt. Ein WG-Zimmer kostet in München mittlerweile – so die Studie – im Durchschnitt über 500 Euro. Glücklicherweise steigt nun zum 1. Oktober das BAföG; aber die Erhöhung kann die Mietpreissteigerungen in den Ballungsräumen bei Weitem nicht kompensieren.

Aus den Anträgen geht auch hervor, dass wir in Bayern und in Deutschland unterschiedliche Wohnungsmärkte haben. Dazu vielleicht eine bemerkenswerte Zahl. In den deutschen Großstädten ist die Miete in den letzten fünf Jahren im Schnitt um "nur" 13 % gestiegen. Wenn wir uns aber die Spitzenreiter bei den

Mieten anschauen, stellen wir fest, dass in Bayern nicht München, sondern Ingolstadt mit einer Preissteigerung um 31,5 % an der Spitze steht. Kurz danach folgen bei der prozentualen Steigerung Fürth mit 27,3 %, Regensburg und erst dann München.

Wenn wir die Wohnungsprobleme in Bayern gemeinsam lösen wollen, ist ein wichtiger Ansatz, dass wir die Wohnplatzquote für Studentinnen und Studenten erhöhen. Das habe nicht ich mir ausgedacht; das ist ein sinnlogischer Zusammenhang; denn je mehr Studentinnen und Studenten in Heimen wohnen, desto weniger konkurrieren sie auf dem freien Wohnungsmarkt mit vielen anderen Menschen, die bezahlbaren Wohnraum suchen.

Ich bin auf eine ganz bemerkenswerte Tatsache gestoßen. Im Jahr 1976 – lang, lang ist es her – hat man sich auf einer Kultusministerkonferenz einstimmig darauf geeinigt, dass man eine Quote von mindestens 15 % anstreben sollte. Wir haben sie bis heute nicht erreicht. 2001 hat das der Rechnungshof auch kritisiert. Aber nach meinem Kenntnisstand hält die Bayerische Staatsregierung noch immer an diesem Ziel fest. Mit unserem Antrag wollten wir die Möglichkeit nutzen, dieses Ziel mit Leben zu erfüllen. Aber wenn man dieses Ziel erreichen will, muss man auch Geld in die Hand nehmen. Die Staatsregierung hat das 2014, im "Jahr des Wohnungsbaus", auch getan. Aber obwohl die Zahlen weiter steigen, ist die Wohnraumförderung für Studenten zurückgegangen, nämlich von 27,5 Millionen Euro im "Jahr des Wohnungsbaus" auf 22,5 Millionen Euro im Jahr 2015.

Lassen Sie mich zu dem CSU-Antrag sagen: Wir werden ihm heute zustimmen. In ihm steht nichts Konkretes. Alles, was in ihm steht, sind Absichtserklärungen: Wir sind für bezahlbaren Wohnraum; wir sind der Meinung, dass die Bayerische Staatsregierung dieses Thema auch weiter mit bedienen soll; wir begrüßen es, dass die Bayerische Staatsregierung dafür Geld in die Hand nimmt. Das begrüßen wir auch. Ähnliches gilt für den Antrag der FREIEN WÄHLER. Ja, er enthält genau das, was auch wir wollen, nämlich dass die Wohnraumförderung für Studenten bedarfsgerecht aufgestockt wird. Deswegen haben wir auch keine Zahl genannt. Ich bitte Sie um Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat das Wort der Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIEN WÄH-

LER haben immer für eine starke Bildungslandschaft in Bayern geworben, und wir FREIEN WÄHLER haben uns in der letzten Periode dafür starkgemacht, dass Studieren nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wir haben es geschafft, die Studiengebühren in Bayern abzuschaffen. Wir FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag haben immer dafür geworben, dass wir bei einem Drittel unserer Bildungsausgaben von der frühkindlichen Bildung bis zur Seniorenbildung immer die passenden Rahmenbedingungen schaffen.

Die Schaffung von Wohnraum für Studenten, um die es heute geht, ist dabei ein entscheidender Aspekt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb fordern wir eine Förderung, und Sie sehen den Betrag in der Begründung: Wir fordern, dass der Landtag die Schaffung von Wohnraum für Studenten weiterhin mit mindestens 40 Millionen Euro jährlich fördert. Warum 40 Millionen Euro? Das ist die aktuelle Zahl; vielleicht sagt dazu der Staatssekretär später noch etwas. Genau dieser Betrag wurde momentan aufgerufen. Wir fordern Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf, in der Haushaltsdebatte für das studentische Wohnen wirklich genau diese Größenordnung in den Haushalt einzustellen und die Mittel nicht über die gegenseitige Deckungsfähigkeit nur dann zu holen, wenn Sie dafür einen Bedarf sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann und darf nicht sein, dass das Thema Asyl, über das wir heute diskutiert haben, allen anderen Themen in diesem Landtag vorgeht. Heute wurde schon gefragt: Wofür sind wir denn zuständig? - Hier wurde viel internationale Politik gemacht. Ich bin dafür, wir machen die Politik, für die wir zuständig sind, und dazu gehören im Bayerischen Landtag Bildung und Wohnraumförderung. Uns muss klar sein, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir werden in einem Jahr auf der kommunalen Ebene 15.000 bis 20.000 Wohnungen in Bayern brauchen. Wenn die Anerkennungsquote bei 40 bis 50 % liegt, werden wir innerhalb von drei Jahren nach ALG II in Bayern 15.000 bis 20.000 Wohnungen schaffen müssen. Wenn wir nicht wollen, dass dann ein Wettbewerb zwischen Studenten entsteht, die Wohnraum suchen, an dem momentan Mangel herrscht, werden wir deutlich mehr Geld anfassen müssen. Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Spätaussiedler haben wir damals in Bund und Land reagiert. Wir haben damals im Bayerischen Landtag 600 Millionen Euro über Jahre hinweg bereitgestellt, weil wir wussten, dass wir viel Wohnraum brauchen. Diese Mittel waren nicht gegenseitig deckungsfähig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns darauf einstellen, dass wir neben diesen 600 Millionen Euro, die wir für den Wohnraumbau als Größenord-

nung wieder brauchen werden, auf der anderen Seite beim Wohnungsbau für Studenten nachziehen, wenn wir dem Thema in einem Dreivierteljahr oder in einem Jahr gerecht werden wollen.

In München haben 7 % der Studierenden die Möglichkeit, studentischen Wohnraum zu erlangen. 7 %! Das ist weit weg von der 15-Prozent-Quote. Das BAföG ist bei 670 Euro festgeschrieben. Eine studentische Wohnung kostet in München monatlich zwischen 230 und 330 Euro, bayernweit im Durchschnitt 225 Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn dieser Wettbewerb entsteht, wenn der Mangel da ist, dann hilft keine gegenseitige Deckungsfähigkeit; dann sollten wir mindestens diese 40 Millionen Euro im Haushalt einstellen. Das ist ehrlich, und das fordern wir von Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Kollege Rotter von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Obgleich die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau in Bayern seit Jahren auf relativ hohem Niveau sind, wissen wir alle, dass wir diese Mittel in den kommenden Jahren weiter erhöhen müssen. Das gilt für den Bund, das gilt aber auch für die Länder. Wir werden dies natürlich bei den Haushaltsverhandlungen zum Nachtragshaushalt und auch zum nächsten Doppelhaushalt entsprechend diskutieren und soweit wie möglich berücksichtigen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsregierung hat bereits wichtige Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum ergriffen. So wurden beispielsweise die Geltungsdauer des Zweckentfremdungsgesetzes verlängert, die Erhöhung des Wohngeldes durch einen bayerischen Entschließungsantrag im Bundesrat auf den Weg gebracht sowie die Mietpreisbremse eingeführt. Die Mittel für die Wohnraumförderung sind bei uns im Ländervergleich auf hohem Niveau. Gleichwohl wird das nicht die Grenze sein, sondern wir werden in den kommenden Jahren noch mehr Geld hierfür in die Hand nehmen müssen.

Natürlich fehlt vor allem in Ballungsräumen und an Hochschulstandorten, aber auch in anderen Regionen Bayerns – ich erinnere nur an die für den Tourismus besonders reizvollen Gegenden – preisgünstiger Mietwohnraum. Dies gilt natürlich insbesondere für Studie-

rende. Daher kommt der Versorgung mit Wohnraumplätzen eine besondere Bedeutung zu.

Durch den enormen Anstieg der Studierendenzahlen in den vergangenen 15 Jahren konnte die Wohnplatzquote von ehemals 15 % – Herr Kollege Lotte hat darauf hingewiesen – aus den Jahren 2000/2001 leider nicht mehr gehalten werden. Es ist aber selbstverständlich weiterhin Ziel der Staatsregierung und der CSU-Fraktion, die Wohnplatzquote von durchschnittlich 15 % wieder zu erreichen. Wir können gleichwohl natürlich nicht sagen, bis wann das der Fall sein wird. Das wäre völlig unredlich, zumal auch die Studierendenzahlen der kommenden Jahre nicht bekannt sind. Nach einer Prognose auf Bundesebene soll die Zahl der Studienanfänger in den kommenden Jahren nicht weiter zunehmen, sondern wohl etwas absinken. Aber ich halte es hier mit Karl Valentin: "Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen." Es ist klar: Wir werden mehr Mittel für mehr Wohnheimplätze brauchen.

Die Staatsregierung ergreift die erforderlichen und geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnheimversorgung der Studierenden. Hierfür gibt es ein eigenständiges Förderprogramm mit zins- und tilgungsfreiem Baudarlehen. Im Ergebnis kommt diese Förderung bei bestimmungsgemäßer Belegung der Wohnheimplätze einem verlorenen Zuschuss gleich.

Im Doppelhaushalt 2015/2016 sind für die Förderung von Wohnheimplätzen für Studierende jeweils 22,5 Millionen Euro veranschlagt und damit jeweils fünf Millionen Euro mehr als in den Jahren vor 2014. Wegen des dringenden Bedarfs an preiswertem Wohnraum für Studierende wurde und wird die im Staatshaushalt eingeräumte Befugnis genutzt, diesen Betrag um weitere 10 Millionen Euro zulasten des bayerischen Wohnungsbauprogramms aufzustocken. Es ist also nicht so, dass aufgrund gegenseitiger Deckungsfähigkeit von den 22,5 Millionen Euro etwas abfließt, sondern die Realität ist, dass statt der direkt veranschlagten 22,5 Millionen Euro 32,5 Millionen Euro in den vergangenen Jahren in den Wohnungsbau für Studenten geflossen sind. Vor diesem Hintergrund sind die beiden Dringlichkeitsanträge der Opposition obsolet.

Der Wohnraumbedarf allgemein und der Bedarf an Wohnheimplätzen werden absehbar hoch bleiben. Eine Entspannung des Wohnungsmarktes kann wirksam nur durch eine verstärkte Bautätigkeit herbeigeführt werden. Bauen, bauen, bauen muss die Devise sein. Das gilt natürlich auch für Wohnheimplätze für Studierende.

Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Staat allein wird es nicht richten können. Wir brauchen private Investitionen in den Wohnungsbau. Steuerliche Anreize hierfür sind ein unverzichtbares Element. Die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Mietwohnungsneubau ist dringend geboten. Ich sehe in der Diskussion in den vergangenen Wochen und Monaten, dass die Länder, die das bisher blockieren und nicht haben wollten, weil sie Einnahmenverluste befürchtet haben, erfreulicherweise nun wohl so weit sind, dass der Bundesrat dieser Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Mietwohnungsneubau zustimmen wird.

Ebenso sind die Kommunen selbstverständlich aufgefordert, Bauland zu erschwinglichen Preisen verfügbar zu machen. Auch bundes- und landeseigene Liegenschaften sind hier mit einzubeziehen. Wenn es uns dann schlussendlich noch gelingt, die enorme Verteuerung des Wohnungsbaus, die in den vergangenen Jahren erfolgt ist, zu begrenzen bzw. vielleicht abzusenken und die entsprechenden Standards so weit anzupassen, dass man auch noch wirtschaftlich bauen kann, dann bin ich durchaus zuversichtlich, dass wir diese große Herausforderung meistern können. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Kollege Lotte hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Lotte (SPD): Herr Kollege Rotter, ich bin schon etwas verwundert, dass Sie unseren Antrag ablehnen, obwohl Sie doch gleichzeitig in Ihrer Rede gesagt haben, dass diese Anliegen explizit Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist. Geben Sie mir aber Gelegenheit, noch zwei Fragen an Sie zu richten.

Erstens: Sind Sie mit mir der Meinung, dass das vorgestellte Programm der Bundeswohnungsbauministerin Hendricks, das Modellvorhaben "Nachhaltiges Wohnen für Studenten und Auszubildende" einen sinnvollen Beitrag in Bayern leisten kann, um Wohnraum für Studierende zu schaffen?

Zum Zweiten: Herr Staatssekretär Eck hat an die Städte appelliert, geeignete, bezahlbare Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Sind Sie mit mir der Meinung, dass das auch für den Freistaat Bayern gelten sollte?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Herr Kollege Rotter, Sie haben das Wort.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Kollege Lotte, wenn Sie mir bis zum Schluss aufmerksam zugehört hätten, dann hätten Sie mitbekommen müssen, dass ich ausdrücklich erwähnt habe, dass auch bundes- und landeseigene Liegenschaften mit einzubeziehen sind. Das habe ich im Übrigen nicht das erste Mal hier gesagt, sondern das sage ich immer wieder beim Thema sozialer Wohnungsbau. Das schlägt hier immer wieder auf, weil es eine ganz wichtige Herausforderung ist.

Sie haben Frau Hendricks erwähnt. Ich finde es prima, dass sie endlich, nachdem sie zwei Jahre im Amt ist, entsprechend initiativ wird und in den Haushaltsverhandlungen des Bundes endlich mehr Mittel dafür fordern und wohl angesichts der aktuellen Situation auch bekommen wird. Also da sind wir beieinander.

(Andreas Lotte (SPD): Zuständig ist ja das Land!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Osgyan von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Verena Osgyan (GRÜNE): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Die Diskussion, die wir führen, ist wichtig, und vor allem ist sie keine neue. Wir haben jedes Jahr zum Semesterbeginn entsprechende Schlagzeilen. "DER SPIEGEL" titelt aktuell: "WG-Suche – Studenten finden keine Wohnung". "DIE ZEIT" schreibt: "Studenten: Ich will doch nur wohnen" und, und, und. Das sind nur einige Beispiele. Das Problem ist kein neues; es hat sich über Jahre hinweg aufgebaut.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe am vergangenen Freitag die Antwort auf meine Schriftliche Anfrage zur Entwicklung der Wohnraumsituation der Studierenden in Bayern seit 2001 bekommen. Wir müssen konstatieren, dass wir 150.000 Studierende hinzugewonnen haben; das empfinde ich als sehr positiv für unseren Standort. Im selben Zeitraum sind aber nur knapp über 5.000 neue Wohnheimplätze entstanden. Das geht einfach nicht zusammen. Ich finde, das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Rotter, ich muss Ihnen widersprechen: Der Vertreter des Wissenschaftsministeriums hat im Ausschuss gesagt, wir müssten damit rechnen, dass die Studierendenzahlen erst ab 2025 zurückgehen werden. Das Problem wird also noch eine gewisse Zeit lang bestehen. Die Situation wird sich nicht von selbst verbessern.

Wir haben schon gehört, dass an den großen Hochschulstandorten die Mieten in den vergangenen fünf Jahren exorbitant – um circa 30 % – gestiegen sind. Das betrifft nicht nur München, sondern auch die Universitäts- und Hochschulstandorte Bamberg, Bayreuth, Erlangen-Nürnberg und viele andere. Aber gerade an den Standorten, wo der Markt entsprechenden Wohnraum nicht hergibt – die Zahlen sind seit Jahren bekannt –, wird wenig getan. Ich kann unserem Bauminister nicht vorwerfen, dass er seine Heimatstadt Erlangen besonders bevorzugt habe. Dort verzeichnen wir seit 2001 eine Verdoppelung der Studierendenzahlen, während die Zahl der Wohnheimplätze real zurückgegangen ist. In ganz Bayern können nur 11 % der Studierenden Wohnheimplätze in Anspruch nehmen. Diesen – schlechten – bayernweiten Schnitt haben wir jetzt auch in Erlangen. Im Jahr 2001 waren es aber schon einmal 20 %.

Schauen wir nach Regensburg, einer Stadt mit 20.000 Studierenden: Dort wurden im vergangenen Jahr lediglich 191.000 Euro für Wohnheimplätze ausgegeben.

Diese Zahlen sprechen für sich. Es haut nicht hin. Die Diskrepanz wird immer größer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gebe zu: Die Haushaltsmittel sind immer wieder einmal erhöht worden; die Erhöhung hält aber mit dem deutlich wachsenden Bedarf nicht Schritt. Wenn es galt, Sparpotenzial zu erschließen, dann ging das bisher immer wieder zulasten der Studierenden. Wir hatten schon einmal eine relativ gute Quote erreicht; sie ist schon wieder zurückgefahren worden.

Dabei habe ich den Sanierungsbedarf, der nicht nur bei Hochschulbauten, sondern auch bei Wohnraum für Studierende enorm hoch ist, noch gar nicht angesprochen. Auch das Thema Barrierefreiheit möchte ich nicht anschnitten, obwohl Barrierefreiheit im gesamten Hochschulwesen fast überhaupt nicht gegeben ist.

Besonders ärgert mich, dass die Mittel für die Studierendenwerke nicht nur nicht angestiegen, sondern sogar noch kontinuierlich zurückgefahren worden sind. Dabei sind Studierendenwerke wichtige Garanten der Chancengerechtigkeit. Obwohl ohnehin nur 9 % ihres Haushalts aus öffentlichen Mitteln gespeist werden, lässt die Staatsregierung gerade die Studierendenwerke im Regen stehen. Das finde ich sehr ärgerlich.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben bereits in den letzten Jahren diverse Haushaltsanträge dazu gestellt und werden das wieder tun. Dies verbinden wir mit der Hoffnung, dass Sie endlich einem unserer Anträge zustimmen. Das Problem liegt auf der Hand; das besagen Ihre eigenen Zahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern steht, was die Wohnraumsituation der Studierenden angeht, auch im internationalen Vergleich wirklich schlecht da. Bei uns haben nur 11 % aller Studierenden die Möglichkeit, ein öffentlich gefördertes Appartement zu beziehen; in Finnland, dem PISA-Test-Sieger, sind es 32 %. Im angelsächsischen Raum sind Campus-Unis völlig normal. Es ist auch unter dem Gesichtspunkt des internationalen Wettbewerbs wichtig, dass wir unseren Standort attraktiv halten.

Wir wissen, dass die soziale Schere im Hochschulbereich immer weiter auseinanderklafft. Es ist ein Armutszeugnis, dass es im Jahr 2015 immer noch junge Menschen gibt, die nur deshalb nicht studieren können, weil sie sich keine Wohnung leisten können. An diesem Problem müssen wir ansetzen. Bayern hat mit nahezu 50 % eine der höchsten Quoten an Studierenden, die zu Hause bei ihren Eltern wohnen. Ich finde das wunderbar, wenn es um die Wahrung familiärer Bande geht. Wenn der Grund aber darin besteht, dass am Studienort keine Wohnung gefunden wird – und deshalb der Studienwunsch nicht verwirklicht werden kann –, dann ist das einfach ein Problem. Bayern ist ein Wissenschaftsstandort. Die Bayerische Staatsregierung muss endlich handeln und studentisches Wohnen besser fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Exzellente Leitungen können wir nur dann erwarten, wenn wir die Bedingungen dafür schaffen. Dazu gehört, dass das Wohnen am Studienort möglich sein muss, auch wenn die Eltern keine Mietbürgschaft unterschreiben können.

Ich habe auf der Homepage des Ministeriums gelesen:

Bayernweit beste Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium zu schaffen, ist ein Kernziel des Wissenschaftsministeriums.

Ich fordere Sie auf, das endlich umzusetzen. Wir haben nicht mehr ewig Zeit. Sie selbst haben gesagt, dass Sie die frühere Quote von 15 % wieder anstreben. Daher besteht aus meiner Sicht kein Grund, dem Antrag der SPD und dem der FREIEN WÄHLER nicht zuzustimmen. Wir stimmen beiden Anträgen zu. Dem Antrag der CSU stimmen wir allerdings nicht zu, weil

er nur auf ein Weiter-so abzielt. Das reicht einfach nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Rotter hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Liebe Frau Kollegin Osgyan, nachdem Sie die angelsächsischen Universitäten erwähnt und auf den hohen Anteil an Campus-Universitäten dort hingewiesen haben, möchte ich Sie nur fragen, ob Ihnen bekannt ist, wie teuer ein Studium in angelsächsischen Ländern, insbesondere in den USA, ist und wie lange die Studierenden oder deren Eltern hinterher die hohen Kredite abzubezahlen haben. Ich meine, dagegen sind unsere Wohnraumprobleme – die ich nicht geringschätzen möchte! –, wirklich Pipifax.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sie haben recht: Was Chancengerechtigkeit betrifft, sind die angelsächsischen Länder für uns kein Vorbild. Aber wir müssen uns überlegen, wie wir angesichts der fortschreitenden Internationalisierung bei uns wettbewerbsfähige Bedingungen herstellen können. Es geht vor allem darum, dass wir bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen.

Was gern verschwiegen wird, wenn es um das angelsächsische System geht: Dort ist die Quote an Stipendien enorm hoch. Daher ist die direkte Vergleichbarkeit mit der Situation bei uns nicht gegeben. Harvard und Yale betreiben Bestenauslese, vergeben aber an 70 % der Studierenden Stipendien.

(Manfred Ländner (CSU): Wie hoch ist der Anteil? Wie viel Prozent?)

– Zwischen 60 und 70 %.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir halten hier keine Zwiesprache. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Gut. – Ich danke Ihnen auf jeden Fall für die Anmerkung. Das ist ein wichtiger Punkt. Das lenkt allerdings aus meiner Sicht davon ab, dass wir bei uns einen echten Mangel an Wohnraumplätzen für Studierende haben. Dagegen müs-

sen wir etwas tun. Ich fordere Sie noch einmal dazu auf, jetzt zu handeln. Wir haben, was diesen Punkt angeht, in Bayern keine gute Situation. Das zeigt ein Vergleich sowohl mit anderen Bundesländern als auch mit dem Rest von Europa. Auch Finnland hat ein kostenloses Bildungssystem. Was die hinbekommen, müssten wir in Bayern doch auch hinbekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Letzter hat nun der Herr Staatssekretär das Wort. Herr Staatssekretär Eck, bitte.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Viele Punkte sind angesprochen worden. Es ist aber auch viel aus dem Zusammenhang gerissen worden; das betrifft zum Beispiel die Aussagen zu prozentualen Anteilen. Verschiedene Systeme sind durcheinandergeworfen worden. Deshalb will ich an dieser Stelle noch ein paar Zahlen nennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Situation in Bayern ist in der Bundesrepublik Deutschland einmalig. Kein anderes Land gewährt eine so hohe Förderung von Studentenwohnungen wie der Freistaat Bayern. Diese Tatsache wird von den Studentenwerken quer durch die Republik anerkannt. Viele blicken mit Neid nach Bayern. Ich bin sehr stolz auf unsere gute Situation.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Damen und Herren, die Studierendenzahl hat exorbitant zugenommen. Damit kann die Schaffung von Wohnheimplätzen nicht Schritt halten. Das geht überhaupt nicht. Damit Sie sehen, was getan worden ist, verweise ich auf Folgendes: Die Fördersumme für die Schaffung eines Wohnheimplatzes ist von 26.500 Euro auf 32.000 Euro erhöht worden. Die Bindungsdauer, die viele Privatinvestoren abgeschreckt hatte, ist von 45 auf 25 Jahre abgesenkt worden. Für all diejenigen, die eine Förderung in Anspruch nehmen, ist eine moderate Mietsteigerung festgelegt worden. Dadurch ist unser Projekt wesentlich attraktiver geworden.

Unser Ziel für 2014 war die Förderung von 1.000 Wohnheimplätzen durch den Freistaat. Tatsächlich sind es 1.518 gewesen. 1.043 sind neu entstanden, 475 wurden grundlegend saniert, sodass wir auch insoweit immer auf dem neuesten Stand sind.

Die entsprechenden Haushaltsmittel – das hat Herr Kollege Rotter angesprochen; ich will es wiederholen – haben wir von 17,5 Millionen Euro um 10 Millionen

Euro auf 27,5 Millionen Euro erhöht. Obendrauf gibt es 10 Millionen Euro aus dem allgemeinen Wohnraumförderpotf. Wir erreichen damit fast 37 Millionen Euro; die FREIEN WÄHLER haben 40 Millionen Euro gefordert. Ich betone, dass wir die Mittel im Haushalt 2015/2016 noch einmal um 3 Millionen Euro erhöht haben.

Wenn Sie es wissen wollen, dann sage ich Ihnen auch diese Zahlen: Derzeit sind rund 1.000 Wohnheimplätze im Bau. Für weitere 1.500 Wohnheimplätze liegen konkrete Planungen und sogar schon Förderzusagen vor. Wenn Sie den Bestand betrachten und die in Bau befindlichen und die geplanten Wohnungen mit hinzunehmen, dann liegen wir nicht mehr bei 10 %, sondern kommen auf über 11 %. Jetzt können Sie die Bilanz aufmachen und sich die Steigerung der Studierendenzahlen anschauen, sehen dabei, was in Bezug auf Wohnheimplätze nachgeholt worden ist, und erkennen, dass wir ganz ausgezeichnet dabei sind.

Aus diesem Grund ist der Antrag völlig überflüssig. Ich bitte, dem Antrag der CSU zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Glauber hat sich ganz zum Schluss noch gemeldet. Herr Kollege, Sie haben das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär Eck, im Haushalt stehen jetzt 22,5 Millionen Euro. Sie haben es angesprochen: Durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit holen Sie sich natürlich immer Geld. Wir haben aber das Problem, dass es zu wenig Wohnraum gibt. Bund und Land brauchen also höhere Wohnraumbeträge. Wenn das so ist, dann seien Sie doch so ehrlich und schreiben gleich 37,45 Millionen Euro in den Haushaltsansatz. Schreiben Sie den tatsächlichen Bedarf hinein, damit wir dem Thema gerecht werden. Ich fordere Sie als Staatssekretär auf: Gehen Sie ins Kabinett hinein und verhandeln Sie das. Das wäre ehrlicher, als zu sagen: 22 Millionen Euro schreiben wir hinein, und dann schauen wir einmal, ob irgendwo Titel gegenseitig deckungsfähig sind. So ist es kein ehrlicher Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Glauber. – Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium):

Ehrlich ist es so, wie wir es handhaben. Wir schreiben die Mittel für jene Projekte hinein, bei denen wir sicher sind, dass wir sie auch umsetzen. Wenn wir aufgrund von Konferenzen, die wir vor Ort – in Würzburg und München; weitere stehen aus – mit den Präsidenten, mit den Studentenwerken, mit den Oberbürgermeistern oder den Bürgermeistern abhalten, weitere Grundstücke bekommen und hierdurch Flächen für zu schaffende Wohnheimplätze frei werden, dann werden wir die Summe aus unseren verschiedenen Töpfen entsprechend ergänzen. Deshalb ist es im Haushalt letztendlich so vorgesehen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8089 – das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Dies sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8102 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8103. Das ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion. Wer ihm seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8091 bis 17/8096 und 17/8104 und 17/8105 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Ich gehe nun zurück zu den Dringlichkeitsanträgen, die das Asylrecht betreffen. Für zwei dieser Dringlichkeitsanträge ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Wir kommen jetzt zur Abstimmung im Einzel-

nen. Die namentlichen Abstimmungen rufe ich zum Schluss auf.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8087 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8099 – das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8100 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8101 – das ist der zweite Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8106 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion sowie die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/8090. Dazu ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Da das

Haus fast vollzählig ist, gebe ich nur drei Minuten für die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 17.37 bis 17.40 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir die nächste namentliche Abstimmung vornehmen können.

Zur namentlichen Abstimmung rufe ich auf den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Schreyer-Stäblein, Zellmeier und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Flüchtlingsstrom eindämmen – Schutzbedürftigen helfen!" auf der Drucksache 17/8088. Wir werden namentlich abstimmen. Die Abstimmung ist eröffnet. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 17.41 bis 17.44 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ausgezählt, ebenso wie das Ergebnis der vorher durchgeführten Abstimmung. Die Ergebnisse werden anschließend im Landtag bekannt gegeben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Optimierung der Realschule: Koppelung der Wahlpflichtfächergruppen III a und III b aufheben (Drs. 17/6775)

Meine Damen und Herren, es lohnt sich, noch einen Augenblick hierzubleiben; denn ich habe Ihnen ein Angebot zu machen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Hoffentlich kein unmoralisches Angebot!)

das von allen Fraktionen einvernehmlich getragen wird. Es soll auf die Aussprache verzichtet werden.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie kurz noch um etwas Disziplin und darum, die Plätze einzunehmen, da wir jetzt sofort zur Abstimmung kommen können. Es geht um den Antrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/6775. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN

WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Stimmenthaltung? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich bitte Sie nun, noch so lange zu warten, bis die beiden namentlichen Abstimmungen ausgezählt sind. Ich kann sie dann heute noch bekannt geben, und dann können wir mit gutem Gewissen diese Sitzung schließen. -

Meine Damen und Herren, ich bitte nun um Aufmerksamkeit. Ich gebe jetzt das Ergebnis der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Schreyer-Stäblein, Zellmeier und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Flüchtlingsstrom eindämmen – Schutzbedürftigen helfen!", Drucksache 17/8088. Mit Ja haben 94 gestimmt, mit Nein 51, Stimmenthaltungen 3. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Dann gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Asyl: Geltendes Recht anwenden – Keine weitere Überforderung des Systems", Drucksache 17/8090, bekannt. Mit Ja haben 16 gestimmt, mit Nein 136. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit sind alle Arbeiten für heute erledigt. Ich bedanke mich für Ihre Disziplin und wünsche einen schönen Abend. Wir sehen uns demnächst wieder.

(Schluss: 17.49 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Dr. Gerhard Hopp, Joachim Unterländer u.a. CSU
 Arbeitsmarktpolitische Förderprogramme für Jugendliche
 Drs. 17/5517, 17/8037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Laserspiele in Bayern - Gewährleistung des Jugendschutzes
 Drs. 17/5610, 17/8038 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

3. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Mehr Demokratie an Bayerns Schulen - Forderungen des Schülerkongresses „basis'15“ aufnehmen
Drs. 17/5716, 17/8024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Bürokratie in Kindertageseinrichtungen verringern – Antragsverfahren vereinfachen!
Drs. 17/6177, 17/7646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindertagesstätten von unnötiger Bürokratie entlasten – Förderverfahren bei Gastkindern vereinfachen
Drs. 17/6206, 17/7647 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Staatliche Hochbaumaßnahmen wirtschaftlicher planen und durchführen
Drs. 17/6225, 17/7691 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Kommunale Lasten bei der Kindertagespflege
Drs. 17/6355, 17/8039 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Bericht über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen von Arbeitnehmern im Freistaat Bayern
Drs. 17/6383, 17/8040 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Bericht zur Umsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung
Drs. 17/6555, 17/7545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Sollstellenberechnung der Bayerischen Polizei
Drs. 17/6557, 17/7549 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD)
Neuer Konzertsaal in München ja, aber mit Kulturkonzept für ganz Bayern
Drs. 17/6607, 17/8045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Andreas Lotte u.a. SPD
Personalentwicklungskonzept für die Schulleitungen in Bayern vorlegen
Drs. 17/6652, 17/8025 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Unabhängige empirische Studie zu Rassismus, Antisemitismus, rechtsextremer Einstellung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bayern
Drs. 17/6734, 17/8044 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Oliver Jörg u.a. CSU
Dank an den Kirchlichen Suchdienst und Erhalt seiner Leistungen
Drs. 17/6773, 17/8041 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aussagekraft der Antibiotika-Kennzahlen sicherstellen – Sinnhaftigkeit der Dokumentation nachweisen
Drs. 17/6774, 17/7833 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte
Drs. 17/6776, 17/8043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
EU-Schulobst- und -gemüseprogramm: Auszahlung an die Lieferanten bereits nach 6 Wochen durchführen!
Drs. 17/6815, 17/8058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Förderung von Elektro-LKWs und Elektro-Bussen
Drs. 17/6827, 17/7567 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)
Steigerwald – Potenzialanalyse erstellen; Stopp des Aufhebungsverfahrens des Schutzgebiets „Hoher Buchener Wald“ durch die Regierung von Oberfranken
Drs. 17/6832, 17/7834 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modellprojekte für Elektrobusse und Elektro-Lkw in Bayern
Drs. 17/6841, 17/7568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Machbarkeitsstudie Nationalpark Steigerwald
Drs. 17/6842, 17/7835 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Bienenfreundliche Anlagen auf staatseigenen Flächen
Drs. 17/6843, 17/7692 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Susann Biedefeld, Herbert Woerlein u.a. SPD
Tiergerechte Haltung von Legehennen – Verordnungsdefizite beseitigen
Drs. 17/6859, 17/7836 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Antragsverfahren für den Bayerischen Umweltfonds vereinfachen
Drs. 17/7002, 17/7837 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Streiks der Postbeschäftigten: Für faire Tarifverhandlungen – gegen Lohndumping!
Drs. 17/7047, 17/8042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zulegen

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern barrierefrei 2023 – Gesamtkonzept zur Umsetzung des Sonderinvestitionsprogramms vorlegen
Drs. 17/7049, 17/7648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Konsequenzen aus dem Salmonellen-Skandal II: Selbstkontrollen auf den Prüfstand, amtliche Kontrollen intensivieren und Reaktion beschleunigen
Drs. 17/7050, 17/7838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Sonderinvestitionsprogramm für „Bayern barrierefrei 2023“ vorlegen!
Drs. 17/7083, 17/7649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold u.a. SPD
Konversionsprogramm im Nahbereich Ansbach/Illesheim zum Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen durch den Abzug der US-Truppen
Drs. 17/7086, 17/7538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Umsetzung der Kennzeichnung von Eiern nach Herkunft und Haltungsform in Fertigprodukten
Drs. 17/7090, 17/7839 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt,
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Lehren aus Schneitzleuth ziehen - Feuerbeschau überprüfen
Drs. 17/7134, 17/7583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



32. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer,
Volker Bauer u.a. CSU
Risikoorientierte Kontrollen bei Legehennenbetrieben ausbauen
Drs. 17/7234, 17/7840 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller,
Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Hitzeschäden auf Autobahnen
Drs. 17/7046, 17/7494 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.09.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Asyl: Geltendes Recht anwenden - Keine weitere Überforderung des Systems (Drucksache 17/8090)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten	X		
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin		X	
Bauer Volker		X		Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar		X	
Biedefeld Susann		X		Hanisch Joachim			
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette		X	
Füracker Albert				Kirchner Sandro			
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	16	136	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.09.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion CSU; Flüchtlingszustrom eindämmen - Schutzbedürftigen helfen! (Drucksache 17/8088)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten	X		
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güll Martin		X	
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar		X	
Biedefeld Susann		X		Hanisch Joachim			
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian				Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes	X		
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie			
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X					
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette		X	
Füracker Albert				Kirchner Sandro			
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	94	51	3